

Inhaltsverzeichnis

1. Willkommen beim Attac-Frühjahrsratschlag 2023.....	3
2. Tagesordnung Frühjahrsratschlag 2023.....	5
3. Organisatorisches.....	6
3.1. Anfahrt.....	6
3.2. Verpflegung.....	6
3.3. Übernachtung.....	7
3.4. Entscheidungsfindung beim Ratschlag: Konsens und Mehrheitsentscheid.....	7
3.5. Awarenessgrundlagen.....	9
3.6. Hygienekonzept.....	10
4. FLINTA*Plenum.....	10
5. Alternativplenum.....	11
6. Berichte aus den Gremien.....	11
6.1. Bericht aus dem KoKreis.....	11
6.2. Bericht aus dem Rat.....	15
7. Vorschläge Frühjahrsratschlag Attac 2023.....	16
7.1. Vorschläge_V.....	16
7.1.1. V1_Hybride Ratschläge.....	16
7.1.2. V2_2. Erweiterungsbeschluss gegen Rechts.....	16
7.1.3. V3_Sand im Getriebe.....	18
7.1.4. V4_Hybride Ratschläge.....	18
7.1.5. V5_Ratschläge aufzeichnen.....	18
7.1.6. V6_Hybride Ratschläge.....	19
7.1.7. V7_Projektgruppe soziale Frage.....	19
7.1.8. V8_Website PG Soziale Frage.....	20
7.1.9. V9_Sand im Getriebe, Ratsbeschluss aufheben.....	20
7.1.10. V10_Einfach umsteigen, IAA 2023.....	22
7.1.11. V11_Aktienrente.....	23
7.1.12. V12_Untersuchungsprojekt Thema Krieg.....	24
7.1.13. V13_Energiesektor.....	26
7.2. Änderungsvorschläge mit Bezug auf einen Vorschlag_VÄ.....	29
7.2.1. VÄ6.1_Änderung zu Vorschlag 6 hybride Ratschläge.....	29
7.3. Regelsammlungsvorschläge_R.....	30
7.3.1. R1_Mitgliedschaft Unternehmen.....	30
7.3.2. R2_Wahl oder Entsenden von BAZ in den Rat.....	31
7.3.3. R3_Welche BAZ dürfen in den Rat?.....	32
7.3.4. R4_Quotierung von Mitgliedsorganisationen und bundesweiten Arbeitszusammenhängen bei ihrer Wahl in den Rat und in den Koordinierungskreis.....	34
7.3.5. R5_Nachwahlen.....	35
7.3.6. R6_Änderungen nur durch den Ratschlag.....	35
7.3.7. R7_Verfahren Schlichtungskommission bei Antrag Person außerhalb Konsenses.....	36
7.3.8. R8_Nur der Ratschlag kann den Beschluss der Schlichtungskommission aufheben oder endgültig bestätigen.....	36
7.3.9. R9_Abschlussentscheidung Schlichtungskommission.....	37
7.3.10. R10_Anrufung der Schlichtungskommission.....	37
7.3.11. R11_Begrenzung der Rechte.....	39
7.3.12. R12_Übertragung von Beschlüssen.....	39
7.3.13. R13_Fristen für Vorschläge und Änderungsanträge für den Ratschlag.....	40
7.3.14. R_14 Überarbeitung des Verfahrens zur Konsensfindung.....	41

7.3.15. R_15 Intuitive Farben.....	42
7.3.16. R_16 Erstellen und Versenden von Delegiertenlisten.....	42
7.3.17. R_17 Alle Anwesenden können über Geschäftsordnungs- und Verfahrensfragen abstimmen.....	43
7.3.18. R_18 Wiederezusammenführung von Gremienwahlen und Haushaltsbeschlüssen bei Herbstratschlägen.....	43
7.4. Änderungsvorschläge mit Bezug auf das Erneuerungspapier_EÄ.....	44
7.4.1. EÄ 1–5 Änderungen zum Positionspapier Globalisierungskritik neu denken.....	44
7.4.2. EÄ 6-28.....	44
7.4.3. EÄ 29 – 31.....	46
7.4.4. EÄ 32_Punkte 2 und 3 nicht annehmen.....	49
7.5. Erneuerungspapier Geschäftsordnungsanträge_EGO.....	49
7.5.1. EGO1_Papier Globalisierungskritik neu denken.....	49
7.5.2. EGO2_Positionspapier diskutieren, nicht verabschieden.....	49
7.5.3. EGO3_Positionspapier, Debatte fortführen.....	50
7.5.4. EGO4_Rat soll sich mit Positionspapier befassen.....	51
7.5.5. EGO5_Positionspapier nicht verabschieden.....	52
8. Kandidaturen für den KoKreis, Frühjahr 2023.....	53
8.1. Alfred Eibl.....	53
8.2. Annette Schnoor.....	53
8.3. Carmen Junge.....	54
8.4. Hendrik Küster.....	55
8.5. Judith Amler.....	55
8.6. Manuela Kropp.....	56
8.7. Maria Wahle.....	57
8.8. Roland Süß.....	57
8.9. Sonja Taubert.....	58
8.10. Thomas Eberhardt-Köster.....	59
8.11. Stephan Lindner, AG Finanzmärkte und Steuern.....	59
9. Kandidaturen für den Rat, Frühjahr 2023.....	60
9.1. Aaron Gerdes.....	60
9.2. Achim Heier.....	61
9.3. Brigitte Nestle.....	61
9.4. Chris Rose.....	62
9.5. Emilio Weinberg, Kritische Aktionäre (MGO).....	62
9.6. Harald Porten.....	63
9.7. Helga Reimund.....	63
9.8. Herma Geiß.....	64
9.9. Julia Günther.....	64
9.10. Jürgen Sylvester.....	65
9.11. Martin Uebelacker.....	65
9.12. Matthias Jochheim, IPPNW (MGO).....	66
9.13. Remi Fiedler.....	67
9.14. Rüdiger Walter.....	67
9.15. Till Strucksberg.....	68
9.16. Ulrike Paschek.....	69
9.17. Uwe Schnabel.....	70
9.18. Werner Rätz, ila (MGO).....	71

1. Willkommen beim Attac-Frühjahrsratschlag 2023

Liebe Attacies,

wir treffen uns am Wochenende 1. und 2. April 2023 in Frankfurt am Main in der bekannten Waldorfschule zum Frühjahrsratschlag unseres Netzwerkes.

Wir werden viel zu diskutieren haben: Mehr als ein Jahr nach dem brutalen Angriff Russlands auf die Ukraine tobt dort weiterhin ein entsetzlicher Abnutzungskrieg, ein Ende ist nicht in Sicht. Wie lässt sich das Töten stoppen, ohne das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine preiszugeben? Welche Rolle könnten Verhandlungen spielen? Gibt es eine Chance, einen Waffenstillstand zu erreichen, der nicht faktisch den Aggressor Russland belohnt? Beim Ratschlag wollen wir Raum für eine solidarische Diskussion über diese schwierigen Fragen bieten – ohne den Zwang, zu einer gemeinsamen Attac-Position zu finden.

Auch den weltweiten Kampf um Energieressourcen hat der Krieg in der Ukraine verschärft. Gleichzeitig wird die Klimakrise immer bedrohlicher. Doch statt den Ausstieg aus den Fossilen voranzutreiben, baut die Bundesregierung LNG-Terminals. Und während Energie- und Rüstungskonzerne Übergewinne einfahren, wissen auch hierzulande viele Menschen nicht mehr, wie sie ihre Heizrechnung und die Lebensmittel im Supermarkt bezahlen sollen – von den Auswirkungen der Energie- und Klimakrise in anderen Teilen der Welt ganz zu schweigen. Wie kann ein sozial und global gerechter Umstieg auf Erneuerbare Energien gelingen? Wofür tritt Attac ein? Und welche Forderungen rücken wir in den Mittelpunkt unserer Aktivitäten in den nächsten Monaten? Mit diesen Fragen befasst sich die beim Herbstratschlag 2022 gegründete Projektgruppe Energie. Beim Ratschlag wird sie die Ergebnisse ihrer Arbeit vorstellen, und wir werden darüber sprechen, wie wir mit dem Thema weiterarbeiten.

Neben der Diskussion der brennenden Themen unserer Zeit geht es beim Ratschlag aber auch um die Erneuerung unseres Netzwerkes selbst – sowohl inhaltlich als auch strukturell. Im Zentrum der Debatte wird die Auseinandersetzung mit dem Entwurf des Positionspapiers „[Globalisierungskritik fortschreiben und für Attac wirksam machen](#)“ stehen. Zusammengestellt hat ihn die von Rat und Ratschlag beauftragte Moderationsgruppe in einem monatelangen, breit angelegten Prozess, an dem sich alle Interessierten in Attac beteiligen konnten. Dazu kommen zahlreiche Vorschläge der Projektgruppe Struktur, die sich vor allem mit attac-internen Regeln befassen.

Und – last but not least – stehen beim Ratschlag die Wahlen der beiden bundesweiten Gremien Attac-Rat und Koordinierungskreis an. Wir bitten daher die Regionalgruppen, Delegierte für die Wahlen zu bestimmen.

Zum Ablauf

Zum Start stellt am Samstagvormittag die PG Energie ihre Arbeit des letzten halben Jahres vor. Anschließend gibt es einen ersten Block mit Vorschlägen. In der zweiten Tageshälfte widmen wir uns dem Erneuerungsprozess in Attac. Vor dem Abendessen finden das FLINTA*- und das Alternativplenium statt. Danach beschäftigen wir uns nochmals mit dem Erneuerungsprozess und beschließen den Tag mit den Gremienwahlen.

Am Sonntag haben wir nochmal den Erneuerungsprozess im Programm. Darüber hinaus gibt es einen Diskussionsblock zum Thema Ukraine. Eine zweite Vorschlagsphase rundet den Ratschlag ab.

Vorbesprechung der Vorschläge und Frist für Änderungsvorschläge

Für den Ratschlag ist eine erfreulich hohe Zahl an Vorschlägen eingegangen. Um mehr Gelegenheit zur Konsensfindung zu haben und zugleich Leerlauf zu verhindern, gibt es am **Sonntag, 26. März, ab 12 Uhr** wieder eine offene **Online-Vorbesprechung der Vorschläge**. Diese bietet allen Interessierten die Möglichkeit, Fragen an die Vorschlagssteller*innen zu stellen, Unklarheiten zu klären und, wo nötig, Möglichkeiten für konsensuale Änderungen zu finden. Außerdem besteht damit in der Woche vor dem Ratschlag noch Zeit, Konsensvorschläge zu erarbeiten. Die Einwahldaten sind: <https://vk.attac.de/b/jak-y98-f3i-7i8>

Änderungsvorschläge zu eingereichten Vorschlägen müssen bis Donnerstag, 30. März, um 18 Uhr eingereicht werden. Nur so können die Änderungsvorschläge allen Teilnehmenden ausgedruckt zur Verfügung gestellt werden.

Übernachtungsmöglichkeiten

Für Teilnehmende mit einer längeren Anreise gibt es gemeinschaftliche Übernachtungsmöglichkeiten in der Schule. Genauere Informationen findet Ihr unter Organisatorisches.

Wir halten euch auf dem Laufenden und freuen uns schon jetzt auf einen konstruktiven und produktiven Ratschlag!

Solidarische Grüße

Eure VG Ratschlag

Alfred Eibl | Annette Schnoor | Chris Rose | Christiane Kühnrich | Erik Schantz | Frauke Distelrath | Helga Reimund | Jakob Migenda | Mechthild Kilian | Thomas Eberhardt-Köster

2. Tagesordnung Frühjahrsratschlag 2023

Frankfurt am Main, 1.4. – 2.4.2023

Stand: 20. März 2023, die Vorbereitungsgruppe behält sich bei Bedarf Änderungen der Tagesordnung vor

Samstag, 1.4.23

Uhrzeit	Aktivität	Raum
10.00 – 10.30	Begrüßung, Aktionen Herbst 2022 / Frühjahr 2023, Organisatorisches, Beschlussfassung der TO & Awareness	Großer Saal
10:30 – 11:00	Energiekrise	Großer Saal
11:00 – 13:00	Vorschläge (u.A. zu Wahlen)	Großer Saal
13:00 – 14:00	Mittagspause	Aula
14:00 – 16:00	Erneuerungsprozess Teil 1	Großer Saal
16:00 – 16:30	Kaffeepause	Aula
16:30 – 18:00	FLINTA*- und Alternativplenium	Aula, Großer Saal
18:00 – 19:00	Abendessen	Großer Saal
19:00 – 20:30	Erneuerungsprozess Teil 2	
20:30 – 22:00	Wahlen	

Sonntag, 2.4.23

Uhrzeit	Aktivität	Raum
9:30 – 10:30	Erneuerungsprozess Teil 3	Großer Saal
10:30 –	Ukrainekrise	Großer

11:30		Saal
11:30 - 12:00	Pause	Aula
12:00 - 14:00	Vorschläge Teil 2	Großer Saal
14:00 - 14:15	Feedback, Verabschiedung & Dankeschön	Großer Saal

3. Organisatorisches

3.1. Anfahrt

Adresse der Freien Waldorfschule Frankfurt
Waldorfschulverein Frankfurt/M. e. V.
Friedlebenstr. 52
60433 Frankfurt
www.waldorfschule-frankfurt.de

Mit öffentlichen Verkehrsmitteln

Die Waldorfschule befindet sich zwischen den Stadtteilen Eschersheim/Eckenheim und ist sehr gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln vom Hauptbahnhof aus zu erreichen.
Hauptbahnhof Ffm → Hauptwache (mit S-Bahn 1 - 9, nicht S7), dann umsteigen
Hauptwache → U-Bahn Station Hugelstrae (U1, 2, 3, 8, 9)
Nach dem Ausstieg in Fahrtrichtung weiter in eine Unterführung laufen. In der Unterführung nach rechts wenden, „zurück laufen“, entgegen der Fahrtrichtung bis zur Friedlebenstrae. Dann links in die Friedlebenstrae einbiegen und 500m durch das Wohngebiet auf der Friedlebenstrae laufen. Auf der rechten Seite befindet sich der Eingang zur Waldorfschule.

Die Anmeldung befindet sich auf der linken Seite, 2. Seiteneingang.

Für Autos

Es gibt in sehr begrenztem Rahmen Parkmöglichkeiten (Anwohnerparken). Parken auf dem Schulgelände ist nicht möglich.
Aufgrund der begrenzten Parkmöglichkeiten und der Diskussion um die Frage des motorisierten Individualverkehrs, bitten wir euch auf die Anreise mit PKWs zu verzichten und stattdessen mit den üblichen Verkehrsmitteln anzureisen.

Für Fahrräder

Fahrradparkmoglichkeiten sind ausreichend vorhanden.

3.2. Verpflegung

Die Essensmarken für die verbindlich gebuchten Mahlzeiten könnt ihr vor Ort bei der Anmeldung erwerben. Wir bitten bei den Essenspreisen um eure Solidarität: Wegen der Inflation musste die Waldorfschule für diesen Ratschlag erneut die Preise erhöhen.

Das wollen wir nicht 1:1 an euch weitergeben. Wir bieten wieder einen reduzierten Preis an für alle, die sich das Essen sonst nicht leisten könnten. Das geht aber nur, wenn die, die mehr tragen können, auch mehr tragen und den Solipreis bezahlen.

Samstagmittag und -abend: 6 € ermäßigt, 8 € regulär, 11 € soli

Sonntagmorgen: 5 € ermäßigt, 7 € regulär, 9 € soli

Am Sonntag gibt es für die Personen die in der Waldorfschule übernachten Frühstück. Bitte gebt bei der Online-Anmeldung an, ob ihr in der Schule übernachtet und Frühstück benötigt – ihr bezahlt (wie für Mittag- und Abendessen) vor Ort.

Achtung: Samstagmorgen können wir kein Frühstück anbieten. Es gibt aber Tee, Kaffee, Kekse und Riegel an unserer Cafeteria.

Beachtet bitte das Alkohol- und Rauchverbot auf dem Schulgelände!

3.3. Übernachtung

Die Übernachtung beim Frühjahrsratschlag ist in der Turnhalle möglich. Ausreichend Duschen und Toiletten sind in der Schule vorhanden. Für die Übernachtung in der Turnhalle benötigt ihr Isomatten, Schlafsäcke, etc.

Alle von uns gebuchten Räumlichkeiten in der Waldorfschule sind barrierefrei.

Bitte gebt auf dem [Anmeldeformular](#) an, ob und wann (eine oder zwei Nächte) ihr in der Schule nächtigen wollt.

Die Übernachtung ist bereits von Freitag auf Samstag möglich.

Freitagabend ist bis 24.00 Uhr eine Person da die euch reinlassen kann. Bei Problemen bitte kurz anrufen: 069 90028128

3.4. Entscheidungsfindung beim Ratschlag: Konsens und Mehrheitsentscheid

Es gibt zwei Entscheidungswege in Attac: Das konsensorientierte Entscheidungsverfahren und die Mehrheitsabstimmung.

Grundsätzlich werden wichtige Entscheidungen auf dem Ratschlag wenn irgend möglich im vollen Konsens herbeigeführt.

Mehrheitsentscheidungen

(1) Mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten werden Fragen der Geschäftsordnung, Verfahrensfragen, Protokoll, Finanzfragen und Haushaltsplan entschieden. Auch Personalwahlen werden nach dem Mehrheitsprinzip entschieden.

(2) Stimmberechtigt sind bei Mehrheitsentscheidungen grundsätzlich die Delegierten.

Konsensorientiertes Entscheidungsverfahren

(1) Der Konsens gilt unter Einhaltung des Verfahrens zur Konsensfindung (Siehe unten) für alle inhaltlichen Beschlüsse der Attac-Organen. Mit dem Konsensverfahren werden politische Grundsatzentscheidungen getroffen. Dies schließt alle Entscheidungen ein, außer Finanzfragen, Haushaltsplan, Verfahrensfragen, Protokoll, Wahlen und Fragen der Geschäftsordnung.

(2) Es gilt der Grundsatz: "Konsens ist nicht, wenn alle zustimmen, sondern wenn kein Veto eingelegt wird". Es wird grundsätzlich versucht, auf Konsens zu diskutieren. Das Veto ist Ultima Ratio, das heißt es soll nur eingesetzt werden, wenn man nicht damit leben kann, wenn Attac diese Entscheidung treffen würde und dann auch kein Mitglied von Attac mehr sein wollen würde.

Konsensabstimmung

- Die Konsensabstimmung erfolgt jeweils nach einer Debatte, bei der die verschiedenen Meinungen zu Wort kommen sollen und deren Modalitäten entsprechend des Verfahrens zur Konsensfindung (siehe unten) von der Moderation im Vorhinein festgelegt wurden oder abgestimmt wurden.
- Bei einer Konsensabstimmung ist es grundsätzlich möglich mit voller Zustimmung, Zustimmung mit Bedenken, Enthaltung, Dagegen oder Veto abzustimmen. Die Konsens-Abstimmung erfolgt, indem jede Stimmkategorie einzeln abgefragt wird oder unter Verwendung verschieden farbiger Karten gleichzeitig, wobei die Moderation die jeweils abgegebenen Stimmen zählt und diese im Protokoll vermerkt werden.
- Bei der Verwendung unterschiedlich farbiger Karten hat sich in Attac folgende Zuordnung etabliert:

- Grün: Volle Zustimmung
- Blau: Zustimmung mit Bedenken
- Weiß: Enthaltung
- Gelb: Dagegen, aber Kein Veto
- Rot: Veto („Ich Verbiete“)

- Ein Vorschlag/Beschluss gilt als angenommen, wenn mehr positive (blau und grün) als negative Stimmen (rot und gelb) diesen existieren und die Zahl derjenigen, die ein Veto einlegen wollen kleiner 10% ist, aber mindestens zwei Personen ein Veto einlegen. Wenn möglich sollten auch bei weniger als 10% Vetos nach einem Meinungsbild die Einwände vor der Entscheidung gehört werden.
- Bei mehr negativen als positiven Stimmen ist der Vorschlag/Beschluss abgelehnt.
- Bei mehr positiven als negativen Stimmen, aber einer Vetominderheit von mindestens 10% wird entsprechend dem Verfahren der Konsensfindung mit dem nächsten noch nicht durchgeführten Schritt weiter gemacht.

Verfahren der Konsensfindung

1. Zunächst wird eine moderierte Debatte durchgeführt (um z. B. den Inhalt eines Vorschlags zu diskutieren), wobei unterschiedliche Meinungen sowie Geschlechter gleichermaßen zu Wort kommen sollen. Bei dieser Debatte kann auch jederzeit durch Handzeichen ein Meinungsbild eingeholt werden. Am Ende eines zuvor mit einfacher Mehrheit festgelegten bzw. von der Moderation festgesetzten Zeitrahmens wird die Debatte zunächst abgebrochen und eine Konsensabstimmung erfolgt. Endet diese Konsensabstimmung mit Konsens ist das Verfahren an dieser Stelle beendet.

2. Bei fehlendem Konsens wird in der zweiten Stufe eine offene Gruppe gebildet, an der sich insbesondere die Kontrahent*innen der Debatte beteiligen. Diese Gruppe ("Konsensrunde" genannt) geht "in Klausur" und bemüht sich innerhalb eines zuvor mit einfacher Mehrheit aller Anwesenden festgelegten Zeitrahmens einen konsensfähigen Kompromiss zu formulieren.

3. Dieser Kompromissvorschlag wird nach einer kurzen Debatte im Plenum mit allen Anwesenden als Konsensabstimmung abgestimmt. Endet diese Konsensabstimmung mit Konsens ist das Verfahren an dieser Stelle beendet.

4. Wird erneut kein Konsens gefunden, kann innerhalb der Minorität ohne Debatte eine Mehrheitsabstimmung durchgeführt werden, ob der Konsens – unter Einräumung der Möglichkeit, ein kurzes Minderheitenvotum ebenfalls zu veröffentlichen (bei Nennung der Prozentzahl der Minderheit) - dennoch akzeptiert wird oder nicht.

5. Ergebnis der Abstimmung:

- Der Konsens kann dennoch nicht akzeptiert werden. In diesem Fall ist die Konsensfindung auf diesem Ratschlag gescheitert. Es können weitere Konsensrunden zwischen den Ratschlägen stattfinden. Auf dem nächsten Ratschlag kann es dann

möglich sein, dass über das gleiche Thema ein Beschluss herbeigeführt wird, auch wenn mehr als 10%, aber weniger als 25% Vetos eingelegt werden.

- Der Konsens kann (bei Veröffentlichung des Minderheitenvotums) akzeptiert werden. In diesem Fall wird innerhalb eines zuvor mit einfacher Mehrheit aller Anwesenden festgelegten Zeitrahmens der Inhalt des Minderheitenvotums zur Kenntnisnahme vorgelegt. Danach wird nicht mehr über den Inhalt des Beschlusses oder des Minderheitenvotums abgestimmt, sondern mittels 90%iger Mehrheit lediglich darüber, ob beide als solche von Attac verabschiedet werden oder nicht.

Die komplette Regelsammlung von Attac könnt ihr [hier](#) aufrufen.

3.5. Awarenessgrundlagen

Awareness bei Attac

Was bedeutet für Attac Awareness?

Wir leben in einer Gesellschaft, die von Machtverhältnissen geprägt ist. Menschen werden aufgrund bestimmter Merkmale bevorzugt oder benachteiligt, sowohl absichtlich als auch unbewusst. Kein Mensch ist frei von Vorurteilen und Diskriminierungen im Umgang mit anderen.

Der Begriff „Awareness“ kommt aus dem Englischen: „to be aware“ und bedeutet: achtsam, aufmerksam, sich bewusst sein und weiter gefasst: für gewisse Probleme sensibilisiert sein.

Awareness ist ein Konzept, das sich gegen jede Form von Grenzverletzung, Gewalt und Diskriminierung stellt und andere Handlungsmöglichkeiten aufzeigt. Verletzendes und grenzüberschreitendes Verhalten, wie z.B. rassistische, klassistische, sexistische, homo-, transphobe, ableistische*, oder vergleichbare Übergriffe werden auf dem Attac-Ratschlag nicht toleriert. Bei Awareness geht es also darum, ein machtkritisches Bewusstsein für die eigene Position zu entwickeln, Diskriminierungen im Verhalten und in der Sprache zu erkennen oder aufzuzeigen und Veränderungen anzustoßen. Awareness will beim Ratschlag mit allen Beteiligten diskriminierungsfreie(re) soziale Räume herstellen, so dass der Ratschlag möglichst angenehm für alle Beteiligten ablaufen kann.

Ziel ist es, aufmerksamer und respektvoller miteinander umzugehen, respektvoll zuzuhören und ausreden zu lassen. Und insbesondere in Diskussionen die eigenen Redeanteile zu reflektieren, sich zurückzunehmen, einfach mal kürzer zu reden.

Zuständigkeiten für Awareness - das Awarenesssteam

Awareness ist die Aufgabe aller am Attac-Netzwerk Beteiligten und kann nicht an eine spezielle Gruppe oder an einzelne Personen delegiert werden. Beim Ratschlag kann das Awarenesssteam lediglich ein respektvolles Verhalten und eine positive und achtsame Kommunikation fördern, indem es:

- von Menschen angesprochen werden kann, die in einer bestimmten Situation die Achtsamkeit nicht gewährleistet sehen oder machstabilisierende Verhaltensweisen sehen und
- interveniert, wenn es den Eindruck hat, dass in einer Situation die Achtsamkeit fehlt oder Machtpositionen reproduziert werden.

Das Awarenesssteam besteht im Regelfall aus zwei Personen. Ihr erkennt es an den roten T-Shirts. Persönlich oder über Telefon (Die Nummer wird beim Ratschlag bekannt gegeben) können sich von Diskriminierung Betroffene an das Awarenesssteam wenden. Alles, was dem Team anvertraut wird, bleibt dort. Gemeinsam suchen wir nach einer Lösung, mit der sich die betroffene Person auf dem Ratschlag wohlfühlen kann.

Im Awarenessraum (Wird beim Ratschlag bekannt gegeben) geht das Awarenesssteam auf die dringendsten Bedürfnisse der Betroffenen ein - sei es ein Gespräch, das Wasser oder Ruhe und Abstand.

Das Awarenesssteam selbst hat keine Sanktionsmacht.

Welche Möglichkeiten zur Intervention hat das Awarenesssteam?

Das Awarenesssteam hat sich bereits vor dem Ratschlag mit dem Ratschlagsvorbereitungsteam und der Moderation abgestimmt, steht während des Treffens mit diesen in Kontakt und trifft sich mit ihnen zur Nachbereitung. Das Ratschlags-Awarenessteam ersetzt nicht die Rolle der Moderation, für eine achtsame Kommunikation während des Ratschlags zu sorgen.

Welche Rahmenbedingungen sind Voraussetzung für Awareness?

Um uns alle, aber insbesondere die Moderator*innen während der Plena zu entlasten, ist es notwendig, sich auf bestimmte Regeln zu verständigen. Allen Teilnehmer*innen muss klar sein, welche Regeln wann gelten. Deshalb wurden sie auf der Ratschlagsseite veröffentlicht und zu Beginn und während der Veranstaltung wird noch einmal darauf hingewiesen.

Redebeobachtung

Die Mitglieder des Awarenessteams reflektieren zusammen mit der Moderation die Häufigkeit der Redebeiträge der einzelnen Redner*innen und das Diskussionsverhalten.

3.6. Hygienekonzept

Corona: Wir sind solidarisch!

Das Tragen einer Mund- und Nasebedeckung in den Schulräumen stellen wir allen frei. Wir bitten alle Teilnehmer*innen des Ratschlages, solidarisch mit vulnerablen Gruppen zu sein und eigenverantwortlich mit der aktuellen Situation umzugehen. Wenn ihr euch Personen nähert die zum Selbstschutz eine Maske tragen, sprecht bitte bilateral ab was sie sich von euch wünschen und findet gemeinsam einen Umgang mit dem sich alle wohlfühlen.

Bitte testet euch täglich, bevor ihr zum Ratschlag kommt.

4. FLINTA*Plenum

Im FLINTA*Plenum wollen wir diesmal

- gemeinsam an unserem Selbstverständnis arbeiten,
- überlegen, welche Projekte und Themen wir in nächster Zeit behandeln wollen
- und uns darüber verständigen, welche Regeln wir uns für eine solidarische, rücksichts- und respektvolle Kommunikation geben wollen.

Wir würden uns besonders freuen, wenn die FLINTA*-Personen, die – aus welchem Grund auch immer – bisher nicht am FLINTA*Plenum teilgenommen haben, sich an der Diskussion beteiligen.

FLINTA*s sind

- (cis-)Frauen - ‚cis‘ bedeutet: Frauen, die sich mit ihrem bei ihrer Geburt zugewiesenen Geschlecht identifizieren,
- Lesben, also homosexuelle Frauen, die gleichgeschlechtliche Frauen lieben,
- intersexuelle Menschen, die sowohl mit weiblichen als auch mit männlichen Geschlechtsanteilen geboren worden sind,
- nicht-binäre Menschen, die sich weder dem weiblichen noch dem männlichen Geschlecht zuordnen wollen oder können,
- trans Menschen, die sich als transident, transgender oder transgeschlechtlich bezeichnen und sich nicht mit dem Geschlecht identifizieren, das ihnen zum Zeitpunkt ihrer Geburt zugewiesen worden ist, und
- agender: Menschen, die kein Geschlecht haben, sich keinem Geschlecht zugehörig fühlen oder das Konzept von Geschlecht und Geschlechterteilung ablehnen, bezeichnen sich (auch) so.

* Das Sternchen stellt darauf ab, dass es viele weitere Ein- und Zuordnungen hinter (biologischem) ‚sex‘ und (sozialem) ‚gender‘ gibt - viele Menschen werden aufgrund dieser Einordnung und Zuordnung gesellschaftlich immer noch stark diskriminiert und sind daher im Attac-FLINTA*Plenum willkommen.

5. Alternativplenum

Das Alternativplenum ist ein Ort an dem die Diskriminierung von FLINTA* Personen durch ein von Männern geprägtes System reflektiert wird und an dem Männer ihre Privilegien reflektieren.

Dieses Mal wird euch ein kurzer Input zum Thema der gewaltfreien und wertschätzenden Kommunikation geben. Gemeinsam möchten wir dann schauen, wo diese in Attac noch fehlt und wie es besser laufen könnte.

Gewaltvolle und geringschätzig Kommunikation sind oft ein Ausdruck von Machtverhältnissen. Cis Männern wird in einer sexistischen Gesellschaft mehr Macht übertragen, weshalb durch sie häufiger gewaltvolle Kommunikation angewendet wird. Deshalb sollten sich insbesondere Männer mit dem Konzept der gewaltfreien Kommunikation beschäftigen. Um Attac zu einem diskriminierungsfreiem Ort zu machen, braucht es also insbesondere eine Selbstreflexion der Männer.

6. Berichte aus den Gremien

6.1. Bericht aus dem KoKreis

Bericht zur Arbeit des Koordinierungskreises von Attac Deutschland seit dem Herbstratschlag 2022

Der beim Frühjahrsratschlag 2022 gewählte Koordinierungskreis von Attac Deutschland (KoKreis) umfasste 14 Personen und damit etwas weniger als in früheren Wahlperioden. Nicht zuletzt dadurch, dass die meisten bisherigen KoKreis-Mitglieder

gleichzeitig auch bei sich vor Ort in ihrer Regionalgruppe, in bundesweiten Attac-Arbeitsgruppen (BAGen), Rats-Arbeitsgruppen und/oder anderen bundesweiten Attac-Arbeitszusammenhängen (Junges Attac, FLINTA*Plenum) aktiv sind, ergab sich bis zuletzt eine sehr hohe Arbeitsbelastung für die im KoKreis tätigen Aktiven. Ohne ein sehr engagiertes Bundesbüro, das den KoKreis und das gesamte Attac-Netzwerk massiv unterstützt, wäre dies überhaupt nicht zu bewältigen (gewesen). Deshalb großen Dank dafür! Wir vom bisherigen KoKreis wünschen uns, dass wir mit dem Büro und mit den Gremien noch besser an einem Strang ziehen, um gemeinsam mit allen Attacies politisch noch wirksamer zu werden.

Arbeitsweise

Der Attac-KoKreis ist ein Arbeitsgremium. Dieses vertritt das deutsche Attac-Netzwerk im Rahmen der politischen Beschlüsse des Ratschlags und des Attac-Rats (z.B. in verschiedenen bundesweiten Bündnissen) nach außen; es ist zuständig für bundesweite Kampagnen sowie für die Öffentlichkeitsarbeit und es organisiert den internen Kommunikationsfluss. Außerdem erfüllt der KoKreis gegenüber dem Attac-Bundesbüro die Rolle des Arbeitsgebers.

Der KoKreis hat sich zuletzt ca. vierzehntäglich alternierend in eintägigen und zweistündigen Sitzungen getroffen und stimmt sich zwischen seinen Sitzungen kontinuierlich über Mailinglisten und die von Attac gehostete Applikation ‚Element (Attac)‘ ab.

Für seine Kernaufgaben strukturiert der KoKreis seine Arbeit in Unterarbeitsgruppen, die sich z.B. um die Pressearbeit, internationale Kontakte, Haushalt und Finanzen, Büroentwicklung und temporäre Projekte kümmern; darüber hinaus arbeiten Mitglieder des KoKreises (a) in Rats-Arbeits- und Projektgruppen zum Beispiel zur Unterstützung des Fundraisings für Attac Deutschland, zur Vorbereitung von Ratssitzungen wie Ratschlägen und in der PG Struktur sowie (b) in Bündnissen, an denen Attac beteiligt ist, mit. Einzelne vom KoKreis dafür beauftragte Mitglieder pflegen außerdem den Kontakt zu Attac-Mitgliedsorganisationen sowie zu (tatsächlichen und potentiellen) Bündnispartner*innen.

Aktueller politischer Kontext

Der KoKreis agiert weiterhin in einem politischen Kontext, der durch eine Vervielfachung (weltweiter) Krisen gekennzeichnet ist – zuletzt entstanden solche (wie hierzulande z.B. die anhaltende Energiekrise) insbesondere vor dem Hintergrund des verbrecherischen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine. Während sich die Klimakrise gleichzeitig verschärft, gewinnen autoritäre Kräfte in vielen Ländern Europas und weltweit immer noch beständig an Zulauf und Macht.

Aktivitäten, Beschlüsse und Stellungnahmen

Vor diesem Hintergrund hat der KoKreis sich in den seit dem Herbstratschlag 2022 vergangenen Monaten vielfältig engagiert:

Kampagne: „Warme Hütten, kalte Paläste“

Bereits im September/Oktober 2022 hatte sich der Attac-KoKreis in Bündnissen unter dem Motto #SolidarischerHerbst für eine solidarische Bewältigung der Energiekrise eingesetzt; in dieser Folge haben unter anderem die Teilnehmer*innen des Attac-Herbstratschlags 2022 in Frankfurt/Main an einer von insgesamt sechs Demonstrationen in deutschen Großstädten teilgenommen und gemeinsam mit 24.000 Menschen dafür demonstriert, Soziales und Maßnahmen gegen die fortschreitende Klimakrise nicht gegeneinander auszuspielen. In der Fortsetzung der Attac-Kampagne „Warme Hütten, kalte Paläste“ haben Mitglieder des Attac-KoKreises teils mit großer Unterstützung seitens des Attac-Bundesbüros und einzelner Ehrenamtlicher aus dem

Rat, BAGen und Regionalgruppen sowie fallweise auch in Zusammenarbeit mit Bündnispartner*innen Webinare organisiert und schließlich eine Leuchtturm-Aktion in Berlin vorbereitet und durchgeführt: Am 16. Januar 2023 blockierten Attac-Aktive unter medialer Beachtung Eingänge zum sogenannten Energie-Gipfel des „Handelsblatts“; außerdem verteilten sie (sowie die Aktiven in vielen Attac-Regionalgruppen) zu diesem Anlass das eigens erstellte „Wandelsblatt“, in dem die Politik von Regierung und Konzernen demaskiert und alternative Vorschläge von Attac beschrieben wurden.

Bündnis: „Stoppt das Töten in der Ukraine“

Vor dem Hintergrund des anhaltenden Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine hat der Attac-KoKreis seine Aktivitäten im bundesweiten Bündnis „Stoppt das Töten in der Ukraine“ fortgeführt. Dies erfolgt(e) erstens durch gemeinsam mit Bündnispartner*innen wie der DfG-VK, VVN/BdA, pax christi et al. durchgeführte öffentliche Online-Veranstaltungen sowie zweitens insbesondere durch den bundesweiten dezentralen Aufruf zu Aktionen anlässlich des Jahrestags des russischen Angriffs auf die Ukraine. In diesem Zusammenhang hat der KoKreis außerdem deutlich gemacht, dass Attac auf Grundlage des Ratschlagsbeschlusses vom Frühjahr 2022 alle friedenspolitischen Aktionen in Bezug auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine unterstützt, die deutlich machen, dass wir Angriffskriege wie die von Russland auf die Ukraine verurteilen und das Recht angegriffener Staaten auf Selbstverteidigung anerkennen. Damit einher ging auf Basis des Selbstverständnisses von Attac Deutschland gleichzeitig eine Distanzierung von Veranstaltungen, die sich den Vereinnahmungsversuchen rechtsextremer Kräfte nicht nachdrücklich widersetzen. Dies galt und gilt leider auch für das "Manifest für den Frieden", dessen Initiator*innen ausdrücklich erklärt hatten, dass auch Rechtsextreme als Teilnehmer*innen der Kundgebung vom 25.02. in Berlin willkommen sind – was sich so leider bewahrheitet hat.

Aufrufe sowie Unterstützung von (Solidaritäts-)Erklärungen und Petitionen

In den zurückliegenden Monaten hat der Attac-KoKreis (Solidaritäts-)Erklärungen und Petitionen zu unterschiedlichen Themen unterzeichnet und aktuellen Forderungen von Attac Reichweite verschafft. So unterzeichnete er neben der Unterstützung der oben genannten Aktivitäten unter anderem

- zu Beginn der UN Klimakonferenz COP 27 ein Statement hunderter zivilgesellschaftlicher Organisationen weltweit gegen das System der Investor-Staat-Streitbeilegung (investor-state dispute settlement, ISDS), das neben weiteren schädlichen Wirkungen dem Klimaschutz zuwiderläuft,
- ebenfalls im November 2022 eine Erklärung des Netzwerks „Seattle to Brussels“ zum Thema „Zivilgesellschaftliche Organisationen fordern: EU-Handelsabkommen dürfen demokratische Teilhaberechte nicht untergraben!“
- und eine Solidaritätserklärung mit der Letzten Generation, KLIMA SCHÜTZEN IST KEIN VERBRECHEN – SOLIDARITÄT MIT DER LETZTEN GENERATION
- sowie im Dezember 2022 eine Unterstützung der UN-Steuerkonvention
- und im Februar 2023 das „Manifest für eine ökosoziale Energiewende von den Völkern des Südens“
- sowie ebenfalls im Februar 2023 die Erklärung "Solidarität, Gleichheit, Kooperation und nachhaltiger Handel: eine Alternative zum EU-Mercosur Abkommen" des Netzwerks „Seattle to Brussels“.

Weiter rief der Attac-KoKreis u. a. zur Teilnahme an den Protesten gegen die Räumung von Lützerath und an der neuerlichen Demonstration des Bündnisses „Wir haben es satt!“ auf.

Gerichtsprozesse

Der Attac-KoKreis befindet sich in Vertretung des Attac-Netzwerks weiterhin in gerichtlichen Auseinandersetzungen, die (a) die Aberkennung der Gemeinnützigkeit und (b) das staatliche Handeln im Rahmen der Proteste gegen den G20-Gipfel 2017 in Hamburg betreffen. In Bezug auf die Aberkennung der Gemeinnützigkeit wurde Ende 2022 ein weiterer Erfolg vor Gericht erzielt, indem unserer Klage auf Akteneinsicht in weiteren Teilen stattgegeben worden ist. Aufgrund von Anträgen, gegen dieses Urteil in Revision zu gehen, wird dieses Verfahren voraussichtlich fortgeführt werden. Mit Blick auf die Proteste gegen den G20-Gipfel wehrt Attac sich weiterhin gegen die massive Verletzung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit, wo es um die zeitweilige Verhinderung und die Beschränkungen des damaligen Protestcamps im Altonaer Volkspark geht.

Wahrnehmung des Selbstverständnisses von Attac Deutschland

In Vertretung der zurückliegenden Beschlüsse von Attac-Ratschlägen hat der Attac-KoKreis zuletzt eine zweite Attac-Regionalgruppe aufgelöst, die sich weigerte, den Ratschlagsbeschluss zur Distanzierung von Querdenken et al. anzuerkennen. Weitere Auseinandersetzungen um die fehlende Anerkennung des Selbstverständnisses von Attac Deutschland wurden vom KoKreis der vom Ratschlag eingesetzten und gewählten Schlichtungskommission vorgelegt – dieses jüngst vom Ratschlag geschaffene Gremium erweist sich aus Sicht des KoKreises als ein Gewinn des Netzwerks, das für die Einhaltung fairer Verfahren und transparenter Prozesse sorgt.

Unterstützung des Attac-Erneuerungsprozesses

Der KoKreis ist aktiv am inhaltlichen Erneuerungsprozess von Attac Deutschland beteiligt, der zur Aktualisierung und damit zur erhöhten Glaubwürdigkeit globalisierungskritischer Analysen auf der Höhe der Zeit beitragen soll.

Entwicklung des Bundesbüros

Nachdem die ehemalige Pressesprecherin von Attac Deutschland inzwischen das Amt der Geschäftsführerin des Netzwerks übernommen hat, galt es zuletzt, deren frühere Stelle nachzubesetzen – dies ist inzwischen erfreulicherweise gelungen: Seit dem 17. Januar 2023 arbeitet Lena Zoll als neue Pressesprecherin hauptamtlich im Attac-Bundesbüro.

Neue und bleibende Herausforderungen

Nicht zuletzt in Folge der COVID-19-Pandemie sind zahlreiche Regionalgruppen von Attac Deutschland in den letzten drei Jahren geschrumpft und mangels Aktiver vor Ort teilweise aufgelöst worden; und auch in bundesweiten Zusammenhängen zeigen sich manchenorts Symptome von Überalterung und Erschöpfung. Nicht nur in diesem Zusammenhang ist es sehr erfreulich, dass sich ‚Junges Attac‘ als neuer Arbeitszusammenhang sowohl in einzelnen Regionen wie auch bundesweit nicht nur sichtbar konstituiert hat, sondern aktiv ist und immer mehr Verantwortung auch in den Attac-Gremien übernimmt.

Trotzdem besteht weiterhin die Gefahr, dass sich immer weniger Menschen aktiv für Attac engagieren und den politischen Forderungen unseres Netzwerks die im politischen Prozess notwendige Sichtbarkeit verleihen. Der KoKreis möchte daher alle Attac-Mitglieder dazu ermuntern, sich im Netzwerk einzubringen und aktiv für die Ziele von Attac Deutschland einzusetzen, auf die Straße(n) zu gehen und sich an Aktionen bundesweit sowie vor Ort zu beteiligen – ohne Sichtbarkeit würde das Netzwerk seine Relevanz im politischen Prozess verlieren und schließlich irrelevant werden.

In der Verantwortung des künftigen KoKreises liegt es u.a., bereits begonnene Prozesse zur Verbesserung der Zusammenarbeit und Kommunikation im Attac-Netzwerk sowie innerhalb der Gremien und mit dem Büro voranzutreiben. Darüber hinaus gilt es, den weit fortgeschrittenen Erneuerungsprozess des Netzwerks zu unterstützen und gemeinsam mit den in diesem Prozess Engagierten zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Eine weitere Aufgabe ist es schließlich, ein Umfeld zu schaffen, in dem sich neue und jüngere Attacies wohlfühlen sowie für die Zukunft des Netzwerks Verantwortung übernehmen können und wollen. Hierzu gehören nicht zuletzt die Weiterentwicklung einer Awareness-Kultur und das Bestehen auf das Selbstverständnis von Attac als einem Netzwerk, das sich scharf von althergebrachten sowie neuen Formen menschenverachtender, antidemokratischer, autoritärer und rechtsradikaler und -offener Diskurse und Bewegungen abgrenzt.

All dies erfordert viel Engagement und Leidenschaft im Einsatz für das, was wir gemeinsam wollen: Ein gutes Leben für alle.

6.2. Bericht aus dem Rat

Ratssitzung Göttingen & online

Ratssitzung 25. und 25. November 2022

Auf der Ratssitzung wurde über die Bestätigung der AG Europa diskutiert. Es gab deutliche Kritik an der AG. Die Wesentliche Kritik hat sich darauf bezogen, dass die Vernetzung zu den anderen AGs nur sehr sporadisch stattfindet, trotz dass es sich bei dem Thema Europa um ein Querschnittsthema handelt, das dazu neigen kann Doppelstrukturen zu entwickeln. Letztendlich wurde die Bestätigung auf die nächste Ratssitzung verschoben.

Des Weiteren haben die AGs und PGs von ihrer Arbeit berichtet.

Es hat eine Präsentation zur Arbeit der Moderation auf Discourse stattgefunden und es wurden die Moderator*innen für die Plattform gewählt. Näheres lässt sich im Protokoll des Rates nachlesen.

Ratskommunikation 26. und 27. November 2022 mit Sahra und Rob

Nach der Tagung des Rates haben wir am Samstag und Sonntag mit Sahra und Rob geschaut, wie wir es schaffen können, dass wir effektiv gemeinsam arbeiten können und eine gute Atmosphäre entsteht. Dabei ist erneut deutlich geworden, dass es eine Wissensdifferenz gibt und das es deshalb insbesondere für neue schwer ist in die Strukturen reinzukommen und die Abläufe zu verstehen. Außerdem ist das Meinungsspektrum divers und die Umgangsform nicht umsichtig. Als Fazit haben wir mitgenommen, wie viel es wert ist sich kennengelernt zu haben und nicht nur die E-Mail-Adresse zu kennen. Deshalb plant die Rats-VG ein erstes Kennlerntreffen, wo sich der nächste Rat kennenlernt, die Strukturen erklärt werden und unter anderem die Moderationskompetenz geübt wird. Dieses wird vom 21.-23.4.2023 in Mannheim stattfinden.

Online Ratssitzung 11. Februar

Bei der Ratssitzung im Februar haben wir uns als inhaltlichen Schwerpunkt mit dem systemischen Konsensieren befasst. Anhand eines einfachen Beispiels sind wir durchgegangen, wie es funktionieren kann. Es gab viele Gedanken zu dem Verfahren und wir sind gespannt, wie sich das Verfahren in Zukunft für uns anwenden lässt. Des Weiteren haben wir uns mit dem Antrag zur einmaligen Verlängerung der

Wahlperioden befasst. Eine einfache Mehrheit hat sich für den Vorschlag ausgesprochen. Besonders strittig war das weitere Verfahren mit „Sand im Getriebe“. Es ist die Frage aufgekommen, wie die Struktur von SiG in Attac sein sollte. Dazu hat es mehrere Anträge gegeben. Der Rat hat am Ende beschlossen, dass SiG weiterhin in Attac Kreisen wie z.B. der Gruppenliste werben darf, jedoch deutlich als eigene Zeitschrift auftritt und z.B. nicht mehr eine @attac.de E-Mail verwendet. Um diese Umstellung durchzuführen, wurde eine ausreichende Übergangszeit anerkannt. Die BAGs „Europa“ und „gegen Rechts“ wurden bestätigt. Näheres lässt sich im Protokoll des Rates nachlesen.

7. Vorschläge Frühjahrsratschlag Attac 2023

7.1. Vorschläge_V

7.1.1. V1_Hybride Ratschläge

Vorschlag Dortmund 1 an den Frühjahrsratschlag (hybride Ratschläge):

Die RG Dortmund beantragt: Ratschläge werden hybrid durchgeführt. Das Bundesbüro wird beauftragt, die technischen Voraussetzungen zu schaffen.

Begründung:

Attac-Mitglieder mit Einschränkungen im Bereich der Mobilität sind vielfach gehindert, an unseren Ratschlägen teilzunehmen. Dies gilt ebenfalls für Frauen, denen (immer noch) überwiegend die Care-Arbeit in der Familie zufällt und die sich deshalb nur unter Schwierigkeiten ein Wochenende frei nehmen können. Beide Gruppen lassen sich deshalb deutlich seltener als Delegierte aufstellen. Auch dies ist ein Grund, warum die Leitungsgremien von Attac nicht paritätisch besetzt sind. Aber auch allen Delegierten und interessierten Mitgliedern aus den weiter entfernten Regionalgruppen sollte eine einfache Teilnahme ermöglicht werden.

7.1.2. V2_2. Erweiterungsbeschluss gegen Rechts

Vorschlag Dortmund 2 (Erweitertes Selbstverständnis von Attac gegen Rechts)

Die RG Dortmund beantragt die erneute Beschlussfassung über die auf dem Herbstratschlag 2021 gefasste Erweiterung des Selbstverständnisses von Attac gegen Rechts auf dem nächsten Ratschlag nach ausführlicher Diskussion des Textes in den Regionalgruppen. Bis dahin werden keine weiteren Ausschlüsse oder andere Ordnungsmaßnahmen aufgrund dieser Erweiterung von Attac-Gremien beschlossen. Das Bundesbüro wird beauftragt, eine solche ausführliche Diskussion in den Regionalgruppen zu initiieren.

Begründung:

Die auf dem Herbstratschlag letzten Jahres irregulär gefasste Erweiterung des Selbstverständnisses von Attac gegen Rechts¹ wird von der Mehrheit des KoKreises und des Rates so ausgelegt, dass Attacies an keiner Aktion (Veranstaltung, Demo o.ä.) auch nur teilnehmen dürfen, wenn Querdenker*innen dort ebenfalls teilnehmen². Eine „klare Abgrenzung“ kann unserer Meinung nach durch eindeutige Stellungnahmen gegen „rassistische, antisemitische, fremdenfeindlichen, chauvinistische Ideologien“³

viel deutlicher erfolgen als dadurch, dass wir von Veranstaltungen verschwinden, nur weil dort auch „Querdenker*innen“ gesichtet werden. Im Gegenteil: Die Untersuchungen über die Zusammensetzung der „Querdenker*innen“-Bewegung z.B. von Amlinger / Nachtwey⁴ legen nahe, mit Menschen in dieser Bewegung verstärkt das Gespräch zu suchen und sie von unseren linken, solidarischen, globalisierungskritischen Positionen zu überzeugen⁵. Über die Partei „Die Basis“ liegen völlig unterschiedliche Erfahrungen vor.

1 S. Protokoll des Herbstratschlages 2021 S.2 (Fortsetzung Top 3): https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Gremien/Ratschlag/Protokolle/Protokoll_Herbstratschlag_2021.pdf Der Antrag war als „Ersetzungsantrag“ eines ganz anderen Antrages eingebracht worden und mit 16 Veto-Stimmen zunächst abgelehnt worden. Statt wie nach den Attac-Regeln üblich auf dem nächsten Ratschlag nach einem Konsenstreffen erneut darüber abzustimmen, wurde eine sofortige kurze Konsensrunde durchgeführt, auf der von Seiten der Einbringer des Antrages kein Wille zur Veränderung ihres Antrages erkennbar war. Ohne Einigung wurde dann der unveränderte Antrag vom Ratschlag mit Mehrheit – jetzt ohne die Möglichkeit, ein Veto einzulegen – durchgezogen. Dieses Vorgehen widerspricht dem „Konsensorientierten Entscheidungsverfahren“ von Attac, in dem Minderheitenpositionen ausdrücklich geschützt sind.

2 Der hier entscheidende Passus lautet: „Dies erfordert eine klare Abgrenzung zu Gruppen wie „Querdenken“ oder der Partei „dieBasis“, denn sie sind wissenschaftsfeindlich, vertreten ein egoistisches Menschenbild und verbreiten antisemitische Verschwörungserzählungen.“ (s.o.)

3 aus der bisherigen Erklärung des Attac Rates zur Abgrenzung gegen rechte Globalisierungskritik von Okt. 2012: https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/bundesebene/attac-strukturen/Globale-soziale-Rechte_Erklaerung-Rat_1210.pdf

4 Carolin Amlinger / Oliver Nachtwey: „Gekränkte Freiheit. Aspekte des Libertären“ Suhrkamp, Berlin 2022

5 "40 Prozent der Teilnehmer:innen unserer Erhebung haben bei der Bundestagswahl 2017 noch die Grünen oder die Linke gewählt. Aber nur noch 6 Prozent der Teilnehmer:innen wollte das wieder tun. [...] Das heißt, die Querdenker-Bewegung hat einen starken linksalternativen Einfluss, ist aber auf einem Drift nach rechts. Allerdings: Der größte Teil der Querdenker aber, vor allem jene Anhängerschaft, die ursprünglich aus dem grün-linken Milieu stammt, will überhaupt nicht mehr wählen. Oder sie entscheiden sich für eine Partei wie die Basis, das ist die eigentliche Querdenker-Partei. Insgesamt lässt sich festhalten:

Ihre Mitglieder pauschal in die rechte Ecke zu stellen ist unserer Ansicht nach derzeit verfehlt.

Damit keine Missverständnisse aufkommen: Wir wenden uns gegen jede Form von Rassismus oder Menschenverachtung. Auch Wissenschaftsfeindlichkeit ist uns fremd. Dabei gehen wir aber davon aus, dass wissenschaftlicher Fortschritt von der offenen Kontroverse unterschiedlicher Positionen von Wissenschaftler*innen lebt. Ein dogmatisches Verständnis von Wissenschaft, in dem nur eine Sichtweise als wahr und alle anderen als falsch angesehen werden, lehnen wir allerdings entschieden ab.

Forts. Anm. 5:

Es geht um eine Bewegung die eher von links kommt und eine Dynamik nach rechts entwickelt“. (Aus einem Interview mit der/m Verfasser/in in der Frankfurter Rundschau v. 31.10.22: <https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/carolin-amlinger-und-oliver-nachtwey-eine-bewegung-von-links-mit-drift-nach-rechts-91886714.html>)

7.1.3. V3_Sand im Getriebe

Attac-Regionalgruppe Kassel - Sand-im-Getriebe (SiG)

Die Regionalgruppe Kassel beantragt, "Sand im Getriebe" wird wie bisher als "Deutschsprachiger Rundbrief über internationale (Attac-)Bewegungen" von Attac Deutschland unterstützt und behält ihre bisherige Webseite und Internetadresse.

Begründung:

Mit ihrer Dokumentation nationaler und internationaler Dokumente ist "Sand im Getriebe" ein wichtiges Medium für die Bildungs- und Aktionsarbeit vor Ort und ein wichtiges Medium, wenn es darum geht, über den bundesdeutschen Tellerrand hinauszublicken.

7.1.4. V4_Hybride Ratschläge

Attac-Regionalgruppe Kassel - Hybride Ratschläge

Die Regionalgruppe Kassel beantragt die Durchführung von Ratschlägen in hybrider Form.

Begründung:

Angesichts der von vielen als undemokratisch und zentralistisch empfundenen Entwicklungen bei Attac schlagen wir die Durchführung von hybriden Ratschlägen, damit allen Delegierten und interessierten Mitgliedern auch aus den weiter entfernten Regionalgruppen die Teilnahme ermöglicht wird, vor. Dies wäre auch im Interesse von vielen (weiblichen) Attac-Mitglieder, die durch Sorge-Arbeit mehr oder weniger zuhause festgebunden sind.

7.1.5. V5_Ratschläge aufzeichnen

Barbara Volhard - Attac Freiburg

Vorschlag:

Der Frühjahrsratschlag 2023 sowie alle künftigen Ratschläge, die nicht als Videokonferenz stattfinden, werden per Video oder mindestens Audio aufgezeichnet und Attac-Mitgliedern unmittelbar nach dem jeweiligen Ratschlag ungeschnitten zur Verfügung gestellt.

Begründung:

Sehr viele Attacies sind ältere, engagierte Attac-Mitglieder, für die das RKI nach wie vor empfiehlt „zur Reduktion des Infektionsrisikos Abstand zu halten, Hygiene zu beachten, in Innenräumen Masken zu tragen und regelmäßig zu lüften“. Ihre Sicherheit ist weder auf der Anreise noch auf dem Ratschlag selbst gewährleistet. Viele ältere und alte Attacies haben Vorerkrankungen oder schwere

Gesundheitseinschläge wie Krebs, Herzinfarkt oder Schlaganfall erlitten mit der Folge von unzureichendem Immunschutz trotz mehrfacher Impfung. Sie sind von Präsenzratschlägen de facto ausgeschlossen. Ebenso ausgeschlossen sind auch Menschen, die es sich wegen verschiedener anderer Verpflichtungen (Alleinerziehende, Pflege von Angehörigen usw.) oder wegen ihrer Berufstätigkeit nicht leisten können, sich ein ganzes Wochenende für den Ratschlag frei zu nehmen. Sie alle könnten sich eine Aufzeichnung des Ratschlags wenigstens zuhause in Etappen ansehen oder -hören und anschließend mit ihren Regionalgruppen besprechen. Eine ungeschnittene Wiedergabe unmittelbar nach dem Ratschlag hat drei Vorzüge:

1. Ein Schnitt ist arbeits- und zeitaufwendig, diese Mühe ist niemandem zuzumuten und kann vermieden werden. Deshalb kann die Aufzeichnung auch sofort zur Verfügung gestellt werden.
2. Ein Ratschlag lebt auch von seiner Atmosphäre, sie wirkt durch eine ungeschnittene Aufzeichnung authentischer und wird deutlicher sicht- und fühlbar.
3. Jeder Verdacht, dass durch die Art des Schnitts manipuliert worden sein könnte, wird durch eine ungeschnittene Aufzeichnung widerlegt. Zugleich ist eine solche Aufzeichnung auch geeignet zu prüfen, ob das nach wie vor notwendige Ergebnisprotokoll tatsächlich alles Wichtige festgehalten hat.

Barbara Volhard, Attac Freiburg
Elke Hügel, Attac Freiburg
Birgit Kerres, Attac Aachen
Christine Weber-Herfort, Attac Itzehoe
Marianne Bohrer, Attac Untere Saar
Ingeborg Schellmann, Attac Halle
Christiane Hansen, Attac München
Prof. Dr. Martin Hochhut, Attac Freiburg
Carsten Malchow, Attac Lübeck
Martin Steiner, Attac Freiburg
Frieder Müller, Attac Freiburg

7.1.6. V6_Hybride Ratschläge

Vorschlag RG Halle zum Ratschlag am 1. und 2. April 2023

Betreff:

Ratschläge als Hybrid-Veranstaltungen

RG beantragt, die Ratschläge im Hybrid-Format durchzuführen und richtet eine PG ein, die die Möglichkeit von geheimen Wahlen klärt.

Begründung:

an einem Ratschlag in einem solchen Format können viele teilnehmen, die sonst nicht teilnehmen können: Eltern, Werk tätige, sonstige, die mehr Ruhezeit brauchen oder nicht reisefähig sind und andere mehr. Ein größerer Teilnehmerkreis würde zudem dem demokratischen Anliegen von Attac gerecht werden.

7.1.7. V7_Projektgruppe soziale Frage

Attac-Regionalgruppe Kassel, Vorschlag 3 - Projektgruppe Soziale Frage

Die Attac-RG Kassel beantragt die erneute Verlinkung der Webseite der Attac Projektgruppe Soziale Frage auf die Webseiten von Attac-Deutschland

Begründung:

Die Webseite der Projektgruppe <https://www.attac-netzwerk.de/soziale-frage> enthält viel aktuelles Material und von Regionalgruppen entwickelte Aktionen zu Themen der sozialen Frage, die ansonsten auf den Webseiten von Attac nicht zu finden sind, und dient dazu, insbesondere die Regionalgruppen in diesem Bereich zu unterstützen.

Solange es auf den Webseiten von Attac-Deutschland nichts Besseres gibt und solange die Inhalte auf der Webseite der Projektgruppe Soziale Frage den Tätigkeiten anderer Bundesarbeitsgruppen nicht widersprechen, sollte die frühere Verlinkung wieder hergestellt werden, z.B. zu „Ziele“ / „Soziale Sicherheit“:

<https://www.attac.de/ziele/soziale-sicherheit>

7.1.8. V8_Website PG Soziale Frage

Antrag der Projektgruppe Soziale Frage auf Verlinkung ihrer Web-Seite mit den Webseiten von Attac Deutschland

Begründung

Die Projektgruppe Soziale Frage besteht aus Attac Mitgliedern der Regionalgruppen. Sie wurde 2020 vom Rat als Projektgruppe initiiert, ist aber 2022 in dieser Funktion beendet worden.

Die Projektgruppe ist weiterhin aktiv, basisorientiert und offen für alle. Sie stellt auf ihrer Web-Seite <https://www.attac-netzwerk.de/soziale-frage> vielfältiges Informations- und Aktionsmaterial zu den Problemen der Sozialen Frage zur Verfügung.

Wir halten es für wichtig, dass dieses Material gerade bei der aktuellen Brisanz der sozialen Probleme aktiven Attac-Mitgliedern und Interessierten leicht zugänglich ist. Darum beantragen wir eine Verlinkung z.B. unter

<https://www.attac.de/ziele/soziale-sicherheit>

7.1.9. V9_Sand im Getriebe, Ratsbeschluss aufheben

Aufhebung des Ratsbeschlusses vom 11. Februar 2023 über den Rundbrief „Sand im Getriebe“

von: Redaktion Sand im Getriebe (Werner Horch)

Der Ratschlag möge beschließen:

Der Beschluss des Attac-Rats vom 11. Februar 2023, jeden Zusammenhang von Attac Deutschland und dem Rundbrief „Sand im Getriebe“ aufzulösen

(https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Gremien/Rat/Sitzungen/2023-02-11/Rats_VG_Antrag_SiG_fin.pdf), wird aufgehoben.

Der Rat wird aufgefordert, für die vom Koordinierungskreis eingeforderte Anbindung des Rundbriefs an Attac-Strukturen eine Lösung zu finden, damit dieser Rundbrief, in dem „viel Arbeit und Organisation“ steckt und der „viele interessante Artikel über die Jahre“ enthält (aus dem Ratsbeschluss zitiert), weiterhin als Veröffentlichung von Attac-Mitgliedern innerhalb von Attac einen Platz hat.

Begründung

Gegen den Ratsbeschluss hat die SiG-Redaktion bei der Schlichtungskommission Widerspruch erhoben und dies wie folgt begründet:

„Ein solcher Beschluss bedeutet die Auflösung eines Arbeitszusammenhangs innerhalb von Attac und ist mit einem Ausschluss vergleichbar.

[...]

Ein solcher Beschluss ist für Attac Deutschland rufschädigend und sollte zurückgenommen werden.“

Die SiG-Redaktion beruft sich dabei auf die der Schlichtungskommission übertragenen Aufgaben: „Die Schlichtungskommission kann bei Streitigkeiten innerhalb von Attac aufgerufen werden.“ (Regelsammlung vom 22. Oktober 2022, Seite 6, Punkt 2.4.1 – https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/bundesebene/attac-strukturen/221022_Regelsammlung.pdf)

Die Schlichtungskommission erklärte sich aber für nicht zuständig, daher erfolgt der Antrag an den Ratschlag.

Zur Anbindung von SiG an Attac

Der Attac-Rat hat in seiner Sitzung am 11. Februar 2023 den Antrag des Koordinierungskreises, jeden Zusammenhang von Attac Deutschland und SiG aufzulösen, mehrheitlich angenommen. Die Webseite

<https://www.attac.de/bildungsangebot/sig/startseite> soll geschlossen werden.

Begründet wurde die Entscheidung damit, dass „der Rundbrief an keine Attac-Struktur angebunden“ sei. Einen Vorschlag zum Anbindungsmodus hat der Koordinierungskreis aber nicht gemacht.

Die SiG-Redaktion stellte für die Umsetzung der vom Koordinierungskreis erwünschten Anbindung an die Attac-Strukturen einen Antrag auf Anerkennung als Attac-Bundesarbeitsgruppe:

https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Gremien/Rat/Sitzungen/2023-02-11/Antrag_zur_Anerkennung_von_Sand_im_Getriebe_als_BAG_-_31_jan23.pdf.

Der Rat hat diesen Antrag auf Anerkennung als Bundesarbeitsgruppe mehrheitlich abgelehnt, eine alternative Lösung hat er aber nicht vorgeschlagen.

Fazit:

Eine Anbindung wird eingefordert, dazu aber gibt es außer von der SiG-Redaktion keinen Vorschlag, sondern stattdessen einen Ausschluss von SiG aus dem Attac-Netzwerk.

„Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der Attac-Bewegung.“ Auf diese Tatsache hat die SiG-Redaktion seit Februar 2002 in jedem Heft und auf der Webseite hingewiesen. Zusätzlich steht der Satz jetzt auf der Titelseite, so dass klar ersichtlich ist, dass SiG keineswegs den Anspruch erhebt, als offizielles Organ von Attac Deutschland bzw. der internationalen Attac-Bewegung zu fungieren.

Die SiG-Redaktion hat den gesamten Vorgang seit dem Sommer 2022 in ihrer Stellungnahme „in eigener Sache“ –

https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/bundesebene/SiG/SiG-Redaktion_in_eigener_Sache_-_feb_2023.pdf – und in einer Dokumentation –

https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Gremien/Rat/Sitzungen/2023-02-11/Attac-Debatten_ueber_Sand_im_Getriebe_-_SiG-Gruendung_und_-_Geschichte.pdf – dargestellt.

Die SiG-Redaktion, 11. März 2023

sand-im-getriebe@posteo.de, <https://www.attac.de/bildungsangebot/sig/startseite>

7.1.10. V10_Einfach umsteigen, IAA 2023

Beschlussvorlage der Kampagnengruppe „einfach.umsteigen - Klimagerechte Mobilität für alle!“, zur Verabschiedung auf dem Frühjahrsratschlag 2023.

Basierend auf dem entsprechenden Beschluss des Herbstratschlags 2022 beabsichtigt die Kampagnengruppe, sich weiterhin an den zentralen Aktionen zur Verkehrswende zu beteiligen und die Bewegungsvernetzung in den entsprechenden Bündnisstrukturen voranzubringen.

Inhaltlich wollen wir dabei natürlich die Automobilindustrie in den Blick nehmen und ihre Bestrebungen, mit möglichst hochmotorisierten SUV den motorisierten Individualverkehr attraktiv und vor allem profitabel zu gestalten, zu Lasten einer klima- und sozialverträglichen Mobilität. Aber auch die reaktionäre Verkehrspolitik von Minister Wissing mit dem Bau weiterer Autobahnen und Fernstraßen statt des Ausbaus des öffentlichen Verkehrs und seinen Vorstellungen von E-Mobilität die mit Strom aus AKW betrieben werden soll, werden wir entsprechend skandalisieren und bekämpfen. Der Schwerpunkt unserer Aktivitäten wird sich dabei erneut auf die Internationale Automobilausstellung (IAA) beziehen.

Hintergrund: IAA-Proteste 2019 und 2021

2019 gab es zum ersten Mal in größerem Umfang Proteste gegen die IAA; 2021 wurden diese fortgeführt. Attac war in beiden Jahren daran beteiligt, 2021 mit der maßgeblichen Organisation des Kongresses, der Mitarbeit im Träger*innenkreis der Demo, der Mitarbeit bei den Aktionen von Sand im Getriebe sowie mit einer eigenen Aktion. Sowohl 2019 als auch 2021 konnte sich Attac als Akteur innerhalb der Mobilitätswende-Bewegung profilieren, bewegungsnahe Strukturen gut unterstützen und auch in der allgemeinen Öffentlichkeit sichtbar werden.

IAA-Proteste 2023

Zurzeit beginnen die Vorbereitungen für die Proteste bei der IAA 2023, die vom 5. bis 10. September in München stattfinden wird. Es ist davon auszugehen, dass diese angesichts der klimapolitischen Diskussion insbesondere im Verkehrsbereich und der zwar nicht rasant wachsenden, aber doch stabil aufgestellten Bewegung für eine Mobilitätswende bundesweite Aufmerksamkeit bekommen wird. Attac wird sich mit folgenden Aktivitäten an den Protesten beteiligen:

Inhaltliche Veranstaltungen

Attac will inhaltliche Veranstaltungen zu den Protesten beisteuern. Diese sollen nach Möglichkeit im Camp stattfinden, aber als Attac-Veranstaltungen sichtbar sein. Dafür bietet Attac Unterstützung des Camps an, leistet einen finanziellen Beitrag und würde die eigenen Veranstaltungen als Teil des Camp-Programms sehen. Wenn dies nicht möglich ist, müssen für die Veranstaltungen andere Räume gesucht werden. Den Umfang des Programms machen wir davon abhängig, wie viele Menschen sich für die Organisation der Veranstaltungen finden. Wir streben dazu eine Kooperation mit der Regionalgruppe München an sowie mit anderen Arbeitszusammenhängen in Attac.

Attac-Aktion und Bündnisdemo

Attac wird wieder eine eigene Aktion während der IAA machen. Diese soll 2023 eine zentralere Bedeutung für die Aktivitäten von Attac während der IAA haben und den spezifischen Zugang von Attac zur Mobilitätswende in Bezug auf den Automobilssektor ausdrücken und thematisch mit einer der inhaltlichen Veranstaltungen verknüpft sein.

Wir werden uns auch an der Mobilisierung zur Bündnisdemo 2023 beteiligen und ggf. ein simples, aber möglichst „knalliges“ Demobild stellen.

Aktionen Zivilen Ungehorsams

Attac ist bei Sand im Getriebe vertreten. Was Sand im Getriebe 2023 an Aktionen macht ist noch offen, ebenso die Bündniskonstellation im Bereich ziviler Ungehorsam. Attac beteiligt sich im Rahmen seiner Möglichkeiten an den Aktionen und strebt an in den Aktionen mit einer Gruppe an Attacies präsent zu sein.

Camp

Das Camp wird als Basis für die Aktionen und ggf. für die inhaltlichen Veranstaltungen dienen. Zurzeit ist nicht absehbar, dass Attac organisatorische Unterstützung für das Camp leisten kann.

Ressourcen

Als Attac-Kampagne einfach umsteigen könnten wir rund 11.000 Euro für die IAA-Proteste verplanen. Darüber hinaus gibt es eine Person, die für die Unterstützung der Aktivitäten ein Stipendium hat. Eine genauere Aktivitäten- und Ressourcenplanung wird in Abhängigkeit von den inhaltlichen und organisatorischen Klärungsprozessen erfolgen. Dies betrifft insbesondere die Ressourcen des Bundesbüros, aber auch die Frage in welchem Maße sich andere Bereiche aus Attac (Junges Attac, BAGs ...) an den Aktivitäten beteiligen wollen.

7.1.11. V11_Aktienrente

Die Kampagnengruppe „Wer zahlt“ beantragt folgendes zu beschließen

Attac fordert eine gesetzliche Rentenversicherung, die unter Beibehaltung des Umlageverfahrens den Lebensstandard im Alter sichert und wirksam vor Altersarmut schützt.

Dies erfolgt vor Hintergrund, dass starke kapitalmarktorientierte Kräfte in der Ampelregierung unser stabiles und effizientes umlagebasiertes Rentensystem in Richtung kapitalbasierter Elemente verändern wollen. Dagegen gilt es Widerstand zu leisten.

Statt der Illusion zu folgen, dass die Kapitalmärkte die Rentenprobleme lösen, sind Reformen im Rahmen des Umlagesystems notwendig um den beiden grundsätzlichen Aufgaben „Lebensstandardsicherung und Schutz vor Altersarmut“ auch in Zukunft gerecht zu werden.

Attac hat dazu grundlegende Vorschläge entwickelt. Wir werden uns weiterhin für ihre Umsetzung einsetzen und tragen zur Stärkung breiter gesellschaftlicher Bündnisse mit diesen Zielen bei.

Begründung:

Gegenwärtig versucht die Bundesregierung mit geliehenem Geld am Aktienmarkt zu spekulieren und mit den erzielten Erfolgen die Rentenversicherung zu sanieren. Es ist absehbar, dass dies nicht gelingt, da die möglichen Kreditvolumina dafür zu begrenzt und die erreichten Renditen durch die zu tragenden Schuldzinsen zu gering sind.

Damit ist der nächste Schritt programmiert: Nicht mehr Geld leihen, sondern mit den Beiträgen der Versicherten spekulieren.

Gegenwärtig wird die Aktienrente mit vielen sachlichen Falschbehauptungen propagiert. Dabei geht es deren Unterstützern nicht nur um unmittelbare wirtschaftliche Vorteile für Vermögensbesitzer, sondern ganz offen auch um eine ideologische Kampagne.

Es geht darum, die neoliberale Marktideologie im Bereich der Sozialversicherung zu verankern.

Statt Generationensolidarität sollen die Rentner gegen die Arbeitenden in Stellung gebracht werden. Denn mit Kapitalbausteinen sind die daraus finanzierten Renten von Kurs- und Dividendensteigerungen abhängig. Und die steigen nur, wenn die Unternehmen höhere Profite erzielen. Lohnerhöhungen müssen folglich begrenzt werden um die Profite zu sichern. Steuererhöhungen für Unternehmen sind dann „natürlich“ auch des Teufels.

Diese Entwicklung gilt es zu verhindern.

Im Rahmen der Attac-Kampagne „Krisenkosten – Wer zahlt“ haben wir eine Petition gegen die Einführung der Aktienrente gestartet und machen über Aktionen und Vorträge auf die negativen Folgen aufmerksam.

Mit diesem Vorschlag bestätigen wir als Attac unsere grundlegende Positionierung und erweitern sie um einen aktuellen Brennpunkt der sozialpolitischen Diskussion.

7.1.12. V12_Untersuchungsprojekt Thema Krieg

Matthias Jochheim (Attac-BAG Globalisierung und Krieg)

Vorschlag an den Ratschlag:

Attac-D beschließt ein Untersuchungsprojekt zum Thema:
Kriegs-Propaganda dekonstruieren! Ökonomie von Militarisierung und Krieg untersuchen und offenlegen!

Aufgabe: wir brauchen so etwas wie eine Pathophysiologie von Rüstung und Krieg, also Erkenntnisse zu deren tieferen Ursachen, zu deren pathologischen Wirkmechanismen, also: ein Verständnis dieser potenziell weltzerstörenden Funktionsstörung des internationalen Zusammenlebens. Dazu gehört unabdingbar auch die Analyse der dazugehörigen Ideologien der Kriegstreiber'innen, und der Möglichkeiten gesellschaftlicher Immunisierung, also Entwicklung wirkungsvoller politisch-sozialer Abwehrkräfte.

Ökonomie als Quelle von Gewalt und Krieg:

John Heartfield hat es 1932 in einer Bildmontage mit Hyäne auf den drastischen Begriff gebracht: „Krieg und Leichen - Letzte Hoffnung der Reichen“.

Nachdem die Nazis – bekanntlich mit Unterstützung wesentlicher Vertreter des deutschen Großkapitals – die Regierungsmacht übernommen hatten, setzten sie - kreditfinanziert - ein massives Aufrüstungsprogramm einerseits für ihre Kriegsvorbereitung in Gang, und andererseits auch als staatlich finanziertes Konjunkturprogramm. „Deficit Spending“ also – ein kredit-finanziertes staatliches Investitionsprogramm könnte man diese Regierungs-Intervention in die Ökonomie nennen – und es scheint, der aktuelle, kreditfinanzierte 100-Milliarden Euro-Fonds der Bundesregierung knüpft an solche Strategien an. Es ist weitgehend unbestritten, dass die tiefe Weltwirtschaftskrise, beginnend 1929, erst mit dem zweiten Weltkrieg endgültig überwunden war.

Der Krieg bedeutete damals nicht zuletzt eine gewaltige Kapitalvernichtung – und damit den Start für einen frischen Akkumulationszyklus - zu welchem ungeheuren Preis!?

Zweifellos weist die Rüstungsökonomie gegenüber anderen Abteilungen der Volkswirtschaft für die beteiligten Unternehmen attraktive Besonderheiten auf: einziger Abnehmer und Auftraggeber ist der Staat. Diese Industrie ist in besonderem Maße monopolisiert, und Korruption ist eine durchgängige Begleiterscheinung dieses Wirtschaftszweigs. Es tritt wenig an innerkapitalistischen Reibungsverlusten auf, wie sie etwa bei öffentlichen Investitionen in die Energiewende durch Widerstände der

Montanindustrie zu verzeichnen sind. Und die Aufnahmefähigkeit dieses „Marktes“ scheint schier unerschöpflich – jeder Krieg sorgt für weiteren, tendenziell grenzenlosen Bedarf, wie jetzt schon in der Ukraine auffällt.

In den USA hatte schon Präsident Eisenhower, bekanntlich General und alliierter Oberbefehlshaber im zweiten Weltkrieg, 1959 auf die gesellschaftlich-politische Macht des „militärisch-industriellen Komplex“ warnend hingewiesen – Zitat: „Die Verbindung eines riesigen Militär-Establishments und einer gewaltigen Rüstungsindustrie ist eine neue Erscheinung in der Geschichte Amerikas. Der Einfluss – ökonomisch, politisch, sogar geistig – ist spürbar in jeder Stadt, jedem Bundesstaat, jedem Regierungsbüro...Vor allem in den Gremien unserer Regierung müssen wir uns vor der bewussten oder unbewussten Übernahme unberechtigter Machtbefugnisse durch den Militär-Industrie-Komplex schützen“.*

Heute, mit dem Etat 2023 liegt der Anteil der Rüstungsausgaben am US-Bundeshaushalt bei rund 50 %, nämlich \$ 816,7 Milliarden für das Defense Department, bei einem Gesamt-Etat von rund 1700 Mrd \$.** Und gegen welche realen Bedrohungen sind diese Ausgaben erforderlich? Kanada und Mexiko, die beiden Nachbar-Staaten, stellen kaum eine Gefahr dar.

Und weder China noch Russland führen Manöver an den US-Grenzen durch. - In der Rangfolge der Rüstungsetats folgt auf Platz 2 die Volksrepublik China, 2023 mit etwa 210 Mrd \$***. Wenn man die Rüstungsausgaben dieser beiden ökonomischen Riesen vergleicht, kommen auf jeden der etwa 338 Millionen US-Bürger Rüstungskosten von 2370 \$, auf jede/n der 1,4 Milliarden Bürger'innen der VR China 293 \$. Auf jeden Deutschen entfallen 674 \$ pro Kopf. Der Rüstungsetat Russlands (Bevölkerung 2023 144 Mill.) liegt laut plausiblen Schätzungen 2023 bei 82,6 Mrd. \$, pro Kopf also 573 \$ ****, - insgesamt in der Größenordnung von 10 % des US-Etats. Einen partiellen Boom konnte die NATO-Aufrüstung bereits ermöglichen: zum Beispiel rückte der Rüstungskonzern Rheinmetall unter die 30 deutschen Unternehmen mit dem höchsten Börsenwert auf, und verdrängte dabei Fresenius, den Hersteller von Dialysegeräten für Nierenkranke.

Zu untersuchen sind weitere Motive der aktuellen Kriege und Kriegsvorbereitungen: privilegierter Zugang zu Rohstoffquellen und Absatzmärkten; Ausschaltung von Konkurrenten mittels gewaltsamer Interventionen, beispielsweise gelegentlich sogar durch Sabotage der Gaszufuhr eines eigenen Alliierten. Zusammengefasst geht es um die politisch-ökonomische und eben auch bewaffnete Durchsetzung geostrategischer Herrschaftskonzepte.

Ein notwendiger Teil solcher Strategien ist die ideologische Verbrämung, Produktion von Legenden über die jeweils eigenen Motive.

Die Dekonstruktion der Kriegspropaganda und Analyse der komplexen Tatsachen soll die in diesem Antrag vorgeschlagene Arbeit zum Ziel haben.

Hier noch ein kurzer Auszug, aus einem Vortrag des chinesischen Ökonomen Wen Tiejun:

....“In den 1930er Jahren führte die industrielle Überschussproduktion zum Zweiten Weltkrieg. Heute stehen wir vor den Herausforderungen und der Gefahr eines dritten Weltkrieges, denn der Finanzkapitalüberschuss stellt eine große Bedrohung für alle entwickelten Länder dar. Diese Krise beschränkt sich nicht auf ein oder zwei Länder, sondern hat globale Ausmaße.“ *****

*zitiert aus: <https://www.isw-muenchen.de/online-publikationen/texte-artikel/5016-das-siebte-fette-jahr-der-welt-ruestungsindustrie>

** <https://www.defense.gov/News/News-Stories/Article/Article/3252968/biden-signs-national-defense-authorization-act-into-law/>

*** <https://www.tagesspiegel.de/internationales/modernisierungsplane-fur-militar-china-erhoht-verteidigungsetat-deutlich-9455372.html>

***<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1287041/umfrage/vergleich-verteidigungsbudget-russland-ukraine/>
*****<https://www.youtube.com/watch?v=fZtRUcNjzWs>

7.1.13. V13_Energiesektor

Vorschlag der PG Energie

Power to the people - Energiesektor unter gesellschaftliche Kontrolle!

Drohende Energieknappheit und Preissteigerungen, besonders bei Gas und Öl, verschlechtern unmittelbar die Lebensbedingungen vieler Menschen. Als Attac nehmen wir eine weitere soziale Spaltung unserer Gesellschaft nicht hin. Wir kämpfen für eine wirksame Entlastung von Menschen mit geringerem Einkommen. Gleichzeitig halten wir Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise - vor allem die Umstellung auf erneuerbare Energien - für dringend nötig. Die aktuelle Situation ist daher unbedingt als Katalysator für eine noch entschiedener soziale-ökologische Transformation zu nutzen. Wir werden uns Entscheidungen auf Kosten zukünftiger Generationen oder der Menschen in anderen Teilen der Welt entschieden entgegenstellen.

Die Energiepolitik der Bundesregierung ist ungerecht und klimaschädlich.

- Die Beschlüsse der Regierung zur Gas- und Strom-„Preisbremse“ sind unsozial, bevorteilen Vielverbraucher*innen und setzen zu wenig Anreize, um den Energieverbrauch substantiell zu senken.
- Es ist zwar begrüßenswert, dass auf alle Gewinne von Energiekonzernen, die 20 Prozent über den Gewinnen des Durchschnitts der letzten drei Jahre liegen, ab 1. Dezember bis Ende 2023 eine Abgabe von 33 % fällig wird, aber das reicht nicht: Die Abgabe muss höher und unbefristet sein.
- Der Ersatz fossiler Energie durch erneuerbare wird nicht konsequent vorangetrieben. Im Gegenteil: Als „Hilfe in der Krise“ werden die fossilen Energien und die Atomkraft wieder ausgebaut. Das würde die Erreichung der Klimaziele unmöglich machen und muss verhindert werden.
- Die Politik zur Energiesicherung trägt klimakoloniale Züge. Das zeigt sich z.B. an dem Überbietungswettbewerb um die weltweiten LNG Ressourcen auf Kosten des globalen Südens und an den Wasserstoff-„Partnerschaften“.¹

Deshalb treten wir ein

Für das Recht auf Grundversorgung

Im Energiesektor fordern wir, dass die Grundversorgung von privaten Haushalten mit Strom und Gas - als Teil der Daseinsvorsorge - gesichert wird. Dazu werden verschiedene Modelle diskutiert. Die dafür nötigen Maßnahmen müssen folgenden Kriterien entsprechen:

1. Der Zugang zu Energie muss so gestaltet werden, dass alle - auch Menschen mit geringem oder gar keinem Einkommen - die Möglichkeit haben, ihren Grundbedarf an Energie zu decken.
2. Dabei müssen Anreize gesetzt werden, um Energie zu sparen und die ärmeren Haushalte sollten darin unterstützt werden (z.B. durch Förderung energiesparender Geräte).

¹ Aktuell wird Namibia als neuer Produzent von grünem Wasserstoff hoch gefeiert. Die Bundesregierung hat Forschungspartnerschaften etabliert und Wirtschaftsminister Habeck reist eigens hin, um die Bedingungen zu verhandeln. Auf einer Pressekonferenz betont er die Ablehnung eines „Energie-Imperialismus“, verschweigt aber, dass die riesige Anlage mit eigenem Tiefseehafen 300.000 t Wasserstoff produzieren soll, die in Lieferverträgen allein schon mit RWE vereinbart sind. Aktivist*innen aus Namibia befürchten, dass die angeblich im Lande verbleibende Energie vor allem wieder im globalen Norden (bzw. in diesem Fall in der BRD) landet.

3. Sie sollen ebenfalls dazu anreizen, den fossilen Anteil an Energie zugunsten des Anteils von erneuerbaren Energien zu vermindern.

4. Jeder Luxusverbrauch soll überproportional belastet werden, um Energiesparanreize zu setzen.

5. Elemente der Finanzierung: die enormen Mitnahmegewinne von Energiekonzernen; außerdem sollen Menschen mit sehr hohem Einkommen oder Vermögen zur Zahlung eines Extra-Beitrags (Klima-Soli o.ä.) verpflichtet werden.

Für eine konsequente Umstellung auf erneuerbare Energie

Um den Klimakollaps noch zu verhindern, muss der Ausstieg aus fossilen und Umstieg auf erneuerbare Energien schnellstmöglich vorangetrieben und „Bürgerenergie“ finanziell unterstützt werden mit dem Ziel einer weitestgehenden Regionalisierung der Energieversorgung. Eine nachhaltig gesicherte ökologische Energiewende ist nur mit der Bevölkerung, nicht gegen sie erreichbar. Das erfordert demokratische Entscheidungsprozesse und Formen echter Bürger:innen-Beteiligung.

Um genügend zusätzliche Anlagen herstellen und installieren zu können, könnten zum Beispiel Bereiche der Automobilindustrie für die Produktion von Wärmepumpen, Windkraft- und Solaranlagen umgerüstet und Beschäftigte zu Techniker*innen für Installation und Wartung von Anlagen für erneuerbare Energie umgeschult werden.

Keine Angst vor der Dunkelflaute

Wenn davon die Rede ist, Deutschland komplett auf erneuerbare Energien umzustellen, kommt sofort das Argument, dass die Sonne nicht immer scheint und es viele Tage ohne Wind gibt. Daher benötigen wir angeblich weiter Kraftwerke mit fossilen Energieträgern, um diese Lücken auszugleichen, denn auch die Speichertechnik reiche angeblich nicht aus.

Gerade in diesem Bereich sind aber enorme Fortschritte gemacht worden und es wird ständig weiter dazu geforscht und entwickelt.

Speicher für Kraft und Wärme gibt es seit längerem, sie werden bereits an vielen Stellen genutzt, wenn auch noch nicht in genügendem Umfang. Die Speichermöglichkeiten sind vielfältig, können passgenau eingesetzt werden und in einem Speicherverbundsystem gekoppelt werden - Stichwort Sektorenkopplung. Insbesondere in dezentralen und mobilen Strukturen (Wohnsiedlungen, Omnibusse, Landwirtschaft) sind sie geeignet, sich von großen Energiekonzernen und Netzbetreibern unabhängig zu machen.

Energieverbrauch der Unternehmen auf den Prüfstand

Erneuerbare Energien werden auf absehbare Zeit ein knappes Gut mit hoher Nutzungskonkurrenz sein. Daher ist sinnvolle Nutzung und Vermeidung von Energieverschwendung oberstes Gebot. Ein Großteil der Energie wird in der Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich verbraucht. Im Interesse eines sozial-ökologischen Umbaus muss dieser Verbrauch auf den Prüfstand. Um eine gesamtgesellschaftliche Diskussion darüber zu ermöglichen, welche Produkte und Dienstleistungen sich die Gesellschaft aus Ressourcengründen noch leisten und worauf sie verzichten kann, müssen die Energieverbräuche der Wirtschaft offengelegt werden. Grundlage können die Daten sein, die die Bundesnetzagentur im Herbst 2022 im Rahmen der Energiekrise erhoben hat.

Gegen jede Form von Energie-Neokolonialismus

Die Klimawende kann nur global erfolgreich sein. Dem steht entgegen, dass aktuell die Industrieländer des Nordens für den Umstieg auf erneuerbare Energien die Ausbeutung des globalen Südens fortsetzen.

Ausbeutung mit grünem Label

Große Wasserstoffprojekte in Afrika, Lateinamerika und Asien sollen die nach dem neuen Rohstoff verlangenden Industrien des Nordens beliefern. Sie werden als Chancen für den Süden verkauft, aber tatsächlich wird die Ausbeutung mit einem grünen Label fortgesetzt. Verändert hat sich nur der Diskurs zur Legitimierung: Weil sie grünen Zielen diene, bezeichnen viele Akteur:innen - staatliche, privatwirtschaftliche und sogar Umweltschutzverbände - diese Form der Naturausbeutung als klimafreundlich, entwicklungsfördernd und ökologisch. Wir treten entschieden dafür ein, dass die erneuerbaren Energien zu allererst in den Ländern verbleiben, in denen sie produziert werden und die exportierbaren Rohstoffe zu fairen Bedingungen gehandelt werden. Die neuen Projekte dürfen nicht wieder zu Lasten von Ökosystemen und von sozialen und wirtschaftlichen Rechten der Bevölkerung gehen. Darum unterstützen wir alle Kräfte im globalen Süden, die dagegen Widerstand leisten.

Schluss mit dem fossilen Rohstoff-Extraktivismus

Gleichzeitig geht auch der fossile Rohstoff-Extraktivismus weiter. Während im Norden der Ausstieg aus den fossilen Energieträgern mit konkreten Daten versehen ist, werden im Süden neue fossile Projekte zur Ausbeutung großer Gasfelder betrieben². Wir fordern den sofortigen Ausstieg von deutschen Banken und Konzernen aus solchen Projekten. Und wir fordern den sofortigen Stopp des Überbietungswettbewerbs um das weltweite LNG-Gas, durch den Gasströme von Süden nach Norden umgelenkt werden. Zudem muss eine massive Unterstützung des globalen Südens erfolgen, damit dort auch die Klimawende bewältigt werden kann. Bei der letzten COP in Ägypten sind Klimafonds für arme Länder beschlossen worden – damit wurde zum ersten Mal anerkannt, dass der globale Norden Verantwortung für die Klimafolgen im Süden trägt. Diese Fonds müssen so ausgebaut werden, dass die Länder des Südens tatsächlich eine reale Chance erhalten, die Klimafolgen zu bewältigen – sie spüren bereits die verheerenden Folgen der Klimakrise. Und es braucht neben dem finanziellen auch einen technischen Transfer, damit in vielen Regionen herrschende Energiearmut mit erneuerbaren Energien aus eigener Kraft überwunden werden kann³.

Für die Vergesellschaftung:

Der Zugang zu Energie gehört zur Daseinsvorsorge. Mit der „Liberalisierung“ der Stromversorgung innerhalb der Europäischen Union vor über 20 Jahren ist Energie immer mehr zur Ware geworden, mit ihr lässt sich viel Geld verdienen. Wer über kein oder zu wenig Geld verfügt, wird von ihrer Nutzung ausgeschlossen. Zudem verzögern private Konzerne wie RWE die Energiewende, weil sie weiter an ihren fossilen Investitionen verdienen wollen.

Bis 1998 wurde in Deutschland die Stromversorgung für Privathaushalte von den Kommunen organisiert. Sie betrieben Stadtwerke oder beauftragten Unternehmen damit. Mit der Liberalisierung der Energieversorgung durch die EU änderte sich dies grundlegend. Statt der öffentlichen Hand soll nun allein der Markt die Versorgung mit Gas und Strom sicherstellen. Der Staat hat sich darauf zurückgezogen, den Strommarkt zu regulieren und nur noch in Krisensituationen, wenn die

2 Hierzu zwei Beispiele:

Vor der Küste von Senegal und Mauretanien existieren große Gasfelder, die von Firmen aus dem Norden ausgebeutet werden sollen (finanziert unter anderem von der Deutschen Bank). Dadurch wird die Existenz der vor allem vom Fischfang lebenden Bevölkerung gefährdet.

Und in Australien im Gebiet des Great Barrier Riffs ist RWE an einem großen Projekt zur Ausbeutung der dort lagernden Gasfelder maßgeblich beteiligt.

3 Nach Angaben der internationalen Energieagentur würde das Erreichen eines vollständigen Zugangs zu moderner Energie in Afrika bis 2030 Investitionen in Höhe von 25 Mrd. US-Dollar pro Jahr erfordern – eine Summe, die mit den Kosten eines einzigen großen LNG-Projektes vergleichbar ist. <https://www.urgewald.org/medien/ngos-enthuellen-verantwortlichen-expansion-fossiler-brennstoffe-afrika>

Stromversorgung zusammenzubrechen droht, direkt einzugreifen. In einer solchen Krisensituation befinden wir uns aktuell.

Begründet wurde die Privatisierung des Energiemarktes damit, dass so die Stromkosten für die Verbraucher*innen sinken würden. Diese Entwicklung ist nicht eingetreten. Stattdessen wurden mit der Privatisierung öffentliches Vermögen verscherbelt und damit neue sichere Anlagemöglichkeiten für institutionelle Vermögensverwaltungen geschaffen. Seither ist viel Profit in private Taschen geflossen.

Die Energieversorgung muss wieder gesellschaftlich organisiert werden. Nicht in Form eines Staatskonzerns, der die gesamte Energieversorgung organisiert, sondern in Form einer gesellschaftlich gestalteten und demokratisch kontrollierten Netzstruktur.

Regionale Verteilnetze: Die regionalen Verteilnetze, sollen von kommunalen Stadtwerken organisiert werden. Diese sollen nicht allein die Aufgabe haben, die Netze zur Verfügung zu stellen, sondern auch verpflichtet sein, diese so zu organisieren, dass private Haushalte, kleine Genossenschaften oder Hausgemeinschaften dabei unterstützt werden, erneuerbare Energie ins Netz einzuspeisen. Dazu gehört auch ein Speichermanagement, dass sich am Bedarf einer dezentralen Stromerzeugung orientiert.

Übertragungsnetze: Die Übertragungsnetze, die sich zurzeit in den Händen von drei privaten Monopolisten befinden, sollen vergesellschaftet, d.h. in Anstalten des öffentlichen Rechts unter Federführung der Länder überführt werden. Das Netz der ENBW, dass sich bereits in öffentlicher Hand befindet, soll nicht privatisiert, sondern ebenfalls in eine Anstalt öffentlichen Rechts überführt werden.

Energieerzeugung: Kommunen sollen nicht nur wieder über eigene Netze verfügen, sondern auch Gesellschaften zur Energieerzeugung betreiben. Ein erster Schritt dazu wäre die Ausstattung aller städtischen Gebäude mit Solaranlagen. Gleichzeitig muss das Erneuerbare-Energien-Gesetz so verändert werden, dass es kleine Energieanlagen und Energiespeicher von Bürger*innen, von Energiegenossenschaften und ähnlichen Akteuren fördert und nicht in erster Linie Großanlagen von Konzernen. Auf jedem Dach eine Solaranlage, egal ob auf städtischen Gebäuden, Ein- und Mehrfamilienhäusern oder auf Gewerbegebäuden – das muss das Ziel sein, nicht großtechnische Anlagen, die weite Transportwege notwendig machen und neue Abhängigkeiten schaffen.

Vergesellschaftung, nicht Verstaatlichung: Aber es reicht nicht, Stadtwerke nur zu rekommunalisieren und die Übertragungsnetze zu vergesellschaften. Sie müssten auch demokratisiert werden. Stadtwerke und die Netzanstalten müssen so organisiert werden, dass Umwelt- und Sozialverbände sowie Stromkund*innen in den Entscheidungsgremien vertreten sind. Und selbstverständlich müssen auch die Beschäftigten angemessen beteiligt sein.

7.2. Änderungsvorschläge mit Bezug auf einen Vorschlag_VÄ

7.2.1. VÄ6.1_Änderung zu Vorschlag 6 hybride Ratschläge

Vorschlag: Aaron Gerdes (RG Halle, Junges Attac, Mitglied des Rates, Mitglied der Schlichtungskommission)

Ergänzungsantrag zu Antrag 06 der RG Halle „hybride Ratschläge“

Ich beantrage den Antrag aufzuteilen in:

Antrag 1

Es wird beantragt, die Ratschläge im Hybrid-Format durchzuführen.

Antrag 2

Es wird eine PG eingerichtet, die die Möglichkeit von geheimen Wahlen klärt.

Begründung:

Um einen Ratschlag im Hybrid-Format durchzuführen muss zuerst die Frage geklärt werden wie eine geheime Wahl durchgeführt werden kann. Den Ratschlag auf Hybrid umzustellen und im Nachhinein eine PG prüfen zu lassen, wie es funktioniert/ob es kostentechnisch tragbar ist erscheint nicht überzeugend.

Ergänzungsantrag zum Antrag 2:

(1) Das Webteam beteiligt sich bei der Findung von möglichen technische Lösungen an der PG.

(2) Die eingesetzte PG soll sich außerdem Gedanken machen, inwieweit ein Hybrid-Ratschlag oder ein ausschließlich online stattfindender Ratschlag es erschweren könnte einen Konsens zu finden. Außerdem sollen für und wider Argumente aufgeführt werden.

(3) Die gemachten Gedanken werden zum nächsten Ratschlag veröffentlicht.

Begründung:

Nicht alleine die Technische Seite ist wichtig zu betrachten, insbesondere auch die Frage wie sich der Umgang dadurch verändert ist zu betrachten. Das Gespräch auf dem Gang kann dazu führen, dass zu einem Ergebnis gekommen werden kann, wo vielleicht sonst keine Lösung gefunden werden könnte. Die Thematik ist so komplex, dass es mir sinnvoll erscheint, dass sich Menschen in Attac vorher ausführlich mit dem Thema befassen bevor schnell gehandelt wird.

7.3. Regelsammlungsvorschläge_R

7.3.1. R1_Mitgliedschaft Unternehmen

Vorschlag von: Martin Uebelacker (RG Fulda)

Mitgliedschaft von Unternehmen und anderen juristischen Personen.

Antragstext:

Unternehmen und andere juristische Personen können Fördermitglied von Attac werden.

Der Antrag eines Unternehmens oder einer juristischen Person auf Mitgliedschaft bei Attac Deutschland wird jeweils im Einzelfall vom Attac-Kokreis oder vom Attac-Rat geprüft und abgestimmt.

Hier wird insbesondere geprüft, ob die Mitgliedschaft eines bestimmten Unternehmens oder einer juristischen Person mit den Grundsätzen von Attac unvereinbar ist.

Dieser Prozess und das Abstimmungsergebnis wird in den Protokollen vermerkt.

Dem Antragsteller wird das Ergebnis der Prüfung bekannt gegeben.

Der Mindestbeitrag einer Fördermitgliedschaft beträgt 200,00 €.

Der Förderbeitrag kann beliebig höher angesetzt werden.

Unternehmen werden nicht Mitglied einer bestimmten Regionalgruppe, sondern sind Mitglied von Attac Deutschland ohne Regionalgruppenanbindung.

Das Mitgliedsunternehmen darf damit werben, dass es als Unternehmen Mitglied bei Attac ist.

Das Attac-Logo darf auf seiner Homepage oder seinen Werbematerialien verwendet werden.

Mit der Fördermitgliedschaft sind keinerlei Rechte im Attac-Netzwerk verbunden. Unternehmen mit Fördermitgliedsstatus haben kein Stimmrecht bei Abstimmungen und sind auch nicht mit Sitzen in Gremien vertreten.

Die Fördermitgliedschaft kann einem Unternehmen auf Antrag eines attac-Mitgliedes und nach Prüfung und Abstimmung durch den Kokreis oder den attac-Rat jederzeit wieder aberkannt werden.

Begründung:

Die aktuelle Finanzlage von Attac verschlechtert sich aus verschiedenen Gründen zusehends.

Mit der gezielten Aufnahme von uns nahestehenden Unternehmen als Fördermitglieder können wir die Finanzbasis von Attac stärken.

Dadurch werden wir in Zukunft finanziell besser aufgestellt sein.

7.3.2. R2_Wahl oder Entsenden von BAZ in den Rat

Alternativvorschläge Wahl oder Entsendung

Antragsteller*innen:

PG-Struktur (Am Tag des Beschlusses, die Vorschläge in dieser Form einzubringen waren anwesend: Thomas Eberhardt-Köster, Harald Porten, Jakob Migenda und Tamara Hanstein)

Die folgenden beiden Vorschläge müssen alternativ abgestimmt werden, da aktuell beide Varianten in der Regelsammlung stehen und es einer Entscheidung bedarf. Die PG-Struktur gibt ausdrücklich keine Empfehlung.

a) Unabhängige Entsendung der bundesweiten Arbeitszusammenhänge in den Rat

Der Ratschlag möge beschließen, dass in den Absätzen (2) und (3) unter 3.2.4 die Erwähnungen des Rates gestrichen werden. Der aktuelle letzte Satz von Absatz (1) soll als neuer, separater Absatz (5) eingefügt werden.

Außerdem soll unter 2.2 (3) der vierte/letzte Satz vor "Vertreter*innen" um das Wort "autonom" ergänzt werden.

Begründung

Das zurzeit genutzte Verfahren zur Entsendung der bundesweiten Arbeitszusammenhänge in den Rat soll in der Regelsammlung festgeschrieben werden.

Die gesamte Vielfalt von Attac soll im Rat vertreten sein.

b) Wahl der bundesweiten Arbeitszusammenhänge in den Rat

Der Ratschlag möge beschließen, dass für die Wahl bundesweiter Arbeitszusammenhänge in den Rat das gleiche Verfahren gilt, wie für den Koordinierungskreis. (Streichung des letzten Satzes von Absatz 1 unter 3.2.4)

Begründung

2002 in Frankfurt wurde beschlossen, dass das Verfahren zur Wahl von bundesweiten Arbeitszusammenhängen für den Rat dem des Koordinierungskreises entspricht. (siehe alte Regelsammlung (https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/bundesebene/regelsammlung.pdf) unter 11) b) Wahlverfahren Rat Unterpunkt Vertreter*innen der bundesweiten Arbeitszusammenhänge) Das bedeutet, dass für bundesweite Arbeitszusammenhänge, die in den Rat wollen (auch wenn keine Obergrenze festgelegt wurde), gilt, dass sie gewählt werden müssen und dabei mindestens 50 % der Stimmen erreichen müssen. Bei diesem Verfahren sind die gewählten bundesweiten Arbeitszusammenhänge durch den Ratschlag als Teil des Rats legitimiert.

Die auf dem gleichen Ratschlag getroffene Formulierung: "Ferner sollen alle weiteren bundesweit relevanten Attac-Arbeitszusammenhänge, wie Arbeitsgruppen, Kampagnen, wissenschaftlicher Beirat, Frauennetzwerk, die durch die vorhergewählten Gruppen- oder Organisationsvertreter*innen noch nicht abgedeckt sind, Vertreter*innen entsandt werden. [sic]", wird an einer Stelle (Siehe alte Regelsammlung 4) Rat) verwendet, wo auch für Regionalgruppen und MGOs von Entsendung gesprochen wird, und bezieht sich somit nicht auf ein Verfahren. Hier geht es nur allgemein darum, wie viele Mitglieder von den jeweiligen Gruppentypen in den Rat dürfen.

Entsprechend der alten Regelsammlung wurde 2004 in Hamburg eine Ergänzung zur Wahlregelung gemacht, welche sich anscheinend auf diese Passage) bezieht, in der von Entsendung und nicht von Wahl gesprochen wird. Beschlossen wurde, dass "[...] anerkannte AG[en], die durch die anderen Vertreter*innen noch nicht im Rat vertreten sind, jeweils eine*n Vertreter*in in den Rat entsenden." Dies ist jedoch eine Änderung der Regeln, was entsprechend dem einleitenden Passus ("Es hat sich gezeigt, dass es einige Unklarheiten im Wahlverfahren für Rat und Kreis gab, darum sind hier einige Ergänzungen und Klarstellungen, die zunächst nur für den nächsten Ratschlag beschlossen wurden."), nicht gewollt war. (Dies sind Annahmen auf Grundlage der alten Regelsammlung, was beim Herbstratschlag 2004 passiert ist, kann aufgrund fehlender Protokolle nicht mehr nachvollzogen werden.) Mit dem so festgelegten Verfahren wird die Zugehörigkeit der bundesweiten Arbeitszusammenhänge nicht durch den Ratschlag legitimiert. Dies widerspricht der demokratischen Grundhaltung von Attac.

Dementsprechend soll mit diesem Vorschlag die Änderung zur Wahl der bundesweiten Arbeitszusammenhänge für den Rat wieder rückgängig gemacht werden und somit die Vertreter*innen der bundesweiten Arbeitszusammenhänge nach dem gleichen Verfahren wie für den Koordinierungskreis gewählt werden, wobei die Anzahl der Plätze nicht begrenzt ist. Dies erlaubt der Basis auch Arbeitsgruppen, die ihrer Meinung nach nicht wichtig sind, von den Gremien auszuschließen, da mindestens 50 % der Stimmen benötigt werden und gibt den gewählten Gruppen auch eine tatsächliche Legitimation.

7.3.3. R3_Welche BAZ dürfen in den Rat?

Alternativvorschläge Welche Arbeitszusammenhänge dürfen in den Rat Antragsteller*innen:

PG-Struktur (Am Tag des Beschlusses, die Vorschläge in dieser Form einzubringen waren anwesend: Thomas Eberhardt-Köster, Harald Porten, Jakob Migenda und Tamara Hanstein)

Die folgenden beiden Vorschläge müssen alternativ abgestimmt werden, da es sich um einen Streitpunkt bei der Auslegung der Regelsammlung von Attac handelt, der nun eindeutiger formuliert werden soll. Die PG-Struktur gibt ausdrücklich keine Empfehlung.

a) Variante 1 (Vertretung durch jede gewählte Person einer Gruppe)

Der Ratschlag möge beschließen, dass der letzte Satz in Absatz 3 unter 2.2 abgeändert wird, sodass dieser lautet: "Ferner sollen alle weiteren bundesweiten Attac-Arbeitszusammenhänge, die durch die vorher in den Rat gewählten Vertreter*innen der Regionalgruppen, der Mitgliedsorganisationen und der in den Koordinierungskreis entsendeten bundesweiten Arbeitszusammenhänge noch nicht abgedeckt sind, Vertreter*innen entsenden."

Des Weiteren soll Absatz 1 in 3.2.4 von nun an wie folgt lauten: "Die Bestimmung der Vertreter*innen der weiteren bundesweiten Arbeitszusammenhänge erfolgt, nachdem die Vertreter*innen der Attac-Gruppen und der Mitgliedsorganisationen bestimmt wurden. Dabei soll berücksichtigt werden, welche bundesweiten Arbeitszusammenhänge im Koordinierungskreis bzw. Rat noch fehlen bzw. im Vergleich mit anderen Arbeitszusammenhängen nicht ausreichend vertreten sind. Auch wenn Personen nicht explizit als Vertreter*in eines Arbeitszusammenhangs gewählt sind, aber aktiv bei diesem mitwirken, zählen sie als Vertreter*in."

Begründung

Gewählt werden können dabei nur Arbeitszusammenhänge, die im jeweiligen Gremium nicht bereits eine aktiv in diesem Arbeitszusammenhang arbeitende Person haben bzw. im Vergleich zu anderen bundesweiten Arbeitszusammenhang zu wenige Aktive im Gremium haben.

Grund hierfür ist, dass die Gremien mit zu vielen Mitglieder nicht mehr arbeitsfähig wären und Regionalgruppen und Mitgliedsorganisationen nicht unterrepräsentiert sein sollten im Vergleich zu den bundesweiten Arbeitszusammenhängen.

Diese Variante des Vorschlags scheint der bis zum Herbstratschlag 2022 gegoltenen Regelsammlung zu entsprechen, da die Formulierung "dabei soll berücksichtigt werden, welche bundesweiten Arbeitszusammenhänge im [Rat] noch fehlen"

(entnommen

https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/bundesebene/regelsammlung.pdf -> Teil 3: Verfahren, Wahlen, Beschlussfassung -> 11) Wahl des Rates und des Koordinierungskreises -> a) Wahlverfahren Koordinierungskreis -> Die VertreterInnen der bundesweiten Arbeitszusammenhänge, da entsprechend Teil 3: Verfahren, Wahlen, Beschlussfassung -> 11) Wahl des Rates und des Koordinierungskreises -> b) Wahlverfahren Rat -> Die VertreterInnen der bundesweiten Arbeitszusammenhänge (das gleiche Verfahren für den Rat gilt, wie für den Koordinierungskreis) darauf hinweist. Dies sollte auch den Beschluss vom Ratschlag im September 2005 zu genau diesem Punkt berücksichtigen, da diese Regelsammlung Beschlüsse bis 2009 enthielt, auch wenn der Beschluss von 2005 nicht mehr nachvollzogen werden kann.

b) Variante 2 (Vertretung nur durch entsendete Person)

Der Ratschlag möge beschließen, dass der letzte Satz in Absatz 3 unter 2.2 abgeändert wird, sodass dieser lautet: "Ferner sollen alle bundesweiten Attac-Arbeitszusammenhänge, die durch die vorher in den Koordinierungskreis entsendeten bundesweiten Arbeitszusammenhänge noch nicht abgedeckt sind, Vertreter*innen entsenden."

Des Weiteren soll Absatz 1 in 3.2.4 von nun an wie folgt lauten: "Die Bestimmung der Vertreter*innen der weiteren bundesweiten Arbeitszusammenhänge erfolgt, nachdem die Vertreter*innen der Attac-Gruppen und der Mitgliedsorganisationen bestimmt wurden. Dabei soll berücksichtigt werden, welche bundesweiten

Arbeitszusammenhänge im Koordinierungskreis noch fehlen bzw. im Rat durch die vorher in den Koordinierungskreis gewählten Arbeitszusammenhänge noch nicht vertreten sind. Auch wenn Personen nicht explizit als Vertreter*in eines Arbeitszusammenhangs gewählt sind, aber aktiv bei diesem mitwirken, zählen sie nicht als Vertreter*in."

Begründung

Gewählt werden kann jeder bundesweite Arbeitszusammenhang, der noch nicht in den Koordinierungskreis gewählt wurde.

Grund hierfür ist, dass eine Person, die für eine Regionalgruppe oder Mitgliedsorganisation in den Rat gewählt wurde, auch wenn sie ebenfalls für einen bundesweiten Arbeitszusammenhang aktiv ist, keine eventuell auftretenden konkurrierenden Positionen vertreten kann.

7.3.4. R4_Quotierung von Mitgliedsorganisationen und bundesweiten Arbeitszusammenhängen bei ihrer Wahl in den Rat und in den Koordinierungskreis

Antragsteller*innen:

- PG-Struktur (Am Tag des Beschlusses, den Vorschlag in dieser Form einzubringen, waren anwesend: Thomas Eberhardt-Köster, Harald Porten, Emilio, Carmen Junge und Tamara Hanstein)
- Erik Schantz (Junges Attac, RG Darmstadt, Attac-Rat, Rats-VG, Ratschlags-VG)
- Helga Reimund (RG Berlin, Attac-Rat, AG Welthandel)

Der Ratschlag möge beschließen, dass zukünftig auch bei der Wahl der Mitgliedsorganisationen und der bundesweiten Arbeitszusammenhänge die Plätze der Mitgliedsorganisationen bzw. der bundesweiten Arbeitszusammenhänge quotiert werden. Die Quotierung bezieht sich auf die auf dem Ratschlag vorgestellten Vertreter*innen der Gruppen. (zu ändern unter 3.2.3 und unter 3.2.4)

Damit die Quotierung aufgeht, dürfen zukünftig vier bundesweite Arbeitszusammenhänge in den Koordinierungskreis gewählt werden. (zu ändern unter 2.3 und 3.2.4) Die maximale Anzahl der bundesweiten Arbeitszusammenhänge im Rat und somit auch der Quotierung ergibt sich aus der aktuellen Anzahl an bundesweiten Arbeitszusammenhänge, abzüglich derjenigen bundesweiten Arbeitszusammenhänge, die durch die vorherigen Wahlen schon ausreichend vertreten sind. (zu ergänzen 3.2.4) Des Weiteren soll die Anzahl der Plätze der Mitgliedsorganisation im Koordinierungskreis von 6 auf 4 und im Rat von 12 auf 8 reduziert werden.

Begründung

Faktisch werden auch die Mitgliedsorganisationen und die bundesweiten Arbeitszusammenhänge in den Gremien meistens durch die gleichen Personen vertreten. Hierbei handelt es sich fast immer um cis Männer. Dies löst die eigentlich in Attac geltende Quotierung auf. Die gendergerechte Verteilung von Mandaten innerhalb von Attac muss ein wichtiger Bestandteil in unserer Arbeitsweise bleiben. Nur so kann sichergestellt werden, dass strukturell benachteiligte Gruppen den nötigen Platz für ihre Anliegen erhalten und eine vielfältige Arbeitskultur des Netzwerks bestehen bleibt. Um der Überrepräsentierung von cis männlichen Personen entgegenzuwirken, sollte die Quotierung auch für die Mitgliedsorganisationen und die bundesweiten Arbeitszusammenhänge gelten. So kann gewährleistet werden, dass FLINTA*-Personen im gleichen Maß in den Gremien sitzen können.

Ein zusätzlicher Platz für die bundesweiten Arbeitszusammenhänge im Koordinierungskreis erleichtert hier die Quotierung.

Die Reduzierung der Plätze der Mitgliedsorganisationen erhöht den Anreiz für die Mitgliedsorganisationen, auch FLINTA*-Personen als Kandidat*innen zu benennen. Mit den aktuellen Anzahlen an Plätzen und den tatsächlich darauf kandidierenden Mitgliedsorganisationen hätte eine Quotierung zum aktuellen Zeitpunkt keine Auswirkung.

(Damit dieser Vorschlag vollständig wirksam werden kann, muss bei den Alternativvorschlägen „Wahl oder Entsendung“ die Wahl der bundesweiten Arbeitszusammenhänge in den Rat gewählt werden, ansonsten sind bundesweite Arbeitszusammenhänge in den Rat von dem hier vorliegenden Vorschlag ausgenommen.)

7.3.5. R5_Nachwahlen

Antragsteller*innen:

- PG-Struktur (Am Tag des Beschlusses, die Vorschläge in dieser Form einzubringen, waren anwesend: Thomas Eberhardt-Köster, Harald Porten, Jakob Migenda, Carmen Junge und Tamara Hanstein)

Der Ratschlag möge beschließen, dass unter 3.2 folgender neuer Abschnitt eingefügt wird:

„Nachwahlen können einmal im Jahr auf dem Ratschlag, auf dem die jährlichen Wahlen stattfinden, durchgeführt werden. Dabei gilt das unter 3.2.1 aufgeführte Verfahren für Personalwahlen auf Bundesebene. Die Personen, die bei Nachwahlen gewählt werden, sind nur bis zur Neuwahl des Gremiums gewählt und damit für einen kürzeren Zeitraum als die eigentliche Wahlperiode des Gremiums.“

Begründung

Mit der längeren Wahlperiode der Schlichtungskommission im Vergleich zu den bisherigen Gremien und den bestehenden Überlegungen, auch die Wahlperioden von Rat und KoKreis zu verlängern, gewinnen Nachwahlen für Attac an Bedeutung. Wahlen bei jedem Ratschlag durchzuführen, was vor der Schlichtungskommission die einzige Möglichkeit für Nachwahlen gewesen wäre, ist und war mit mehr Aufwand als Nutzen verbunden. Wenn jedoch ohnehin Wahlen vorbereitet werden müssen, können auch ohne viel Mehraufwand Nachwahlen, wenn notwendig, durchgeführt werden.

7.3.6. R6_ Änderungen nur durch den Ratschlag

Änderungen der Regelsammlung können nur durch den Ratschlag beschlossen werden

Antragsteller*innen:

PG-Struktur (Am Tag des Beschlusses, den Vorschlag in dieser Form einzubringen, waren anwesend: Frauke Distelrath, Harald Porten, Jakob Migenda und Tamara Hanstein)

Der Ratschlag möge beschließen, dass zu Beginn der Regelsammlung folgende Präambel eingefügt wird:

„Die vorliegende Regelsammlung dient Attac als Satzung und darf nur vom Ratschlag, als höchstes Gremium von Attac, im Konsens geändert werden.“

Begründung

Eine Veränderung der Regelsammlung geht ganz Attac an und sollte dementsprechend nur von der Vollversammlung und höchstem Gremiums Attacs, dem Ratschlag, herbeigeführt werden. Dies sollte auch in der Regelsammlung selbst klargestellt sein. Zusätzlich hat sich gezeigt, dass Entscheidungen, die in Rat oder Kokreis getroffen wurden, zu Verwirrung führen, da sie häufig nicht in die Regelsammlung übernommen wurden und dann verschiedene Regeln parallel existieren.

7.3.7. R7_Verfahren Schlichtungskommission bei Antrag Person außerhalb Konsenses

- PG-Struktur (Am Tag des Beschlusses, die Vorschläge in dieser Form einzubringen, waren anwesend: Thomas Eberhardt-Köster, Harald Porten, Jakob Migenda, Carmen Junge und Tamara Hanstein)
- Aaron Gerdes (Junges Attac, Moderationsgruppe des Erneuerungsprozesses, Mitglied Schlichtungskommission, Mitglied des Rates)

Der Ratschlag möge beschließen, dass das Verfahren zur Feststellung, dass sich Personen außerhalb des Attac-Konsenses befinden (3.4.4.2), wie folgt präzisiert wird:

- (1) Die Schlichtungskommission beschließt über den Antrag des Koordinierungskreises.
- (2) Stimmt die Schlichtungskommission dem Antrag zu, ist damit festgestellt, dass die Personen oder Gruppen außerhalb des Attac-Konsenses stehen.
- (3) Kommt die Schlichtungskommission zu der Bewertung, dass die Betroffenen innerhalb des Attac-Konsenses sind, so hat sie es dem Koordinierungskreis mitzuteilen. Schlichtungskommission und Koordinierungskreis haben sich auf andere Ordnungsmaßnahmen zu einigen.
- (4) Kommt es zu einer Einigung, sind die beschlossenen Maßnahmen umzusetzen.
- (5) Kommt es zu keiner Einigung, entscheidet die Schlichtungskommission. Die von der Schlichtungskommission beschlossenen Maßnahmen werden umgesetzt bzw. die eventuell vorläufigen Maßnahmen des Koordinierungskreises angepasst.
- (6) Anschließend sind die Beteiligten über das Ergebnis zu informieren.

Begründung

Bisher ist das Vorgehen der Schlichtungskommission deutlich präziser für Ordnungsmaßnahmen definiert als für die Feststellung, dass sich Personen außerhalb des Attac-Konsenses befinden. Da Letzteres aber eigentlich die schwerere Anschuldigung ist, sollte es dabei mindestens genauso viele Hürden geben wie bei Ersterem.

7.3.8. R8_Nur der Ratschlag kann den Beschluss der Schlichtungskommission aufheben oder endgültig bestätigen

Antragsteller*innen:

PG-Struktur (Am Tag des Beschlusses, die Vorschläge in dieser Form einzubringen, waren anwesend: Thomas Eberhardt-Köster, Harald Porten, Jakob Migenda, Carmen Junge und Tamara Hanstein)

Der Ratschlag möge beschließen, dass unter 3.4.5 Absatz 1 wie folgt umformuliert wird:

(1) Gegen den Beschluss der Schlichtungskommission ist die Anrufung des Ratschlags durch die Betroffenen und durch den Koordinierungskreis möglich. Der Ratschlag kann den Beschluss der Schlichtungskommission aufheben. Der Beschluss der Schlichtungskommission ist bis zum entscheidenden Ratschlag vorläufig gültig. Die

Anrufung des Ratschlags durch die Betroffenen bzw. den Koordinierungskreis hat innerhalb von vier Wochen nach Zugang der Mitteilung zu erfolgen.

Begründung

Alle vorherigen Schritte für Schlichtungskommission, Betroffene und KoKreis sind an vergleichsweise kurze Fristen gebunden, aber bis zum nächsten Ratschlag können im Zweifel bis zu 6 Monate vergehen. Dies ist problematisch, wenn zu einem Streitpunkt oder Ausschluss die Entscheidung für diesen Zeitraum in der Schwebe bleibt. Es muss also klargelegt werden, dass die Entscheidung der Schlichtungskommission bis zum Ratschlag gilt.

7.3.9. R9_Abschlussentscheidung Schlichtungskommission

Antragsteller*innen:

- PG-Struktur (Am Tag des Beschlusses, die Vorschläge in dieser Form einzubringen, waren anwesend: Thomas Eberhardt-Köster, Harald Porten, Jakob Migenda, Carmen Junge und Tamara Hanstein)
- Aaron Gerdes (Junges Attac, Moderationsgruppe des Erneuerungsprozesses, Mitglied Schlichtungskommission, Mitglied des Rates)

Der Ratschlag möge beschließen, dass bei 3.4.5 Anrufung des Ratschlags Absatz 2 Folgendes ergänzt wird: „Beim Ratschlag wird als Mehrheitsbeschluss entschieden. Die Beteiligten (Koordinierungskreis, Schlichtungskommission und Betroffene) sollen auf dem betreffenden Ratschlag durch mindestens eine*n Vertreter*in vertreten sein. Im Falle von Nichtanwesenheit kann aber auch ein Beschluss in Abwesenheit gefällt werden.“

Begründung

Beim Herbstratschlag 2022 wurde festgestellt, dass es keine genauen Regelungen für diese letzte Entscheidung bei den Verfahrensregeln bei Hinweisen auf Verstöße gegen den Konsens gibt. Um dem zukünftig entgegenzuwirken und eindeutige Regeln zu haben, soll dieser Vorschlag dienen.

Beim Herbstratschlag 2022 wurde per Mehrheit entschieden, deshalb soll dies hier festgeschrieben werden.

7.3.10. R10_Anrufung der Schlichtungskommission

Tamara Hanstein (Junges Attac, RG Darmstadt, einfach.umsteigen, PG Struktur)

Der Ratschlag möge beschließen, dass der folgende Absatz als neuer Punkt 3.4 ergänzt wird:

3.4 Anrufung der Schlichtungskommission

3.4.1 Zuständigkeit der Schlichtungskommission

(1) Die Schlichtungskommission kann nach Entscheidungen des Koordinierungskreises bei den in 3.5 geregelten Fällen angerufen werden

a) bei Ordnungsmaßnahmen des Koordinierungskreises

b) bei Entscheidungen über Anträge des Koordinierungskreises, festzustellen, dass sich eine Person außerhalb des Attac-Konsenses gestellt hat.

(2) Außerdem ist die Schlichtungskommission für Einsprüche gegen Maßnahmen der Moderation der bundesweiten Mailinglisten bzw. der Diskussionsplattform zuständig.

- (3) Die Schlichtungskommission prüft vor einem Verfahren, ob sie für den Einspruch zuständig ist und wird nur tätig, wenn dies gegeben ist.
- (4) Die Schlichtungskommission kann keine politischen Entscheidungen treffen, sondern nur darüber urteilen, ob eine Maßnahme entsprechend der Regelsammlung und des Selbstverständnisses gerechtfertigt ist.

3.4.2 Verfahren bei Zuständigkeit

- (1) Mit Ausnahme von Fällen, bei denen es Hinweise auf Verstöße gegen den Konsens gibt (Hierzu siehe 3.5), wird wie nachfolgend beschrieben verfahren.
- (2) Die Beschlussfassung hat im Regelfall innerhalb von vier Wochen zu erfolgen. Eine verzögerte Beschlussfassung bedarf der Begründung.
- (3) Die Schlichtungskommission hat ihre Aktivitäten zu dokumentieren und die Beteiligten über die jeweiligen Ergebnisse zu informieren.

3.4.2.1 Überprüfung des Sachverhalts durch die Schlichtungskommission

- (1) Die Schlichtungskommission hat den Einsprüchen nachzugehen und die Beteiligten (Person oder Gruppe, die den Einspruch gestellt hat, und Person oder Gruppe, die die Maßnahme verhängt hat bzw. dies angefordert hat) anzuhören. Angehört werden können dabei auch von der Gruppe/Person benannte Vertreter*innen.
- (2) Für ihre Entscheidung muss die Schlichtungskommissionen auch die jeweils speziell für die Mailingliste bzw. das Forum geltenden Regeln berücksichtigen. Das heißt für Discourse beispielsweise die Netiquette und Nutzungsbedingungen.

3.4.2.2 Entscheidung der Schlichtungskommission

- (1) Stimmt die Schlichtungskommission den getätigten Maßnahmen zu, werden diese beibehalten.
- (2) Hält die Schlichtungskommission die getätigten Maßnahmen für ungerechtfertigt, kann sie die Maßnahmen aufheben. Die Initiatoren der Maßnahmen werden aufgefordert, neue, regelkonforme Maßnahmen zu fassen. Dafür kann die Schlichtungskommission eine Frist setzen. Wenn die neuen Maßnahmen erneut nicht regelkonform sind, kann erneut Einspruch erhoben werden.
- (3) Bei wiederholten (min. 3-mal) nicht regelkonformen Maßnahmen kann die Schlichtungskommission die Frage an den Ratschlag überweisen.
- (4) Gegen Entscheidungen der Schlichtungskommission ist kein Widerspruch möglich, sofern die Regelsammlung nichts anderes vorsieht.

Dies impliziert die Streichung des jetzigen Absatzes 3.4.3 (2), da dieser zukünftig im neuen Absatz 3.4 geregelt wird. Der jetzige Absatz 3.4 wird dadurch zum Absatz 3.5. Unter 2.4 (5) muss nun auf 3.4 und 3.5 verwiesen werden. Außerdem soll 2.4 (1) wie folgt abgeändert werden:

Die Schlichtungskommission soll Streitigkeiten innerhalb von Attac klären. Sie kann aufgerufen werden, um zu klären, ob eine unter 3.4.1 genannte Maßnahme entsprechend der Regelsammlung und des Selbstverständnisses gerechtfertigt ist. Außerdem wird sie bei Hinweisen auf Verstöße gegen den Konsens hinzugezogen.

Begründung

Bisher fehlen Regelungen für die Schlichtungskommission bei Verstößen auf Mailingliste und im Forum. Diese sollen hiermit ergänzt werden.

7.3.11. R11_Begrenzung der Rechte

Antragsteller*innen:

- Erik Schantz (Junges Attac, RG Darmstadt, Attac Rat, Rats VG, Ratschlags VG)
- Tamara Hanstein (Junges Attac, RG Darmstadt, einfach.umsteigen, PG Struktur)
- Alfred Emilio Weinberg (EKU AG, AG Aktionen, Attac Rat)

Der Ratschlag möge beschließen, dass unter 1.1 als neuer Absatz 3 Folgendes eingefügt wird:

Personen, für die festgestellt wurde, dass sie außerhalb des Attac-Konsenses stehen, können nicht am Willensbildungsprozess von Attac teilnehmen und haben kein Stimmrecht. Diese Personen können auch nicht delegiert werden oder in Gremien und Gruppen von Attac aktiv sein.

Für Mitgliedsorganisationen ist unter 1.2 als 2. Absatz Folgendes zu ergänzen: Organisationen, die nicht dem Selbstverständnis von Attac entsprechen und der von ihnen unterzeichneten Attac-Erklärung widersprechen, können die Mitgliedschaft und somit auch ihre Rechte innerhalb von Attac entzogen werden.

Für Attac-Gruppen (Regionalgruppen und bundesweite Arbeitszusammenhänge) gilt äquivalent:

Stellt sich eine Regionalgruppe/ein bundesweiter Arbeitszusammenhang außerhalb des Attac-Konsenses, wird die Regionalgruppe/der bundesweite Arbeitszusammenhang aufgelöst und kann nur durch Personen, die sich innerhalb des Attac-Konsenses befinden, neugegründet werden. (in der entsprechenden Form unter 1.3 und 1.4 als neuer Absatz zu ergänzen)

Begründung

Dies geht zwar schon aus der jetzigen Form der Regelsammlung hervor, dient aber der Klarstellung, wie die Feststellung, dass eine Person oder Gruppe außerhalb des Konsenses steht, zu operationalisieren ist. Ein Beschluss des Vorschlags gibt den durch Kokreis und Schlichtungskommission gemachten Entscheidungen die nötige Wirkungsmacht und nimmt Einzelpersonen und Gruppen, die außerhalb des Attac Konsens stehen, die Möglichkeit nach dem Beschluss weiter negativen Einfluss auf Attac zu nehmen.

7.3.12. R12_Übertragung von Beschlüssen

Antragsteller*innen:

- PG-Struktur (Am Tag des Beschlusses, den Vorschlag in dieser Form einzubringen, waren anwesend: Frauke Distelrath, Harald Porten, Jakob Migenda und Tamara Hanstein)

Der Ratschlag möge beschließen, dass die Ratschlags-VG zukünftig dafür zuständig ist, dass die gemachten Beschlüsse in Regelsammlung oder Selbstverständnis übertragen werden, soweit diese Beschlüsse dieselben betreffen. Die Ratschlags-VG kann damit das Bundesbüro beauftragen.

Die Antragssteller*innen sind dazu angehalten, in ihren Vorschlägen zu benennen, an welcher Stelle der Regelsammlung oder des Selbstverständnisses die Änderungen oder Ergänzungen vorgenommen werden sollen. (Ergänzen unter 2.1.2 der überarbeiteten Regesammlung)

Begründung

Die Regelsammlung ist nun aktuell, und das Selbstverständnis wird es nach Beendigung des Erneuerungsprozesses ebenfalls sein. Die Überarbeitung beider war mit viel Aufwand verbunden, der in großen Teilen auch im Zusammensuchen von Beschlüssen bestand. Werden Beschlüsse zukünftig direkt übertragen, werden die Dokumente auf einem aktuellen Stand gehalten und es muss nicht wieder so viel Aufwand in die Überarbeitung gesteckt werden.

7.3.13. R13_Fristen für Vorschläge und Änderungsanträge für den Ratschlag

Antragsteller*innen

PG-Struktur (Am Tag des Beschlusses den Vorschlag in dieser Form einzubringen waren anwesend: Thomas Eberhardt-Köster, Harald Porten, Jakob Migenda und Tamara Hanstein)

Der Ratschlag möge beschließen, dass seit dem Frühjahrsratschlag 2022 immer wieder erprobte Verfahren mit früheren Fristen auch zukünftig genutzt wird. Dies bedeutet, dass Vorschläge bis 2 Wochen vor dem Ratschlag beim Bundesbüro vorliegen müssen, ca. 1 Woche vor dem Ratschlag eine Vorbesprechung der Vorschläge per Videokonferenz stattfinden soll und 3 Tage vor dem Ratschlag die Änderungsanträge vorliegen müssen.

Dringliche Vorschläge können auch nach Fristende noch eingereicht werden. Damit sie noch auf dem Ratschlag behandelt werden können, muss ihre Dringlichkeit auf dem Ratschlag mit einer Mehrheitsentscheidung beschlossen werden

(Geschäftsordnungsbeschluss). Dringlichkeit bedeutet, dass die frühere Erstellung des Vorschlags durch nicht durch die Vorschlagsteller*innen zu verantwortende Gründe, nicht möglich war und der Beschluss aus aktuellem Anlass notwendig ist.

In der Vorbesprechung der Vorschläge sollen möglichst schon Konsense gefunden werden, so dass auf dem Ratschlag Zeit gespart wird. Dies schließt aber nicht aus, dass auf dem Ratschlag noch neue Konsense gefunden werden können oder nicht fristgerecht eingereichte Vorschläge bei verbleibender Zeit im Anschluss an alle anderen Vorschläge behandelt werden. (zu ergänzen als neuer Unterpunkt 2.1.2 (Dokumentation wird somit zum Unterpunkt 2.1.3))

Begründung

Es gibt immer wieder Beschwerden, dass nicht genug Zeit zur Verfügung steht, um Vorschläge durchzuarbeiten, Änderungsanträge zu stellen und Änderungsanträge durchzuarbeiten.

Des Weiteren gab es lange die Praxis, dass Änderungsanträge direkt auf dem Ratschlag einzubringen, was häufig zu Verwirrung führte, sodass nicht klar war, worüber eigentlich abgestimmt wurde. Für Letzteres wurde auf dem FRS 2022 bereits eine gute Herangehensweise gefunden: Mit der Vorbesprechung gab es die Möglichkeit Konsense vor dem Ratschlag auszuloten und ohne Zeitdruck daran zu arbeiten und Änderungsanträge zustellen. Dadurch konnte eine Frist für Änderungsanträge festgelegt werden, damit diese allen Menschen auf dem Ratschlag ausgedrückt vorliegen konnten.

Bisher wurden auch zu spät eingereichte Vorschläge bei ausreichend Zeit behandelt. Dringliche Vorschläge können nun auch nicht fristgerecht eingegangen behandelt werden, sonstige weiterhin nur bei ausreichend Zeit.

7.3.14. R_14 Überarbeitung des Verfahrens zur Konsensfindung

Antragsteller*innen:

PG-Struktur (Am Tag des Beschlusses den Vorschlag in dieser Form einzubringen waren anwesend: Thomas Eberhardt-Köster, Harald Porten, Jakob Migenda und Tamara Hanstein)

Der Ratschlag möge folgendes, überarbeitetes Verfahren zur Konsensfindung (zu Ersetzen unter 3.1.2.2) beschließen (Im Anhang befinden sich des Weiteren Fließdiagramme des alten und des neuen Konsensverfahrens), wobei die Konsensabstimmung wie gehabt beibehalten wird:

1. Zunächst wird bei einem ersten Treffen (für den Ratschlag ist dieses Treffen die Vorbesprechung der Vorschläge) eine moderierte Debatte durchgeführt. Hierbei besteht die Möglichkeit einen Dissens anzumelden. Diese Debatte kann auch in Form des systemischen Konsensierens durchgeführt werden.

2. Wenn ein Dissens angemeldet wird, wird eine Konsensrunde (offene Gruppe, an der zwingend die Kontrahenten der Debatte beteiligt sind) gebildet und bestimmt, bis wann die Konsensrunde ein Ergebnis vorlegen muss. Möglich ist hierbei alles zwischen direkt in der Vorbesprechung und bis hin zur Deadline für die Änderungsanträge.

3. In jedem Fall - ob Dissens angemeldet wurde oder nicht, ob die Konsensrunde erfolgreich war oder nicht - zum Beginn des (nächsten) Treffens des Gremiums liegt der Vorschlag, der überarbeitete Vorschlag oder ein Vorschlag mit Änderungsanträgen vor. Egal was hiervon vorliegt, über die Version des Vorschlags wird in einem zuvor mit einfacher Mehrheit festgelegten bzw. von der Moderation festgesetzten Zeitrahmen diskutiert. Am Ende dieser moderierten Debatte findet eine Konsensabstimmung statt. Endet diese Konsensabstimmung mit Konsens, ist das Verfahren an dieser Stelle beendet.

4. Bei fehlendem Konsens wird eine Konsensrunde gebildet und beauftragt innerhalb eines mit einfacher Mehrheit aller Anwesenden festgelegten Zeitrahmens einen konsensfähigen Kompromiss zu formulieren. Der Zeitraum ist frei wählbar und kann, muss aber nicht in dem gleichen Treffen des Gremiums stattfinden. Auch in der Konsensrunde kann systemisches Konsensieren verwendet werden. (Wenn kein Kompromiss gefunden wird: weiter mit 9.)

5. Wird ein Kompromissvorschlag gefunden, wird nach einer zuvor zeitlich festgelegten Debatte eine Konsensabstimmung über diesen durchgeführt. Endet diese Konsensabstimmung mit Konsens, ist das Verfahren an dieser Stelle beendet.

6. Wird erneut kein Konsens gefunden, kann innerhalb der Minorität ohne Debatte eine Mehrheitsabstimmung durchgeführt werden, ob der Konsens - unter Einräumung der Möglichkeit, ein kurzes Minderheitenvotum (bei Nennung der Prozentzahl der Minderheit ebenfalls zu veröffentlichen) - dennoch akzeptiert wird oder nicht. (Wenn kein Kompromiss gefunden wird: weiter mit 9.)

7. Wenn beschlossen wird, dass der Konsens (bei Veröffentlichung des Minderheitenvotums) akzeptiert werden kann, wird mit der einfachen Mehrheit aller Anwesenden ein Zeitrahmen zur Vorlage des Minderheitenvotums festgelegt.

8. Nach Vorlage des Minderheitenvotums wird mittels 90%iger Mehrheit abgestimmt, ob beide (Konsens plus Minderheitenvotum) als solche von Attac verabschiedet werden oder nicht (Der Konsens gilt als gescheitert, wenn die Veröffentlichung von Konsens plus Minderheitenvotum abgelehnt werden).

9. Bevor der Konsens als gescheitert erklärt wird, besteht die Möglichkeit eines Geschäftsordnungsantrags, dass der Vorschlag die Attac-Grundsätze berührt (nur relevant, wenn das Gremium über diese entscheiden kann) und aufgrund der politischen Lage dringend behandelt werden muss. Wird dieser Antrag gestellt, kommt es zu einer Mehrheitsentscheidung über den Antrag. Anschließend wird über die

aktuelle Version des Vorschlags abgestimmt. Stimmen nun mindestens 75% dem Vorschlag zu, zählt der Konsens als beschlossen.

10. Wird der Antrag nicht gestellt oder abgelehnt, gilt der Konsens als gescheitert. Es können weitere Konsensrunden zwischen den Treffen des Gremiums stattfinden. Dann kann auf dem nächsten Treffen mit Schritt 5 fortgefahren werden. Auf dem nächsten Treffen ist es dann möglich, dass über das gleiche Thema ein Beschluss herbeigeführt wird, auch wenn mehr als 10%, aber weniger als 25% Vetos eingelegt werden.

Begründung

Wie wir beim Ratschlag im Herbst 2021 gesehen haben, gibt es, falls die Konsensrunde keinen Kompromissvorschlag findet, aktuell keine Regel. Diese Regellücke wird durch diesen Vorschlag gefixt.

Zusätzlich gibt es häufig das Problem, dass auf dem Ratschlag nicht ausreichend Zeit bleibt, um alle Vorschläge ausreichend zu diskutieren. Wenn wie hier vorgeschlagen Diskussionen vorgezogen werden, bleibt mehr Zeit Konsense zu finden.

7.3.15. R_15 Intuitive Farben

Antragsteller*innen:

- Erik Schantz (Junges Attac, RG Darmstadt, Attac Rat, Rats VG, Ratschlags VG)
- Tamara Hanstein (Junges Attac, RG Darmstadt, einfach.umsteigen, PG Struktur)

Der Ratschlag möge beschließen, dass die bisher etablierte Zuordnung der farbigen Karten für das Konsensprinzip unter 3.1.2.1 Absatz 3 abgeändert wird, sodass eine rote Karte zukünftig Dagegen darstellt und eine schwarze Karte zukünftig Veto. (auch in 3.1.2.1 Absatz 4 sind Änderungen durchzuführen)

Begründung

Aktuell überstrapazieren einige Personen in Attac die Veto-Karte und ignorieren somit den letzten Satz unter 3.1.2 Absatz 2: "Das Veto ist Ultima Ratio, das heißt es soll nur eingesetzt werden, wenn man nicht damit leben kann, wenn Attac diese Entscheidung treffen würde und dann auch kein Mitglied von Attac mehr sein wollen würde."

Ein möglicher Grund ist auch, dass gesellschaftlich erlernt rot als Farbe für Ablehnung gilt und nicht gelb, wie bisher in Attac üblich. Für das Veto sollte hingegen eine Farbe genutzt werden, die nicht gesellschaftlich erlernt wurde. Schwarz bietet sich hier an, da es außerhalb des gesellschaftlich erlernten Farbspektrums für Entscheidungen liegt, noch nicht bei Attac-Konsensverfahren Verwendung findet und gesellschaftlich eher mit Schlechtem verbunden wird (gesellschaftlich wird hier für einen eingegrenzten Kulturraum benutzt, der aber für Attac Deutschland als grundlegend angenommen werden kann).

7.3.16. R_16 Erstellen und Versenden von Delegiertenlisten

Antragsteller*innen:

- Aaron Gerdes (Junges Attac, Attac Rat, Moderationsgruppe des Erneuerungsprozesses, Schlichtungskommission)
- Tamara Hanstein (Junges Attac, RG Darmstadt, einfach.umsteigen, PG Struktur)

Der Ratschlag möge beschließen, dass die lokalen Attac-Regionalgruppen, die Mitgliedorganisationen und die bundesweiten Arbeitszusammenhänge, die Delegierte

entsenden, eine Liste ihrer Delegierten spätestens eine Woche vor dem Ratschlag an das Bundesbüro senden. Dies soll zusätzlich zur Anmeldung der einzelnen Delegierten beim Ratschlag erfolgen. Die Anmeldung der einzelnen Delegierten sowie die Liste der Delegierten hat bis spätestens 2 Tage vor dem Ratschlag beim Bundesbüro vorzuliegen. Die Ratschlagsvorbereitungsgruppe kann auch längere Fristen setzen. (zu ergänzen unter Punkt 2.1.1 der Regelsammlung)

Begründung

Wird keine Liste geschickt kann sich für eine Gruppe prinzipiell jede Person als Delegierte*r anmelden, auch wenn sie nicht von der Gruppe delegiert wurde.

7.3.17. R_17 Alle Anwesenden können über Geschäftsordnungs- und Verfahrensfragen abstimmen

Antragsteller*innen:

PG-Struktur (Am Tag des Beschlusses den Vorschlag in dieser Form einzubringen waren anwesend: Thomas Eberhardt-Köster, Harald Porten, Emilio, Carmen Junge und Tamara Hanstein)

Der Ratschlag möge beschließen, dass bei Geschäftsordnungs- und Verfahrensfragen grundsätzlich alle Anwesenden abstimmen können und nicht nur die Delegierten, obwohl es eine Mehrheitsentscheidung ist (zu ergänzen unter 3.1.1).

Begründung

Bisher muss bei jedem Ratschlag einzeln entschieden werden, dass Geschäftsordnungs- und Verfahrensfragen von allen Anwesenden und nicht nur von den Delegierten durchgeführt werden. Um diese unnötige Abstimmung zukünftig nicht mehr durchführen zu müssen, soll es in der Regelsammlung ergänzt werden.

7.3.18. R_18 Wiederezusammenführung von Gremienwahlen und Haushaltsbeschlüssen bei Herbstratschlägen

Vorschlag des Rates an den Frühjahrsratschlag 2023

Vorschlag auf Wiederezusammenführung von Gremienwahlen und Haushaltsbeschlüssen bei Herbstratschlägen

Durch die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie konnten einzelne Ratschläge in den vergangenen Jahren nur online durchgeführt werden, wodurch die Wahl der Gremien im Herbst 2020 aufgrund organisatorischer Probleme auf den Frühjahr 2021 verschoben werden musste. Dadurch entstand ein von der früheren in Attac geübten Praxis abweichender Rhythmus der Gremienwahlen, die zuletzt wiederholt im Frühjahr stattfanden (während der Haushalt für das jeweils kommende Jahr weiterhin bei den Herbstratschlägen verabschiedet werden konnte). Entsprechend werden beim Frühjahrsratschlag 2023 die Gremien (Rat und Koordinierungskreis) neu gewählt. Vor dem Hintergrund der zwischenzeitlich gewonnenen Erfahrungen bittet der Rat den Frühjahrsratschlag 2023 die Gremienwahlen ab 2024 wieder mit der Verabschiedung des Haushalts bei den Herbstratschlägen zusammenzuführen.

Die folgenden Anträge zum [Positionspapier](#) von Attac Deutschland *Globalisierungskritik neu denken* beziehen sich auf den Stand des Papiers vom 5. März 2023

7.4. Änderungsvorschläge mit Bezug auf das Erneuerungspapier_EÄ

7.4.1. EÄ 1-5 Änderungen zum Positionspapier Globalisierungskritik neu denken

Einreicherin: Regina Schulz, Regionalgruppe Dresden

EÄ 1

Zeilen 140 und 850 "FLINTA*" jeweils ersetzen durch Frauen

Begründung: Femizide bedeuten die Tötung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts, siehe u. a. <https://eige.europa.eu/de/taxonomy/term/1128>

EÄ2

Zeilen 722 und 723 Vorschlag für Neufassung:

Um Klimagerechtigkeit zu erreichen, müssen vor allem Bezieher*innener hoher Einkommen und Eigentümer*innen großer Vermögen ihren Konsum reduzieren, um allen ein gutes Leben zu ermöglichen.

Begründung: Reiche und Wohlhabende sind begrifflich schwer zu fassen, die Verwendung der Aktivform zeigt die eigene Handlungsmöglichkeit.

EÄ3

Zeilen 731 bis 733: Vorschlag für Neufassung:

Die Herstellung unnützer Produkte, wie etwa Rüstungsgüter, muss eingestellt werden. In der Nahrungsmittelproduktion ist eine bedürfnisorientierte, ökologische Landwirtschaft ohne weitere Vergiftung der Böden mit Pestiziden zu stärken.

Begründung: unnütze oder schädliche Produkte sollten nicht mehr produziert werden. der Begriff "enkelgerecht" ist nicht präzise.

EÄ4

Zeilen 740 und 741 "Energie darf keine Ware sein." streichen, da im vorhergehenden Satz bereits ausgeführt wird, dass die Energieerzeugung nicht profitorientiert erfolgen darf.

EÄ5

Zeile 880 und 881 "außerhalb des Sozial- und Gesundheitsbereichs" bitte streichen, da die Sorge- und die Erwerbsarbeit grundsätzlich gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt werden sollte. Außerdem gehören zu diesem Bereich sehr unterschiedlich entlohnte Beschäftigte - von sehr gering entlohnenden Beschäftigten im Reinigungs- und Servicebereich, schlecht bezahlten Pflegekräften und dem besser bezahlten ärztlichem Personal.

7.4.2. EÄ 6-28

Vorschläge von Helga Reimund:

EÄ6

Zeile 59-60 „nur kleine“ hinter Zeile 59 einfügen

EÄ7

Zeile 65 „FLINTA*s“ hier bitte durch „Frauen“ ersetzen. Das ist sonst ahistorisch und es ist ja bis heute so. LINTA*s (ohne Frauen) haben sicher nicht kleinere aber in aller Regel andere Probleme.

EÄ8

Zeile 70 und 71 „sollte“ klingt als wäre das unsere Lösung, bitte jeweils durch „soll“ ersetzen

EÄ9

Zeile 71-72 „die Ausdehnung von“ kann m.E. weg

EÄ10

Zeile 82 „Handelsverträge“ durch „Handels- und Investitionsschutzabkommen“ ersetzen

EÄ11

Zeile 93 ersetzen durch „einen möglichst großen Teil des Kuchens für sich zu sichern.“

EÄ13

Zeile 94 bis 98 kann m.E. weg

EÄ14

Zeile 101 „Süd-Ländern“ klingt wie eine deklassierende Zuschreibung; bitte ersetzen durch „dieser Länder“

EÄ15

Zeile 108 „neoliberaler Schein“ stimmt nicht. Es schien nie so, wurde nur so erzählt. Bitte ersetzen durch „neoliberale Lüge“

EÄ16

Zeile 119 „reinen“ streichen

EÄ17

Zeile 131 „manchen“ durch „vielen“ ersetzen

EÄ18

Zeile 144 bis 147 mir würde diese Formulierung besser gefallen:
„Der Wachstumszwang treibt die Globalisierung an. Der Gewalt gegen die Natur und den Planeten sind so immer weniger Grenzen gesetzt. Der Welt wird immer mehr eine Warenförmigkeit aufgezwungen. Dadurch wird die Ausbeutung der Natur scheinbar legitimiert und ihre Zerstörung achselzuckend in Kauf genommen.“

EÄ18

Zeile 157 - 163 streichen, das wurde weiter oben in Zeilen 76 bis 85 schon mal behandelt.

EÄ19

Zeile 165 hinter Ideologie „weiter“ einfügen

EÄ20

Zeile 171 „die“ streichen

EÄ21

Zeile 175 hinter „Demokratisierung“ bitte „und solidarischen Lösungen“ einfügen.

EÄ22

Zeile 177 hinter „autoritäre“ bitte „und rassistische“ einfügen

EÄ23

Zeilen 180 bis 182 schön wär's ...

Vielleicht besser:

„Staaten und Regierungen müssen ihrer Verantwortung gerecht werden. Einzelinteressen müssen eingehengt und sozialer Ausgleich zum Wohle aller gefördert werden. Dazu bedarf es verschiedener Mechanismen, die weiter unten angesprochen werden sollen.“

EÄ24

Zeile 183 hinter „Globalisierung“ bitte „aber“ einfügen

EÄ25

Zeile 184, 185 „bei uns und in den Ländern des Globalen Südens“ streichen, ist doch überall so

EÄ26

Zeile 187 „umgehen“ bitte durch „aushebeln“ ersetzen

EÄ27

Zeile 189 „alle wissen“ durch „klar sein sollte“ ersetzen

EÄ28

Zeile 198 „kapitalistischen“ kann weg, weil doppelt gemoppelt

7.4.3. EÄ 29 - 31

Vorschläge von: Marie-Dominique Vernhes

EÄ29:

Als erstes Dokument ist die „Charta von ATTAC International“ (1998) <https://www.attac.org/de/charta-von-attac-international> einzufügen, so dass es insgesamt 7 Dokumente werden.

Begründung: Der Name Attac Deutschland kommt vom expliziten Bezug auf diese Charta (der Text ist unten kopiert).

EÄ30:

In die Übersicht der 6 weiteren Attac-Dokumente werden zusätzlich folgende Beschreibungen aus der Seite <https://www.attac.de/das-ist-attac/globalisierungskritik-fortschreiben/dokumente> übernommen:

Im Text „Wer wir sind und was wir wollen“ : (...gegen den Neoliberalismus) mit den drei Standbeinen Bildungsarbeit, Expertise und Aktionen (und entwickelt ...).

EÄ31

Bei den beiden ersten aufgelisteten Dokumenten (Attac Selbstverständnis ; Wer wir sind) fehlt die Angabe darüber, von wem es beschlossen wurde. Diese Angabe wird

nachgeholt.

Charta von Attac International

Internationale Initiative zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte und Institutionen Verabschiedet am 11 / 12. Dezember 1998 auf dem internationalen Treffen in Paris

Die Globalisierung der Finanzwelt verstärkt die soziale Ungleichheit und verschärft die ökonomische Unsicherheit. Sie verhindert die freie Selbstbestimmung der Völker, umgeht ihre demokratischen Institutionen und behindert jegliches gemeinwohlorientiertes Agieren der souveränen Staaten. Sie ersetzt dieses durch eine rein spekulative Handlungslogik im einzigen Interesse der multinationalen Unternehmen und Finanzmärkte.

Diese Umwandlung der Welt wird wie ein Naturgesetz dargestellt, den Bürger und Volksvertretern wird das Recht abgesprochen, über ihr eigenes Schicksal zu bestimmen. Die herablassende Arroganz, mit der dies geschieht und das Gefühl der Machtlosigkeit, welches so entsteht, führen den antidemokratischen Parteien neue Stimmen zu. Es ist höchste Zeit diesen Prozeß zu stoppen, neue Kontroll- und Regulationsinstrumente zu schaffen, auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Die Erfahrung lehrt uns, daß die Regierungen dies nicht ohne äußeren Anstoß tun werden. Nur das entschiedene Engagement der Bürger kann der doppelten Bedrohung der sozialen Implosion und der politischen Hoffnungslosigkeit entgegenwirken.

Die Freiheit der Kapitalströme, Steuerparadiese und die Explosion des Volumens der spekulativen Transaktionen treiben die Länder in eine kopflose Jagd nach der Gunst der großen Investoren. Mehr als 100 Milliarden \$ werden täglich auf den Devisenmärkten auf der Suche nach sofortigem Profit hin und hergeschoben, ohne Zusammenhang mit den realen Verhältnissen der Produktion und des Handels der Güter und Dienstleistungen. Diese Entwicklung hat das permanente Anwachsen der Kapitalrenditen zulasten der Verringerung der Einkünfte aus Arbeit, das vermehrte Auftreten marginaler Lebensverhältnissen und die Ausbreitung der Armut zur Folge.

Die sozialen Folgen dieser Prozesse sind in den abhängigen Ländern noch weit negativer, da diese, durch die Finanzkrise voll getroffen, nun dem Diktat des IWF und seiner Strukturanpassungsprogramme unterliegen. Die Rückzahlung der Schulden zwingt diese Länder ihre Sozialbudgets auf ein Minimum zu reduzieren und verdammt sie zu dauerhafter Unterentwicklung. Die Zinssätze, weit höher als in den entwickelten Ländern, behindern und zerstören die nationalen Unternehmen. Privatisierungen und unkontrollierte Privatisierungen werden durchgesetzt, um die von den Investoren geforderten Ressourcen bereitzustellen. Überall werden die Sozialleistungen in Frage gestellt. Dort wo es Rentensysteme gibt, wird den Angestellten nahegebracht, diese doch gegen die Mechanismen der Pensionsfonds einzutauschen. Dies nun führt dazu, daß die eigenen Unternehmen weiter an die Erfordernisse einer sofortigen Profitmaximierung angepaßt werden, der Einflußbereich der Finanzwelt weiter ausgeweitet wird. Schließlich gilt es, die Bürger von der Hinfälligkeit der als veraltet dargestellt Systemen solidarischen Ausgleichs (zwischen Generationen, Völkern und Nationen) zu überzeugen. Die Deregulation betrifft den gesamten Arbeitsmarkt und hat eine dramatische Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zur Folge, führt zur Ausbreitung marginaler Lebenslagen und in die Arbeitslosigkeit und zielt auf den Abbau der sozialen Sicherungssysteme.

Unter dem Vorwand der wirtschaftlichen Entwicklung und der Schaffung von

Arbeitsplätzen versuchen die führenden Industrienationen auch weiterhin, das multilaterale Investitionsabkommen MAI zur Unterzeichnung zu bringen. Dieses Abkommen würde den Investoren alle Rechte geben und den Staaten alle Pflichten aufbürden. Vor dem Druck der öffentlichen Meinung und des engagierten Widerstandes wurde zunächst aufgegeben, dieses Projekt im Rahmen der OECD zu verhandeln. Nun soll die Diskussion im Rahmen der Welthandelsorganisation wieder aufgenommen werden. Gleichzeitig geht der Kreuzzug für den Freihandel, den USA aber auch die Europäische Kommission unternehmen, weiter. Neue deregulierte Gebiete sollen geschaffen werden, auf kontinentaler - aber auch interkontinentaler Ebene, wie das Projekt einer transkontinentalen Wirtschaftspartnerschaft zwischen Nordamerika und Europa.

Noch lassen sich viele Bereiche dieser Maschinerie zur Produktion sozialer Ungleichheit zwischen Nord und Süd wie im Herzen der entwickelten Welt selbst stoppen. Nur zu oft nährt sich der Fatalismus doch aus der Zensur der Information über mögliche Alternativen. So haben die großen Finanzinstitutionen wie auch die großen Massenmedien, die häufig im Besitz der Profitnehmer der Globalisierung sind, bisher den Vorschlag des amerikanischen Ökonomenobelpreisträger James TOBIN nicht erwähnt: Die spekulativen Finanztransaktionen auf den Devisenmärkten zu besteuern.. Selbst auf der Basis eines Steuersatzes von gerade 0,1 %, würde die Tobinsteuer um die 100 Milliarden \$ jährlich einbringen. Im wesentlichen würde diese Summe in den Industriestaaten anfallen, in denen die bedeutenden Finanzplätze liegen. Diese Summe könnte für den Kampf gegen soziale Ungleichheit, für die Erziehung oder das öffentliche Gesundheitswesen in den ärmeren Ländern eingesetzt werden, für die Grundversorgung mit Nahrungsmitteln und nachhaltige Entwicklung. Eine solche Einrichtung hat eine klare antispekulative Zielrichtung, ermutigt das aktive Widerstehen, würde den Bürger und Staaten neue Handlungsspielräume eröffnen und vor allem auch ein klares Signal aussenden: das Primat der Politik.

Unter dieser Zielvorgabe haben sich die Unterzeichner bereitgefunden, an der internationalen Bewegung ATTAC teilzunehmen und mitzuarbeiten, gemeinsam darüber zu diskutieren, Informationsmaterial zu produzieren und zu verteilen und gemeinsam zu handeln, in ihren jeweiligen Ländern, wie auch auf kontinentaler wie interkontinentaler Ebenen.

Die gemeinsamen Aktionen haben als Ziel:

- der internationalen Spekulation Fesseln anzulegen,
- Steuerparadiese mit Sanktionen zu belegen,
- ein weiteres Ausbreiten der Pensionsfonds zu verhindern,
- Transparenz über die Investitionen in abhängige Länder herzustellen und
- einen legalen Rahmen für Finanz- und Bankgeschäfte zu schaffen, um die Konsumenten nicht zu benachteiligen, mehr noch, um weder die Konsumenten noch die Bürger zu benachteiligen (nicht zuletzt die Bankangestellten könnten eine wichtige Rolle bei der Kontrolle dieser Operationen vornehmen) sowie
- die Forderung nach einem allgemeinen Erlaß der Schulden für die abhängigen Länder der dritten Welt durchzusetzen und die Benutzung der so frei werdenden Ressourcen für die Bevölkerung und für eine nachhaltige Entwicklung (so könnten sich die Industrie-Nationen endlich vom imperialistischen Antlitz befreien).

Unser Ziel ist vor allem aber auch:

- die Bereiche für die Bürger zurückzuerobern, welche die Finanzwelt der Demokratie entzogen hat,
- sich für die Selbstbestimmung einzusetzen, gegen ein vorgeschobenes überstaatliches Recht der Investoren und Händler und

- auf globaler Ebene einen demokratischen Raum zu schaffen.

Es geht einfach darum, die Zukunft unserer Welt wieder gemeinsam in die Hand zu nehmen.
(Auf dem internationalen Treffen am 11./12. Dezember 1998 in Paris verabschiedet)

7.4.4. EÄ 32_Punkte 2 und 3 nicht annehmen

Vorschlag der BAG Welthandel und WTO zum Erneuerungspapier

Die Punkte 2. und 3. im Entwurf-Globalisierungspolitik-neu-denken vom 5.3. beziehen sich direkt auf die Arbeit der BAG WTO und Welthandel. Wir beantragen, die Punkte

2. Handelspolitik und Menschenrechte und

3. Gegen Privatisierung - das Öffentliche stärken, nicht anzunehmen.

Die BAG wird die betreffenden Textpassagen neu konzipieren und der Moderationsgruppe rechtzeitig vor dem nächsten Ratschlag zur Verfügung stellen.

Begründung:

Der Zusammenhang von neoliberaler Globalisierung und Handelspolitik ist äußerst komplex und gerade zurzeit starken Dynamiken unterworfen. Aufgrund eines schwierigen Diskussionsprozesses wird dieses Kernthema von Attac im vorliegenden Entwurf in den Kapiteln 2. und 3. nicht angemessen beleuchtet und in Teilen sogar falsch dargestellt.

Die Zeit vom 5.3. bis zum 12.3. hat nicht ausgereicht, einen stimmigen Text vorzulegen. Die AG WTO und Welthandel wird die Diskussion bei einem bundesweiten Treffen am 15.4. fortsetzen und einen neuen Textentwurf für die Attac-weite Diskussion zur Verfügung stellen.

7.5. Erneuerungspapier Geschäftsordnungsanträge_EGO

7.5.1. EGO1_Papier Globalisierungskritik neu denken

Vorschlag RG Halle zum Ratschlag am 1. und 2. April 2023

Die RG Halle betragt, das Papier „Globalisierungskritik neu denken.“ allen RGs zur Diskussion weiter zu reichen. Die RGs sollen die Möglichkeit haben zum Papier eigene Vorstellungen einzubringen. Die Ergebnisse sollen auf einem Ratschlag diskutiert und abgestimmt werden.

Begründung:

Attac lebt von der aktiven Teilnahme der RGs. Deshalb und dem demokratischen Selbstverständnis von Attac folgend sind allgemein verbindliche Grundsätze von diesen inhaltlich zu bestimmen.

7.5.2. EGO2_Positionspapier diskutieren, nicht verabschieden

Vorschlag von: Carsten P. Malchow

Ich stelle den Antrag, dass das Papier zum Erneuerungsprozess auf dem Ratschlag – natürlich – ausführlich diskutiert, aber auf jeden Fall noch nicht verabschiedet wird.

Begründung:

In dem ursprünglichen Antrag von Herbstratschlag 2021 (Reader zum HRS 2021) sollte u.a. „in einem möglichst breit angelegten Prozess auf Grundlage der Grundsätze von Attac“ „das inhaltliche Profil von Attac“ geschärft werden (a.a.O., S.61); weiterhin war dazu eine Einbeziehung von Regionalgruppen und von Attacies ganz allgemein in einem schon zahlenmäßig spezifizierten Umfang – was sicherlich nur als Minimum gemeint gewesen ist – als Zielsetzung vorgegeben.

Die damit angestrebte breite, basisdemokratische Diskussion hat bisher allerdings noch nicht stattgefunden, Diskussionsbeiträge auf Diskurs sind hierfür sicherlich nicht ausreichend. Gleichzeitig ist dieses Projekt ganz offensichtlich von herausragender Bedeutung – wie nicht zuletzt auch daran deutlich wird, wie viel Arbeit die Teilnehmenden dort schon dankenswerter Weise geleistet haben.

Gerade deshalb ist es dringend erforderlich, diese Diskussion auch in allen Untergliederungen von Attac zu führen und dafür wiederum müsste auch genügend Zeit zur Verfügung gestellt werden. Dies wiederum ist nur dann möglich, wenn auf diesem Ratschlag noch keine Entscheidungen getroffen werden.

Nur am Rande sei auch angemerkt, dass auch auf der Diskussionsplattform selbst bis vor kurzem noch nur von einer Präsentation und Diskussion auf dem Ratschlag, nicht aber von einer Verabschiedung die Rede war.

7.5.3. EGO3_Positionspapier, Debatte fortführen

Vorschlag von: Marie-Dominique Vernhes

Nach dem Frühjahrsratschlag wird die Debatte über den Erneuerungsprozess fortgeführt. Die Vorlagen vom 5.3.23 werden also nicht verabschiedet. Für die weitere Debatte werden u.a. die Erfahrungen von Attac Frankreich herangezogen.

Begründung

Es könnte nützlich sein, das Vorgehen von Attac Frankreich bei der Bestimmung der strategischen Orientierung in den nächsten drei Jahren anzuschauen.

In meinem [Vortrag](#) „Attac Frankreich – Ziele und Strukturen“ fasse ich die strategische Orientierung von Attac Frankreich, 2022 zusammen (die gesamte Übersetzung steht auf den Seiten 6-13 in [SIG 146](#)) und dokumentiere die Phasen zur Abstimmung über den Text (Folien 38-42).

Man beachte:

1. die 3 Phasen der Abstimmung über den Text, zuerst mit dem Strategischen Wochenende (Okt.21), Protokoll; Erster Entwurf der strategischen Orientierung Anfang 2022, Änderungsvorschläge im April; die zweite Version wird auf einer Vollversammlung besprochen; kollektive Arbeit an weiteren Änderungen; danach dritte Version; Abstimmung per Briefwahl aller Mitglieder
2. den Zeitplan (keine schnelle Entscheidung!)
3. die Fristen für die Vorlagen und die Kandidaturen: Einladung zur Kandidatur ein halbes Jahr vor den Wahlen, Teilnahme der KandidatInnen am Entwurf der strategischen Orientierung erwünscht; schriftliche Vorstellung der KandidatInnen, Diskussion mit ihnen auf einer Vollversammlung, aber noch keine Wahlen. Danach schriftliche Bewerbung der KandidatInnen; 1,5 Monate später Wahl (Briefwahl durch alle Mitglieder)

Anmerkung: Attac FR ist als Verein organisiert mit klaren Regelungen über die Mitgliedschaft.

7.5.4. EGO4_Rat soll sich mit Positionspapier befassen

Vorschlag von: Marie-Dominique Vernhes

Der Ratschlag beauftragt den Rat, sich wie auf dem FRS vereinbart mit dem Arbeitspapier „Zur Positionierung und Entwicklung von Attac DE“ zu befassen.

Begründung:

Zur Positionierung und Entwicklung von Attac DE hatte ich auf dem Frühjahrsratschlag 2021 einen Antrag gestellt.

Aus dem Protokoll: „Die Diskussion ergab, dass (der Vorschlag) nicht beschlussreif war. Er wurde aber (in einem Meinungsbild) als wichtig bewertet und als Arbeitspapier an den Rat zur weiteren Befassung verwiesen.“

Ich zitiere hier aus meinem Antrag, denn ich denke, dass er einige „Erneuerungs“momente anbietet:

[...] Angesichts der erheblichen Herausforderungen durch eine multiple globale Krise und der Gefahr einer Verfestigung der alten Gesellschaftsordnung brauchen wir als Attac Deutschland zum Aufbau eines emanzipatorischen Projekts einen Kompass und eine produktive Kooperation für Klärungsprozesse und Aktionen.

1. Als Kompass dienen uns die drei Grundorientierungen von Attac ([Erklärung von 2002](#)):

1. „Attac streitet für eine neue Weltwirtschaftsordnung“
2. „Attac will als Teil der außerparlamentarischen Bewegung einen Beitrag für eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft leisten.“
3. „Attac ist Bestandteil der Antikriegs- und Friedensbewegung, denn eine gerechte Welt ist ohne Frieden nicht möglich.“

In diesem großen Rahmen führen Attac-Gruppen Aktivitäten und Kampagnen durch, die sie auf der Grundlage einer gemeinsam erarbeiteten Analyse der politischen Herausforderungen und der (potentiellen) Akteure festlegen.

Ziele dieser Aktivitäten: globale soziale, ökologische und steuerliche Gerechtigkeit, Frieden, keine Diskriminierung und kein Rassismus, Demokratie, weltweite Solidarität und Kooperation.

Zum Erfolg dieser Schritte sind vielfältige starke Bewegungen sowie Kooperation zwischen ihnen unabdingbar. Die Wahl einer fortschrittlichen Partei reicht nicht aus, das lehrt uns die Geschichte. Kriege und Spannungen zwischen und innerhalb von Ländern sind Hindernisse zu solchen Schritten, weswegen das Ringen um Entspannungspolitik, Abrüstung und Frieden eine Angelegenheit von ganz Attac ist.

2. Kooperation ist lebensnotwendig

Wesentliche Elemente der Kooperation (1)

a. Voneinander wissen: Eine Übersicht über die Stärken und Schwerpunkte der einzelnen Attac Gliederungen (Regionalgruppen, Bundesarbeitsgruppen und Projektgruppen, Wissenschaftlicher Beirat, Mitgliedsorganisationen, Rat und Ko-Kreis, Bundesbüro, ...) könnte – regelmäßig aktualisiert – dazu beitragen.

b. Miteinander reden, z.B. regelmäßig

- thematische (Video-)Konferenzen mit Bildungselementen (und Aktionsberatungen)
- Analyse der politischen Lage
- Austausch zwischen Regionalgruppen

c. Miteinander solidarisch und ergebnisorientiert streiten

[...] - enger darauf (achten), dass der Umgangston von Wertschätzung der anderen Teilnehmenden geprägt ist,

- bei Themen mit größerer Beteiligung und politischer Brisanz eine ergebnisorientierte Debatte (fördern): Übereinstimmungen und Differenzen herausarbeiten. Konsens suchen. Fazit aus der Diskussion ziehen. Lernprozesse festhalten. [...]

d. Demokratische Entscheidungswege in Attac stärken

Für richtungsweisende Prozesse und weitreichende Entscheidungen (auch für den Haushaltsplan) ist eine Beratung unter den Attac-Mitgliedern und insbesondere im Rat erforderlich; damit wird der Zusammenhalt von Attac gestärkt.

e. Die Kooperation mit weiteren Gruppen und Organisationen pflegen

- Das Gespräch mit den Mitgliedsorganisationen suchen, Zusammenarbeit anstreben.
- Aufbau von Bündnissen; über Vorschläge und Einladungen anderer Gruppen sollte der Rat frühzeitig unterrichtet werden, so dass eine Beratung noch möglich ist.

f. gemeinsam eine Art Check-up vornehmen

„Innerhalb eines Zeitraumes von 20 Jahren verändert sich vieles – uns selbst eingeschlossen! Veränderungen sollten kritisch hinterfragt werden. Nach dieser langen Arbeitsperiode wäre es in unseren Augen deshalb sinnvoll, wenn Attac sich einer Art Check-up unterziehen würde mit dem Ziel einer kreativen Weiterentwicklung.“

([Rats-Vorlage](#), aber dieses Ansinnen dürfte auch für ganz Attac gelten)

Nehmen wir gemeinsam die Zukunft (unserer Welt) von Attac in die Hand!

(1.3.2021)

(1) Teilweise gibt es schon diese Elemente.

7.5.5. EGO5_Positionspapier nicht verabschieden

Attac-Regionalgruppe Kassel

Nichtverabschiedung des Positionspapiers „Globalisierungskritik neu denken“

Die Attac-RG Kassel beantragt, das Positionspapier von Attac-Deutschland „Globalisierungskritik neu denken“ beim Frühjahrsratschlag am 1./2. April nicht zu verabschieden:

Begründung:

Das aktualisierte Positionspapier wurde am 7. März veröffentlicht. Die bis zum Ratschlag verbleibende Zeit reicht für uns als Regionalgruppe bei weitem nicht aus, sich ernsthaft mit diesem 25-Seiten-Paper zu befassen. Anderen Regionalgruppen wird es vermutlich damit ähnlich gehen.

Auch in Respekt vor der Arbeit vieler Menschen bei der Erarbeitung dieses Positionspapiers sollte eine Beschlussfassung über eine Neufassung des Selbstverständnisses von Attac nicht übers Knie gebrochen, sondern solange ausgesetzt werden, bis sich die Regionalgruppen eingehend damit befassen und dazu Stellung beziehen konnten.

8. Kandidaturen für den KoKreis, Frühjahr 2023

8.1. Alfred Eibl

Ich bin 74 Jahre alt, geboren in Landshut und lebe seit 1972 in München. Nach einem Ingenieurstudium habe ich in der Elektroindustrie bis zu meiner Pensionierung 2014 gearbeitet. Im Betrieb war ich in Gewerkschaft und Betriebsrat aktiv und hatte dort verschiedene Funktionen in der betrieblichen Mitarbeitervertretung inne, unter anderem Betriebsratsvorsitzender, Mitglied im Aufsichtsrat. Zudem war ich im Rahmen gewerkschaftlicher Bildungsarbeit für die IG Metall als Referent tätig. Nach meiner Pensionierung bin ich bei Attac mit dem Schwerpunkt Finanz- und Steuerpolitik aktiv geworden. Diese Schwerpunktsetzung erfolgte aus zwei Gründen:

- Dieses Themenpaar bildete den Dreh- und Angelpunkt der neoliberalen Wende und steht bis heute im Zentrum politischer Auseinandersetzungen
- Über meine Tätigkeit in der betrieblichen Mitarbeitervertretung musste ich mich ganz praktisch mit den Wechselwirkungen von Finanzmarktkapitalismus und Unternehmenspolitik auseinandersetzen und kann dadurch einiges an Erfahrungen und Kenntnissen einbringen.

Aktuelles: Gegenwärtig bringe ich mich im Rahmen der Kampagne „Wer zahlt“ verstärkt bei den Themen „Steuerpolitik“ und „Aktienrente“ ein. Im organisatorischen Bereich arbeite ich bei der Attac-Haushaltsplanung mit und bin Vorstandsmitglied des Attac-Trägervereins.

Ich bin Mitglied der IG Metall, kein Mitglied einer Partei.

Alfred Eibl
München, 10. März 2023

8.2. Annette Schnoor

Zu mir: Ich wohne in Bochum, bin 76 Jahre alt und habe 2 erwachsene Kinder. Ich habe Soziologie und Germanistik studiert, war in der Studentenbewegung und nachfolgenden linken Gruppen aktiv und habe – um ein Berufsverbot zu vermeiden – die meiste Zeit meiner Erwerbstätigkeit in einem Konzern der Metall- und Elektroindustrie verbracht.

Meine politische Biografie ist geprägt durch meine Arbeit in Betriebsrat und IG Metall, aber auch durch den Feminismus der 2. Welle der Frauenbewegung und durch internationalistische Aktivitäten. Seit 1995 war ich Referentin in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit und habe bis 2022 Seminare im Bereich Gesellschaftspolitik gegeben, mit Schwerpunkt auf Seminaren der „Respekt!“-Initiative. Ich bin kein Mitglied einer Partei.

Attac und andere Aktivitäten: Ich bin seit 2005 Attac Mitglied und habe damals im Bochumer Sozialforum mitgearbeitet. Zwischendurch habe ich Attac etwas aus den Augen verloren, aber bei der Wiederbelebung der Bochumer Gruppe 2019 war ich dabei. Außer in der Attac-Gruppe engagiere ich mich seit Jahren in antirassistischen Initiativen und Netzwerken für Geflüchtete. Für mich sind unsere regionalen Attac-Aktivitäten sehr wichtig und ich habe auch bei der Organisation der Attac-NRW Treffen mitgemacht. 2022 wurde ich in den Rat gewählt. Dort war ich in Rats- und Ratschlag-VG aktiv und habe bei der PG Energie sowohl inhaltliche als auch organisatorische Aufgaben übernommen und auch bei der „Wandelsblatt“-Aktion mitgemacht. Außerdem arbeite ich im Flinta*-Plenum mit.

Was mich bewegt: Ich möchte im KoKreis weiter am Thema Energiewende arbeiten. Dabei ist es mir – auch aus meiner Biografie – ein zentrales Anliegen, ökologische und soziale Aspekte und Forderungen miteinander zu verbinden. Im Übrigen ist mir wichtig, dass Attac durch Analysen und Aktionen wieder sichtbar wird. Dabei ist die thematische Vielfalt und Expertise von Attac zweifellos eine große Stärke. Ich möchte mich gern in diesen Prozess einbringen – auch mit der Absicht, patriarchale Prägungen zu hinterfragen und Geschlechtergerechtigkeit mehr Raum zu verschaffen.

8.3. Carmen Junge

Bis 2018 habe ich erfolgreich ein Unternehmen der Medizintechnik geleitet. Danach war ich in der Organisations- und Geschäftsfeldentwicklung tätig. Seit 2021 beschäftige ich mich ausschließlich mit Projekten in Politik und Gesellschaft, die mir am Herzen liegen. Neben politischem Engagement ohne Parteizugehörigkeit sind das die Bereiche Hospizbegleitung und Mentoring für Grundschüler*innen. Ich habe zwei erwachsene Kinder und bin 62.

Für mich sind sowohl die Problemstellungen vor Ort als auch die globalen Zusammenhänge wichtig. Ich kann es nicht akzeptieren, dass der tief in uns verankerte Wachstumsdruck unsere eine Welt zerstört und wenige auf Kosten vieler gut leben lässt. Hochrüstung, Abschottung und Kriege sind nie eine Lösung. Sie bringen zum Nutzen weniger großes Leid für viele in die Welt. Ich setze mich ein für zivile Konfliktlösungen, den sozial-ökologischen Umbau und ein buntes, vielfältiges und friedliches Miteinander weltweit.

Attac-Engagement

Seit ca. 2015 bin ich Mitglied bei Attac. 2018 wurde ich Mitsingende und später auch Mitkoordinatorin des AttaChor Frankfurt/M. Aktuell singt der Chor leider nicht mehr. Heute engagiere ich mich mit Klimattac (= lokale Klimagruppe von Attac Frankfurt/M.) und bin seit 2021 Mitglied im Frankfurter KoKreis. Ich arbeite in lokalen Bündnissen zu Themen wie klimagerechte Stadt, Bürger*innenbeteiligung, solidarisch Leben und soziale Gerechtigkeit. Konkrete Projekte/Kampagnen: u.a. Besetzung Fechenheimer Wald, „Fecher bleibt!“, Quartiersrat Grüne Lunge am Günthersburgpark, Klimabeirat Frankfurt/M., Mitaufbau einer Regionalgruppe Junges Attac.

Seit einem Jahr bin ich Mitglied im KoKreis von Attac D. Zahlreiche Themen und Herausforderungen laufen hier zusammen. Ich habe tolle Menschen (näher) kennengelernt und selbst viel gelernt. Bundesweit habe ich mich u.a. eingebracht

- bei den regionalen Aktionen im Rahmen des Bündnisses „Stoppt das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen!“
- als Mitglied der Moderationsgruppe für den Erneuerungsprozess
- in der Kampagne „Warme Hütten, kalte Paläste“ beim Solidarischen Herbst

- mit der Teilnahme an der Wandelsblatt-Aktion in Berlin
- in diversen Projektgruppen (z.B. Internationales, Struktur, Webinare...)

Deshalb kandidiere ich für den bundesweiten KoKreis

Attac ist der Zusammenhang, wo ich mich zugehörig fühlen möchte, um gemeinsam für eine bessere Welt zu streiten. Ich möchte dazu beitragen, dieses wertvolle Netzwerk mit seinem vielfältigen Wissen strategisch, organisatorisch und inhaltlich weiterzuentwickeln und wirksamer zu machen.

6. März 2023

8.4. Hendrik Küster

Ich bin 29 Jahre alt, neben Attac- auch Verdi-Mitglied und in keiner Partei. Seit zehn Jahren bin ich in der Regionalgruppe Bamberg aktiv. Ich kandidiere für den KoKreis als Vertreter für die Region Süd.

Im letzten Jahr war ich Mitglied in Rat und KoKreis. Mit Junges Attac habe ich beim G7-Gipfel in Elmau protestiert und mich lokal und überregional an Aktionen für globale (Klima-) Gerechtigkeit beteiligt. Die Moderation des inhaltlichen Erneuerungsprozesses ist ein weiteres Projekt, bei dem ich in verschiedenen AGs mitgearbeitet habe.

Gegen Krieg und Aufrüstung bin ich bei Rheinmetall Entwaffnen, im Bündnis gegen den russischen Angriffskrieg und in der bundesweiten AG Globalisierung und Krieg aktiv. Hier möchte ich weiter daran mitarbeiten, eine breite Bewegung gegen die globale Militarisierung aufzubauen.

Ein wichtiges Thema für die nächste Zeit ist für mich, wie die Kommunikation und die Verzahnung zwischen Regionalgruppen und KoKreis verbessert werden kann. Außerdem ist der Protest für eine klimagerechte Verkehrswende bei mir ein weiterer Bezugspunkt für dieses Jahr.

8.5. Judith Amler

Judith Amler, Attac Rosenheim, aktiv seit 04/2012

Meine bisherigen Attac-Aktivitäten auf der/für die Bundesebene:

- 06/2016 - 09/2016: Mitglied im Arbeitsausschuss des bayerischen Bündnisses für die Münchner Stop-CETA-Demo vom 17.09. und Koordination des dortigen Attac-Auftritts
- seit 11/2016: Mitglied im Rat von Attac D
- seit 01/2017: Vertretung von Attac D im Arbeitsausschuss der Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus“
- seit 11/2017: Mitglied im KoKreis von Attac D
- Sonstiges: Organisation und/oder Moderation von Informationsveranstaltungen und Workshops; Beteiligung an Aktionen und an der Öffentlichkeitsarbeit von Attac D; Vertretung von Attac mit Redebeiträgen bei mehreren Demos; Beteiligung an Kampagnen von Attac zu TTIP und

CETA, G20 und in #unteilbar; Mitwirkung in der Attac-AG gegen Rechts sowie im FLINTA*Plenum von Attac D

Was mich bewegt:

Nach Jahrzehnten der neoliberalen Globalisierung finden wir uns heute in einem Zustand multipler Krisen wieder: Aktuell ringen wir mit dem verbrecherischen Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine und seinen vielfältigen Folgen; gleichzeitig ist es mehr denn je eine dringende Menschheitsaufgabe, den Klimakollaps abzuwenden und Biodiversität zu erhalten. Für immer breitere Teile der Gesellschaft wird manifest, dass die gängige kapitalistische Logik außerstande ist, die multiplen Krisen unserer Zeit zu bewältigen, und dass ein Systemwandel erforderlich ist. Dafür wurde in zurückliegenden Jahren von vielen Aktivist*innen weltweit ein Fenster geöffnet, das sich derzeit allerdings womöglich sogar für lange Zeit wieder zu schließen droht: In anhaltenden und sich vervielfältigenden Krisen gewinnen autoritäre Kräfte und Gesellschaftsentwürfe rasant an Einfluss; in der Folge werden Demokratien zerstört, Kriege geführt und Menschen ermordet.

Für mich gilt:

Wir haben gute politische Konzepte für eine solidarische Gesellschaft und Welt, an deren Weiterentwicklung in ganz Deutschland, Europa und global viele Menschen ausdauernd und mit großer Leidenschaft arbeiten. Diese müssen wir weiterentwickeln und noch besser in die Öffentlichkeit sowie in die politische Debatte einbringen. Attac wird als Bildungsbewegung mit Aktionscharakter und Expertise gebraucht – mit seiner Vision für eine nachhaltige Zukunft auf diesem Planeten und ein gutes Leben für alle. Dafür möchte ich mich auch in der kommenden KoKreis-Periode einsetzen. Ich bin kein Mitglied einer Partei. Meine Regionalgruppe unterstützt meine Bewerbung.

8.6. Manuela Kropp

Manuela Kropp, Brüssel

Zu meiner Person:

Ich bin 1977 in Berlin geboren, habe Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre in Leipzig studiert, und lebe seit vielen Jahren in Brüssel. Seit drei Jahren arbeite ich bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brüssel, vorher viele Jahre als Mitarbeiterin im Europaparlament. Seit 2009 bin ich Mitglied in der Partei DIE LINKE., bin seit vielen Jahren Co-Sprecherin der BO LINKE. Brüssel, und bin aktiv in der BAG Klimagerechtigkeit und der AG Mobilität. Seit 2019 bin ich Mitglied bei Attac, und seit vielen Jahren bei ver.di und der belgischen Gewerkschaft fgfb-setca.

Meine Aktivitäten in Attac:

Seit 2019 bin ich Mitglied bei Attac, und engagiere mich bei der Kampagnengruppe „Einfach Umsteigen“ für eine solidarische Mobilitätswende. Im August 2022 organisierte und moderierte ich das Podium „Der Verkehrssektor – Zentral für Klimagerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit“ auf der Sommeruniversität der Sozialen Bewegungen (ESU) in Mönchengladbach. Im Juli 2021 moderierte ich den Workshop zur Konversion der Rüstungs- und Automobilindustrie auf der Sommerakademie 2021. Ich war für Attac auch an der Vorbereitung der Proteste gegen die IAA in München beteiligt.

Im bundesweiten Koordinierungskreis möchte ich mich in der Gruppe zur Vorbereitung von Veranstaltungen engagieren, gerne zu den Themen sozial-ökologische

Transformation, Energiepolitik und Mobilitätswende, sowie für den Ausbau der Bündnisarbeit. Denn angesichts der multiplen Krisen, mit denen wir konfrontiert sind, ist eine gute Bündnisarbeit wichtiger denn je – mit Gewerkschaften und Klimabewegung. Die jüngsten gemeinsamen Proteste von ver.di und FFF zeigen, wie erfolgreich das gemeinsame Zusammengehen sein kann. Im Bereich der Energiepolitik müssen wir die Diskussion über eine Vergesellschaftung voranbringen, wie dies bspw. in der Kampagne „RWE & Co. enteignen“ geschieht. Beim Thema Mobilitätswende müssen wir weiterhin auf den Zusammenhang von sozialer Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit hinweisen - der Ausbau und die Bezahlbarkeit (oder Nulltarif) des ÖPNV nutzt dem Klima und Haushalten mit normalen und kleineren Einkommen. Unsere Kampagne 9-Euro-Ticket-Weiterfahren hat genau dies getan. Bündnisse zwischen Gewerkschaften und Klimabewegung können unseren Kampf für eine sozial-ökologische Transformation voranbringen, denn die Transformation unserer Wirtschaft kann und muss neue Arbeitsplätze in alternativen Sektoren schaffen: im Ausbau der Erneuerbaren, im ÖPNV, im Bau von Schienenfahrzeugen und Bussen. Diese Jobs müssen natürlich tariflich bezahlt und gewerkschaftlich organisiert sein. Hier können sich Gewerkschaften und Klimabewegung treffen. Attac muss diese Bündnisarbeit weiter voranbringen und unterstützen, um klarzumachen: Eine andere Welt ist möglich!

Brüssel, 12. März 2023

8.7. Maria Wahle

Maria Wahle, AckerAttac/Jena - Saale-Holzland-Kreis

Zu mir

Ich bin Maria (36), lebe in der Obermühle Steudnitz (dem voraussichtlich ersten Projekt im Solidarverbund Ackersyndikat) und baue gerade zusammen mit anderen eine Solidarische Gemüsegierterei bei Jena auf.

Attac & Ich

Seit 2012 ist die Ortsgruppe Erfurt ein Zuhause von mir – ab 2014 war ich wechselweise im Rat und im KoKreis unterwegs. Seit 2022 lebe ich in einem Dorf bei Jena und bin dabei, die örtliche Regionalgruppe wieder zu beleben. Arbeitsbedingt habe ich innerhalb der Vegetationszeit leider nicht viele Kapazitäten – springe aber gerne als Joker für Sonderaufgaben ein und bin im Winter aktiver bei Attac dabei. Meine Themen innerhalb von Attac und auch für die zukünftige KoKreis-Arbeit sind Klimagerechtigkeit, Alternative Landwirtschaft und gerechter Welthandel.

Dorndorf-Steudnitz, 9. März 2023

8.8. Roland Süß

Ich bin 68 Jahre, seit 2018 in Rente. Kein Mitglied in einer Partei.

In Attac bin ich seit der Gründung 2000 aktiv. Seit 2001 aktiv in der AG Welthandel & WTO. Gründungsmitglied von Attac Heidelberg 2001. Seit Herbst 2006 Mitglied im KoKreis und seit einigen Jahren arbeite ich in der Presse AG mit.

Inhaltlicher Schwerpunkt war für mich vor allem die Auseinandersetzung um die internationale Handelspolitik. In den letzten Jahren standen vor allem „Freihandelsabkommen“, wie TTIP, CETA, Mercosur und der Energiecharta-Vertrag ECT im Brennpunkt der politischen Auseinandersetzung. Was dabei leider unterging ist eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Themen wie Afrika und den EPAs. Auch hier gibt es Entwicklungen, die für Attac relevant sein sollten. Wichtig ist mir, dass Attac als eigenständiger Akteur, mit eigenen Kampagnen und eigenen Inhalten wieder mehr sichtbar wird. Die Rohstoff- und Klimafrage mit dem EU-Mercosur Abkommen zu verbinden, könnte ein wichtiger Anknüpfungspunkt für Attac sein. Dabei sollten wir auch weiterhin die „Freihandelsideologie“ angreifen und Alternativen aufzeigen. Dies betrifft auch die „Binding Treaty“ Kampagne zu transnationalen Konzernen und Menschenrechten mit der Forderung nach einem verbindlichen Vertrag unter dem Dach der UNO. Auch mit ihr machen wir deutlich, dass es auch auf internationaler Ebene Alternativen zur Diktatur der Märkte geben kann, wenn der politische Wille vorhanden ist. Jedoch, und das ist und war mir immer besonders wichtig, der Multilateralismus wie wir ihn kennen ist gescheitert. Wir sehen das schon seit Jahren bei der WTO und immer deutlicher bei der UNO. Doch auch hier erleben wir momentan eine entscheidende Zuspitzung. Der Krieg in der Ukraine wird diesen Prozess noch drastisch verschärfen. Machtverhältnisse auf dem Weltmarkt haben sich erheblich verschoben. Systemkonkurrenz und Kalter Krieg werden wieder die politische Agenda bestimmen. Vor allem China und Russland wurden wieder zu systemischen Rivalen definiert. In dieser Konkurrenzlogik geraten gemeinsame Sicherheitsinteressen und eine Europäische Friedensordnung aus dem Blickfeld. Die Krise des Multilateralismus ist umfassend. Hintergründe dieser Entwicklung sind aber in den letzten Jahren bei Attac fast kein Thema. Daran muss sich etwas ändern, wenn Attac sich weiterhin als Teil einer globalisierungskritischen Bewegung verstehen will. Daran will ich auch im Koordinierungskreis arbeiten.

Für mich ist Bündnisarbeit, gerade auch bei der Frage von Krieg und Frieden, ein wichtiges Betätigungsfeld für Attac. Ich habe seit dem letzten Jahr zusammen mit anderen aus dem KoKreis, Attac im Bündnis „Stoppt das Töten in der Ukraine“ vertreten. Der Aufruf „Stoppt das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen“ zum Jahrestag des russischen Angriffskrieg zeigt, dass es trotz aller Widersprüche möglich ist sich auf gemeinsame Perspektiven zu verständigen. An diesem Prozess möchte ich weiter mitarbeiten.

8.9. Sonja Taubert

Persönliches:

Ich bin 60 Jahre alt, verheiratet und lebe seit vielen Jahren in Bremen. Mitte 1999 habe ich eine Umschulung zur Musikalienhändlerin gemacht und arbeite zurzeit im Home-Office für einen Online-Musik-Notenversand in Bayern.

Attac: Seit 2014 bin ich Mitglied bei Attac und aktiv bei Attac Bremen.

Auf dem Herbststratschlag 2015 wurde ich das erste Mal in den Rat gewählt.

Im Herbst 2018 habe ich das erste Mal für den Koordinierungskreis kandidiert.

Mein Hauptfokus liegt zurzeit auf der Mitarbeit in folgenden Arbeitsgruppen: PG Warme Hütten – Kalte Paläste und der Kampagnengruppe einfach.umsteigen
Außerdem bin ich im Awareness Team von Attac und weiteren Arbeitszusammenhängen.

Attac ist nach wie vor bei Themen wie z.B. Finanzen und Steuern ein wichtiger Akteur und wird gesehen. Durch die Corona Jahre ist unser Netzwerk aber ausgedünnt und somit ist, meiner Meinung nach, der Erneuerungsprozess ein wichtiger Schritt nach vorne um für Interessierte attraktiv zu werden und vielleicht neue Mitglieder zu gewinnen. Auch sollten wir versuchen Dinge wie unser Steuerkonzept, unsere Expertise zu Aktienrente, Mobilitätswende und Energiefrage mehr in die Öffentlichkeit zu bringen

Die Regionalgruppe Bremen unterstützt meine Kandidatur für den KoKreis.

Keine Mitgliedschaft in einer politischen Partei

8.10. Thomas Eberhardt-Köster

Thomas Eberhardt-Köster, Düsseldorf

Zu mir:

Ich habe eine Lehre als Kaufmann gemacht und nach ein paar Jahren Berufstätigkeit über den zweiten Bildungsweg Betriebswirtschaft und später berufsbegleitend Politikwissenschaften studiert. Ich arbeite in einer Kommunalverwaltung, bin 62 Jahre alt und habe zwei erwachsene Kinder. Als Beschäftigter im öffentlichen Dienst bin ich Mitglied bei verdi, Mitglied einer Partei bin ich nicht.

Zu meiner Attac-Sozialisation:

Seit 2002 bin ich in der Regionalgruppe Düsseldorf aktiv und arbeite dort in der AG „Lokal – global“ mit und engagiere mich im lokalen Bündnis Mobilitätswende. Ich arbeite bei Attac vor allem zu den Themen Wohnen, Mobilitätswende und seit letztem Jahr auch wieder verstärkt zum Thema Energie. Seit Sommer 2021 engagiere ich mich beim Erneuerungsprozess.

Zu meiner bisherigen Tätigkeit im bundesweiten Koordinierungskreis:

Seit dem Ratschlag in Köln im Herbst 2012 bin ich im bundesweiten Koordinierungskreis. Zurzeit liegen meine Schwerpunkte in den Kampagnen „Einfach.umsteigen“ und „Warme Hütten – kalte Paläste“ und vor allem in der Projektgruppe zum Erneuerungsprozess.

Zu dem, was ich mir für die kommenden Monate vorgenommen habe:

Mit den beiden Projektgruppen Erneuerungsprozess und Struktur wurden zwei wichtige Projekte gestartet, um die inhaltliche und strukturelle Krise, in der sich Attac befindet zu bearbeiten und Attac weiterzuentwickeln. In beiden Projekten bin ich aktiv und sehe in ihnen notwendige Voraussetzungen, um Attac für die Zukunft gut aufzustellen, damit es einen kleinen Betrag leisten kann, die globalisierte Welt etwas gerechter, ökologischer und friedlicher zu machen.

Düsseldorf, 20. Februar 2023

8.11. Stephan Lindner, AG Finanzmärkte und Steuern

Als AG Finanzmärkte und Steuern wollen wir wieder für den Koordinierungskreis kandidieren.

Als AG haben wir im letzten Jahr vor allem unser Steuerkonzept in Attac bekannt gemacht, das auf dem letzten Frühjahrsratschlag verabschiedet worden war und zum Thema Rente gearbeitet (siehe dazu unseren Antrag an den Ratschlag). Wir vertreten Attac im Bündnis Umverteilen und im Netzwerk Steuergerechtigkeit.

Sollten wir als AG gewählt werden, hat die AG mich, Stephan Lindner, wieder als ihren Vertreter im KoKreis vorgesehen.

Ich war bereits von 2004 bis 2007, von 2009 bis 2013 und seit 2021 im Koordinierungskreis. Aktiv bin ich nur bei Attac, aber unter anderem auch Mitglied in der Partei Die Linke, bei ver.di, der Informationsstelle Militarisation und Gemeingut in BürgerInnenhand. Bei Attac bin ich neben der AG Finanzmärkte und Steuern auch in der AG gegen Rechts aktiv. Seit Oktober vertrete ich Attac auch gemeinsam mit Roland Süß und Hendrik Küster im Friedens-Bündnis "Stoppt das Töten in der Ukraine". Ich bin 52 Jahre und lebe in Berlin.

9. Kandidaturen für den Rat, Frühjahr 2023

9.1. Aaron Gerdes

Name: Aaron Gerdes (er/sein)

Alter: 23

Fördermitgliedschaften: Digitalcourage, Attac

Aktiv bei Attac: RG Halle, Junges Attac, Erneuerungsprozess, Rat, Schlichtungskommission

Vorstellung:

Zu G20 bin ich auf Attac aufmerksam geworden, weil ich das Gefühl hatte, dass Attac die besten Positionen hatte. Deshalb habe ich mich mit Freunden 2018 entschieden Noya in Hannover zu gründen. Als ich 2020 zu meinem Jura Studium nach Bayreuth gezogen bin habe ich eine mehr oder weniger (eher weniger) erfolgreiche junges Attac Gruppe in Bayreuth gegründet. Dafür hat sich mein Schwerpunkt eher auf die überregionale Ebene verschoben. Jetzt bin ich nach Halle gezogen und bin gespannt, wie sich hier mein Lokaler Aktivismus entwickelt. Den überregionalen Aktivismus möchte ich auf jeden Fall fortsetzen.

Warum ich in den Rat möchte:

Mir ist Attac in den letzten Jahren immer mehr ans Herz gewachsen. Letztes Jahr habe ich viel Zeit in die Vorbereitung der Ratssitzungen gesteckt und mir ist die VG ans Herz gewachsen. Eigentlich bin ich ein etwas zurückhaltender Mensch, der oft das Gefühl hat, etwas nicht zu können. Der Rat ist ein guter Ort, um sich in einem kleinen Rahmen auszuprobieren und z.B. mal etwas zu moderieren oder ein anspruchsvolles Protokoll zu schreiben. Ich habe das Gefühl, dass meine Arbeit in Attac etwas bewirkt und möchte meine Gedanken gerne weiter einbringen.

Viele liebe Grüße,

Aaron

9.2. Achim Heier

Ich, Achim Heier - 69 Jahre, Rentner, vormals in der Stahlindustrie tätig - kandidiere für die nächste Wahlperiode für den Attac- Rat. Nach 7 Jahren im Kokreis möchte ich einen Teil meiner überregionalen Aktivitäten bei Attac im Rat fortsetzen. Ich bin darüber hinaus bei einfach.umsteigen und bei der PG Energie sowie in der Regionalgruppe Bremen aktiv. Ich stehe für enge Kooperation zwischen Regionalgruppen, Kokreis / Rat und Bundesbüro.

9.3. Brigitte Nestle

Ich vertrete – zusammen mit Ingeborg Schellmann – seit über zwei Jahren die AG Europa im Rat.

Die Arbeit im Rat möchte ich gerne fortsetzen, am liebsten mit einem Mandat der Regionalgruppe Nürnberg, gewählt auf der Regionalversammlung Süden. Die (kleine) Attac-Gruppe Nürnberg, in der ich seit 2008 arbeite, unterstützt meine Kandidatur. Eingestiegen in Attac bin ich über die Regionalgruppe Tübingen, über die Gruppe Feminist Attac. Ich bin Fachredakteurin für Berufskunde, d.h. ich arbeite in einem privaten Verlag an der Erstellung von Medien zur Berufsorientierung mit, meist im Auftrag der Bundesagentur für Arbeit. Ich war einige Jahre Betriebsratsvorsitzende und Mitglied im Bezirksvorstand der IG Medien Nordbayern. Ich bin 71, also schon in Rente, arbeite jedoch noch 20 Wochenstunden. Heute bin ich Mitglied von ver.di. Ich bin in keiner Partei.

Meine Arbeitsschwerpunkte:

Bei Attac lag auf Bundesebene mein Schwerpunkt bei der Moderationsgruppe „Erneuerungsprozess“ sowie der AG Europa (z.B. Mitarbeit an der Konzeption unserer Tagung in Frankfurt

(<https://www.attac-netzwerk.de/arbeitsgruppen/pg-europa/startseite>)). Ich arbeite in der AG Wohnen des Sozialforums Nürnberg mit und in der bundesweiten Vernetzung der Wohnungsbewegung. Aktiv bin ich auch im FLINTA-Komitee für einen Feministischen Streik in Nürnberg (<https://femstreiknbg.home.blog>), im bundesweiten feministischen Streikbündnis und im Attac-FLINTA-Plenum. Wichtig ist mir auch, obwohl ich dafür aktuell nur wenig Zeit aufbringen kann, die Mitarbeit in der deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko (<https://www.mexiko-koordination.de/?l=de>).

Zur Arbeit im Rat:

Ich werde mich für eine Veränderung von Diskussions- und Entscheidungsprozessen einsetzen – in Richtung eines produktiven Umgangs mit den unterschiedlichen inhaltlichen und organisatorischen Vorstellungen im Rahmen des Attac-Grundkonsenses. Ich habe mich z.B. in der Ratssitzung gegen die Trennung von Attac/„Sand im Getriebe“ ausgesprochen. M.E. sollte es hier eine Lösung geben, die es ermöglicht, dass „Sand im Getriebe“ weiter Teil von Attac ist und in diesem Rahmen die wichtige Berichterstattung über Attac-Bewegungen (z.B. Frankreich, Österreich) weiterführt. Es darf keine gemeinsamen Aktivitäten, Demonstrationen oder Kundgebungen mit Rechtsradikalen (auch nicht mit der der Partei „Die Basis“) oder mit Querdenkern geben. Ich halte es für wichtig, dass die Tatbestände, die als „Verstoß gegen die Abgrenzung gegen Rechts“ bewertet werden, eindeutig definiert sind und entsprechende Entscheidungen für alle transparent sind.

Inhaltlich werde ich mich im Rat insbesondere für folgende Themen einsetzen:

- Eine inhaltliche Diskussion zu Europa bzw. zur EU zur Vorbereitung unserer Aktivitäten zur Wahl des EU-Parlaments 2024.
- Eine tiefgehende Analyse der ökonomischen Krise, z.B. der Rolle der Finanzmärkte und der internationalen Konzerne.
- Die neoliberale Globalisierung führt zu sozialen Problemen – bei uns und in den Ländern den Globalen Südens. Soziale Aspekte sollten in noch stärkerem Ausmaß bei unserer Arbeit berücksichtigt werden.

9.4. Chris Rose

Name: Christine Rose, Region Nord
Mail: christine.rose@attac.de

Ich nenne mich Chris, bin 60 Jahre alt und wohne seit Frühjahr 1985 mit kurzen Unterbrechungen in Göttingen.

Ich kandidiere auf dem Frühjahrsratschlag 2023 für den Rat. Seit 2019 bin ich bei der Attac Regionalgruppe Göttingen aktiv. Auf dem virtuellen Frühlingratschlag 2021 wurde ich in den Kokreis gewählt. Jetzt möchte ich meine Mitarbeit in der Regionalgruppe gerne wieder intensivieren und auf Bundesebene mein Engagement im Rat und dessen Vorbereitungsgruppe fortführen. Zusätzlich bin ich beim FLINTA*-Plenum und der Gruppe "Neu bei Attac" dabei. Ich bin kein Mitglied einer Partei. Meine Regionalgruppe unterstützt meine Bewerbung

9.5. Emilio Weinberg, Kritische Aktionäre (MGO)

Ich kandidiere erneut für die Mitgliedsorganisation Kritische Aktionäre für den Rat. <https://www.kritischeaktionaeere.de/>

Mein Schwerpunkt ist seit ca. 13 Jahren der Mosaik-Widerstand bzw. der Bewegungsaufbau im Rheinischen Braunkohle-Revier.

Seit über zwei Jahren gelingt es mir zusammen mit 15-20 Mitstreiter*innen durch die Initiative www.rwe-tribunal.org (in der Tradition der Russell-Tribunale) das destruktive Agieren des Energie-Konzerns RWE in nun vier RWE-Tribunalen umfassend aufzudecken und dadurch einen wichtigen Beitrag zur Mobilisierung der Klimagerechtigkeitsbewegung zu leisten.

Darüberhinaus bin ich u.a. aktiv in der EKU-AG www.attac-netzwerk.de/ag-eku/startseite und bei Attac Köln www.attac-koeln.de

In den folgenden Rats-Arbeitsgruppen habe ich mich 2022-2023 engagiert: RAG Internationales, RAG Aktionsakademie, PG Struktur. Die Mitarbeit im Rat, die ich als sehr sinnvoll erlebe, möchte ich gerne fortsetzen.

9.6. Harald Porten

Harald Porten, Jahrgang 1954

Regionalgruppen Böblingen und Singen-Radolfzell
Kandidatur für den Rat 2023, Region Süd

Erstmals gewählt 2017

Bestätigt 2018, 2019, 2021 und 2022 jeweils mit dem Mandat der Regionalgruppe Böblingen, die ich 2003 mitgegründet habe

Als Rat tätig

in der Ratsarbeitsgruppe Gruppenunterstützung, den „Gruppies“,

in der Ratsarbeitsgruppe Internationales mit dem Schwerpunkt, die Kontakte nach Osteuropa wiederzubeleben oder zu vertiefen

in der Bundesarbeitsgruppe Europa,

in der Moderationsgruppe für das Projekt „Globalisierungskritik fortschreiben und für Attac wirksam machen“,

in der Projektgruppe Struktur,

in der Projektgruppe Energie im Rahmen der Kampagne „Warme Hütten, Kalte Paläste“ mit dem Schwerpunkt EnBW und Energiespeicher

Parallel zu meiner Fördermitgliedschaft in Attac Mitglied der IG Metall und Mitglied des „Vereins für ganzheitlichen Journalismus“ in Stuttgart

9.7. Helga Reimund

Attac Berlin

2014 bin ich Attac Mitglied geworden, um gegen die neoliberalen Freihandelsabkommen zu kämpfen. Das ist immer noch mein Hauptfokus, sowohl in der AG der Regionalgruppe Berlin als auch in der Bundes-AG Handelspolitik. In Berlin halte ich außerdem den Kontakt zum Berliner Netzwerk TTIP|CETA|TISA Stoppen. Außerdem bin ich Mitglied der Ratschlags-VG von Attac.

Beim Frühjahrs-Ratschlag 2022 wurde ich in den Rat gewählt. Die Arbeit dort möchte ich fortsetzen und mich vor allem dafür einsetzen, die Diskussionskultur in Attac zu verbessern und Konflikte konstruktiv auszutragen. Denn nur gemeinsam sind wir stark!

Ich habe mir vorgenommen, das „Systemische Konsensieren“ in Attac bekannter zu machen. In der Struktur-AG und bei der letzten Ratssitzung habe ich es schon vorgestellt. Es wäre schön, wenn in unterschiedlichen Zusammenhängen und bei verschiedenen Themen mit dieser Form der Konsensfindung experimentiert werden könnte. Meine Hoffnung ist, dass sich damit Konflikte entschärfen lassen und zu einer konstruktiveren Zusammenarbeit beigetragen wird.

Wichtig sind mir Frieden, Demokratie, Solidarität mit dem globalen Süden, Klimaschutz und -gerechtigkeit, Gendergerechtigkeit, Antikapitalismus. Gemeinsam möchte ich im Rat die Weiterentwicklung von Attac mitgestalten.

Ich lebe in Berlin, bin 62 Jahre alt, arbeite als Heilpraktikerin für Psychotherapie, vorher habe ich als Programmiererin und dann 25 Jahre als Architektin gearbeitet.

Die Attac Gruppe Berlin unterstützt meine Kandidatur für den Rat.

9.8. Herma Geiß

Geboren 1948, bis zur Pensionierung Gymnasiallehrerin (Deutsch, kath. Religion, Psychologie), Beratungslehrerin an der Schulpsychologischen Beratungsstelle Aalen, Supervisorin für Lehrer*innen und Schulleiter*innen.

Seit 2015 aktiv bei Attac Aalen (Sprecherin seit 2018), seit 2022 im Attac-Rat, seit 2017 Bündnisrätin im Entschuldungsnetzwerk Erlassjahr.de, aktiv im Bündnis Aufstehen gegen Rassismus Ostalb, Bündnis Entwicklung braucht Entschuldung Aalen, Netzwerk Demokratie Ostalb und bei Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V., RAG Ostwürttemberg.

Aktivitäten:

- 2017: Aktion zum Finanzministertreffen der G20 in Baden-Baden (ACK, erlassjahr.de)
- 2017: Veranstaltungen im Rahmen der DEBT20-Kampagne zu EPAs, Landgrabbing, Menschenrechten Schuldenkrisen im Globalen Süden, Ausstellung „Geschichten der Schuldenkrise“ (8 Events)
- 2018-19: Aquisition, Organisation und Teilnahme am EU-Program „Citizens for Financial Justice“ (> 20 Veranstaltungen, u.a. mit Referenten aus Senegal, Ghana, Mozambique, Ecuador und Pakistan, diverse Ausstellungen, zahlreiche Workshops in Schulen)
- 2017, 2018, 2020: Mitorganisation der Holocaust-Gedenkveranstaltungen (27. Januar) in Aalen
- 2019: Ausstellung „Angezettelt - Antisemitische Aufkleber von 1880 bis heute“ in Aalen
- 2020-21: Kundgebungen gegen AfD, „Querdenker“ und „Spaziergänger“
- Seit 2021: Mitarbeit an der Erforschung der Geschichte des KZ-Natzweiler-Außenlagers Aalen-Wasseralfingen
 - 2022: Aktionen beim G7-Finanzminister-Treffen in Bonn
 - 2023: Georg-Elser-Ausstellung und Holocaust-Gedenktag Aalen

Meine politischen Schwerpunkte liegen in den Bereichen Entwicklungspolitik - hier speziell zum Thema Schuldenkrise im Globalen Süden - und Erinnerungsarbeit. Dabei ist mir die Vernetzung - sowohl lokal als auch bundesweit - besonders wichtig. Im Attac-Rat versuche ich, entwicklungspolitische Themen und insbesondere die Problematik der Überschuldung des Globalen Südens bei Attac stärker einzubringen.

Wichtig ist mir auch eine klare Abgrenzung von Attac gegen Rechts.

9.9. Julia Günther

Name: Julia Günther, Region Süd
Mail: julia.tue@posteo.de
Insta: www.instagram.com/juliasbeitrag

Ich bin seit 2005 bei der Attac Regionalgruppe Tübingen, jetzt Tübingen-Reutlingen aktiv. Seit dem virtuellen Frühlingsratschlag 2021 bin ich im Rat und dort auch in der

Vorbereitungsgruppe, diese Arbeit würde ich gerne fortführen. Zusätzlich bin ich bei der AG Finanzmärkte und Steuern, der Krisen-Projektgruppe, dem FLINTA*-Plenum, der Gruppe "Neu bei Attac", in der Moderationsgruppe Erneuerungsprozess und in der Schlichtungskommission dabei.

9.10. Jürgen Sylvester

Mein Name ist Jürgen Sylvester, Alter 62 Jahre.

Ich wohne seit langer Zeit in Hamburg, komme aber aus dem Hamburger Umland. Nach dem Studium der Sozialpädagogik und Geisteswissenschaft, jeweils ohne Abschluss, arbeite ich als Erzieher mit Kindern mit Beeinträchtigung. Mitglied bei ver.di, Roter Hilfe, Aufstehen gegen Rassismus.

Meine politische Geschichte:

- Als Jugendlicher aktiv gegen AKW, NPD, Krieg. • Ich habe den Kriegsdienst verweigert und war somit schon quasi in der Friedensbewegung beheimatet.
- Weiter ging es mit der Hafensstraße, die wir in HH sehr aktiv durchgesetzt haben. Weitere Hausbesetzungen folgten und der Kampf um die Rote Flora.
- Des Weiteren spielte selbstverständlich die Ökologie eine wichtige Rolle, wegen der ich u. a. auch in die GAL (in Hamburg Die Grünen) eintrat. Diese verließ ich nach zwei Jahren wieder. Seitdem bin ich in keiner Partei mehr aktiv.
- 1985 wurde Ramazan Avci in Hamburg von Neonazis ermordet, was dann noch einmal zu einer verstärkten Mitarbeit in Antifaschistischen Zusammenhängen führte.
- An der Uni in männerkritischen, geschlechterkritischen Männergruppen aktiv, um auch über mein inneres Bild von mir als Mann zu sprechen und diese mit meinen Bildern einer besseren, gleichberechtigten Welt aller Menschen in Einklang zu bringen.
- Von 2014 bis Herbst 2020 arbeitete ich bei Attac Hamburg mit und wurde 2017 Mitglied bei Attac D, nach dem G 20-Gipfel in HH.
- Attac Hamburg habe ich im Herbst 2020, aufgrund fehlender Abgrenzung nach Rechts verlassen, was mich dann zwangsläufig 2021 direkt in die BAG gegen Rechts gehen ließ. Seit dieser Zeit bin ich auch im Rat.
- weiterhin bin ich immer wieder aktiv bei Ende Gelände, Fridays For Future, Arbeitsrechtskämpfen,

9.11. Martin Uebelacker

Ich stamme aus Hessen, bin 59 Jahre alt und lebe in Fulda in Osthessen. Ich arbeite seit über 15 Jahren für LichtBlick Ökostrom.

Ich bin Mitglied bei ver.di und war bis 2011 der Ortsvereinsvorsitzende im Ortsverein Fulda und im Bezirksvorstand Osthessen meines Fachbereiches tätig.

Ich war von 1984 - 1999 Mitglied bei den Grünen, bis zum Kosovokrieg.

Bin in keiner Partei Mitglied.

Seit 2014 bin ich im Bündnis Fulda stellt sich quer e.V. aktiv, welches sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus engagiert. Ich bin dort im Vorstand der Kassenwart. Ich bin Vorstand im Verein „Bildungskooperation für eine gerechte Globalisierung e.V.“.

Bei Attac bin ich seit 2002 in der Fuldaer Gruppe aktives Mitglied. Ich habe mich in dieser Zeit schon bei sehr vielen Veranstaltungen, Bündnissen und Aktionen sowohl lokal in Osthessen als auch bundesweit beteiligt. U.a. haben wir in 2007 die Sommerakademie von Attac in Fulda veranstaltet, hier war ich neben vielem anderen auch für das komplette Kulturprogramm zuständig. Danach habe ich bei mehreren anderen Sommerakademien das Kulturprogramm mit organisiert. 2012 auf der Sommerakademie in Mainz war mein Part der Auftritt der Berliner Compagnie. Mit der Attac Gruppe Fulda habe ich bereits viele Veranstaltungen und Aktionen durchgeführt, so zum Beispiel zum neunten Mal einen Theaterabend mit der Berliner Compagnie. Hier gelingt es uns, die Kosten über verschiedene Wege wieder einzuspielen, sodass die Aufführungen für alle Zuschauer kostenfrei sind. Attac Fulda unterstützt meine Kandidatur.

Im September 2018 war ich bei der Paulskirchenbesetzung durch Attac dabei und konnte dort mit 27 weiteren Attacies übernachten. Das war ein einmaliges Erlebnis! Mitglied im Rat bin ich seit 2004. Die ersten Jahre war ich für Kultur-Attac im Rat, seit 11 Jahren bin ich hier für die Region West, jetzt Region Mitte. Seit etwa 2005/2006 bin ich der Beauftragte des Rechtshilfefonds von Attac. Im Februar 2020 konnte ich mit meiner Rede in der Paulskirche in Frankfurt anlässlich der Feier des 20. Geburtstags von Attac einen persönlichen Blick auf die Bedingungen unserer Herkunft, unsere Wege bis zur Gegenwart und einen Ausblick auf die Herausforderungen für die Zukunft werfen. Die Rede ist abrufbar unter: <https://youtu.be/vnMfRroaKrc>

Für mich erfüllt Attac eine sehr wichtige Aufgabe. Es ist die Organisation in der politischen Landschaft, die aufgrund ihrer unterschiedlichen Akteure, ihrer guten Expertise und ihrer nun schon langen Erfahrung Bewegung ins Land bringen kann und mit zukunftsweisenden Forderungen und Aktivitäten den politischen Betrieb aufmischt. Die Herausforderungen der Corona-Pandemie und des Klimawandels, deren Ursachen auch in unserem wachstumsorientierten kapitalistischen Wirtschaftssystem zu finden sind, bieten wichtige Handlungsfelder, die in unserem Sinne bearbeitet werden wollen. Der aktuelle Ukraine-Krieg mit seinen schrecklichen Auswirkungen verlangt ebenfalls einen genauen Blick auf die Ursachen, die Verursacher und die Folgen für die Menschen in Europa und der Welt. Attac als Bildungsbewegung mit Aktionscharakter und utopischem Überschuss ist meine politische Heimat. Daher möchte ich im Attac-Rat weiter am Projekt Attac arbeiten.

Martin Uebelacker

9.12. Matthias Jochheim, IPPNW (MGO)

Ich bin seit 2014 für den deutschen IPPNW-Vorstand (Attac-Mitgliedsorganisation) bei Attac als Ratsmitglied bzw. während zweier Wahlperioden als Mitglied des KoKreis aktiv, zusätzlich in der BAG Globalisierung und Krieg. Seit 2019 bin ich beruflich im Ruhestand, zuvor habe ich 20 Jahre in eigener Praxis als ärztlicher Psychotherapeut in Frankfurt/M gearbeitet. Politisch bin ich weiterhin als Koordinator der IPPNW-Regiogruppe Rhein-Main involviert (2001 bis 2013 war ich im geschäftsführenden Vorstand der deutschen IPPNW.)

Attac hat aus meiner Sicht ein Potential, welches aktuell nur unzureichend mit Leben erfüllt wird. Mich machen autoritäre Tendenzen besorgt, aus meiner Sicht die falsche Antwort auf die schwierige und gefährliche Lage, in der sich die (globale) Gesellschaft befindet.

Wenn ich beim kommenden Ratschlag ermutigende Zeichen einer nicht-repressiven Debattenkultur und konsensfähiger gemeinsamer Ziele erlebe, bin ich zu einer erneuten Kandidatur zum Rat bereit.

Freundliche Grüße, Matthias Jochheim

9.13. Remi Fiedler

Ich bin polnischer Architekt und Softwareentwickler, freischaffend, 57 Jahre alt, zwei erwachsene Kinder, seit 1988 in Deutschland.

Ich bin Mitglied bei Verdi seit 2012 und bei der SPD seit 2018.

Aktiv bei Attac Berlin seit 2014.

Eingestiegen bei den Protestaktionen gegen Freihandelsabkommen TTIP und CETA.

Seitdem Unterstützung mehrerer Kampagnen innerhalb Berliner AGs.

Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit.

Mitentwicklung und Mitbetreuung der Webseite attacberlin.de.

Die Regionalgruppe Berlin unterstützt meine erneute Kandidatur für den Rat. Beim Rat möchte ich mich für die Stärkung demokratischer Strukturen, für den Erneuerungsprozess, für bessere Einbindung der Regionalgruppen, und für die Gewinnung neuer Mitglieder einsetzen.

9.14. Rüdiger Walter

Geb. 1957, im Ruhestand, Leichtflugzeugbauer, ab 1990 tätig in Entwicklung, Bau und technischer Begutachtung von Windkraftanlagen

Aktiv bei:

- Attac Aalen (seit 2014), seit 2022 im Attac-Rat als Vertreter der AG Gegen Rechts
- Entschuldungsnetzwerk erlassjahr.de
- Bündnis Aufstehen gegen Rassismus Ostalb
- Bündnis Entwicklung braucht Entschuldung Aalen
- Netzwerk Demokratie Ostalb
 - Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V., (lokal und auf Bundesebene als Sprecher der RAG Ostwürttemberg).
- Gedenkstätten-Initiative Ostalb

Aktivitäten:

- 2017: Finanzministertreffen der G20 in Baden-Baden (erlassjahr.de)
- 2017: DEBT20-Kampagne in Aalen
- 2018-19: Akquisition und Organisation von Veranstaltungen im Rahmen des EU-Programms „Citizens for Financial Justice“
- 2017, 2018, 2020, 2023: Organisation und Gestaltung der Holocaust-Gedenkveranstaltungen (27. Januar) in Aalen
- 2016-17: Forschung zu Holocaust-Opfern im Ostalbkreis
- 2019: Ausstellung „Angezettelt - Antisemitische Aufkleber von 1880 bis heute“ in Aalen
- 2020-21: Kundgebungen gegen AfD, „Querdenker“ und „Spaziergänger“

- Seit 2020: Forschung zur Geschichte des KZ-Natzweiler-Außenlagers Aalen-Wasseralfingen, öffentliche Vorstellung 2022
- 2023: Georg-Elser-Ausstellung

Meine politischen Schwerpunkte liegen in den Bereichen Erinnerungsarbeit und Entwicklungspolitik - speziell Schuldenkrise im Globalen Süden. Die Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus, Holocaust und rassistischen Ideologien ist für mich ein Lebensthema. In jüngerer Zeit habe ich mich intensiv mit der Geschichte und den genozidalen Aspekten des Kriegs gegen Ukraine beschäftigt.

Eine klare antifaschistische Ausrichtung von Attac und die Abgrenzung gegen Rechts sind für mich essentiell. Die in Teilen der Linken zu beobachtenden Querfront-Bestrebungen halte ich für unhistorisch und brandgefährlich.

9.15. Till Strucksberg

Gewerkschaftsmitglied seit 50 Jahren (die gewerkschaftslosen 8 Jahre wegen Berufsverbot und (illegalem) Unvereinbarkeitsbeschluss der Gewerkschaften wurde mir vom Vorstand der GEW-NRW „als den symbolischen Akt der Wiedergutmachung und als deutliches Zeichen der Rehabilitierung“ gut geschrieben); kein Mitglied einer Partei (mehr). Seit 2 Jahren bin ich an einem kleinen Permakultur-Waldgarten-Projekt beteiligt.

Meine Kandidatur wird von der RG Dortmund unterstützt.

Attac:

Gründungsmitglied der Regionalgruppe Dortmund 2002 und seitdem in verschiedensten Funktionen tätig.

In Dortmund haben wir (mit) initiiert:

- * demokratische Energie Wende kommunal (DEW-Kommunal: <https://dew-kommunal.de/>)
- * Sozialforum Dortmund (<http://agora.free.de/sofodo>)
- * Initiative Dortmund Kolumbien (<https://www.attac-netzwerk.de/dortmund/blutige-kohle-fuer-dortmund>)
- * Klimabündnis Dortmund (<https://www.klimabuendnis-dortmund.de/>)
- * Dortmunder Bündnis für mehr Personal im Gesundheitswesen

Zusammenarbeit mit:

- * DGB Dortmund (Seit über 12 Jahren monatliche gemeinsame Veranstaltungsreihe zu allen Themen der Globalisierung)
- * Bündnis blockupy Dortmund
- * Bündnis „um-fair-teilen“ Dortmund
- * Informationszentrum Eine Welt

Wofür ich mich einsetzen möchte:

- * Für eine Evaluierung der vielen Kampagnen und bundesweiten Aktivitäten: Was war das Ziel? Wie viele RGs haben aktiv mit gemacht? Welche Mitgliedsorganisationen sind angesprochen worden, welche waren aktiv dabei? Was wurde erreicht? Konnten neue Menschen angesprochen werden und für Attac gewonnen werden?
- Bei TTIP/CETA haben wir es an vorderster Stelle geschafft, die Gesellschaft zu bewegen – natürlich gemeinsam mit vielen anderen Organisationen, die aber auch erst dafür gewonnen werden mussten. Insbesondere waren fast alle aktiven RGs dabei. Jetzt sind wir an vielen (wichtigen) Themen dabei, die auch immer etwas mit Globalisierung

zu tun haben, die aber andere Organisationen ebenfalls bearbeiten. Insofern hat Attac eine zentrale Aufmerksamkeit verloren, wie gehen wir damit um?

* Ihr seht, dass ich den Regionalgruppen eine größere Bedeutung zurechne, als sie zurzeit bei Attac deutlich wird. Grundsätzliche Fragen (dazu rechne ich den Erneuerungsprozess und die Wiederherstellung demokratischer Strukturen) sollten erst nach einer breiten Diskussion in den Regionalgruppen wie auch mit den Mitgliedsorganisationen beschlossen werden. Dafür möchte ich mich einsetzen.

9.16. Ulrike Paschek

Zur Person:

Mein Name ist Ulrike Paschek. Ich bin 58 Jahre alt und wohne seit Frühjahr 1993 in Göttingen. Geboren und aufgewachsen bin ich in Halle/Saale. Ich bin ausgebildete Bibliothekarin und habe einen Magisterabschluss in den Fächern Politikwissenschaft, Publizistik und Skandinavistik. Ich bin Angestellte im öffentlichen Dienst und arbeite an der Universität Göttingen. Seit Herbst 2016 arbeite ich 40 Stunden in der Woche. Davor hatte ich eine Teilzeitanstellung.

Engagement vor Ort und in der Region:

Seit Januar 2002 bin ich aktiv bei Attac Göttingen. Im gleichen Zeitraum wurde auch die Göttinger Attac-Gruppe gegründet. Seit 2007 bin ich die Ansprechpartnerin für Attac Göttingen. Außerdem verrete ich die Gruppe in verschiedenen regionalen Bündnissen vor Ort, wie z. B. im Göttinger Bündnis gegen Rechts.

Gremienarbeit:

Auf dem Herbstratschlag 2008 wurde ich zum ersten Mal von der Region Nord in den Rat gewählt. Von 2009 bis 2014 wurde ich in den KoKreis gewählt. Seit 2015 kandidiere ich nur noch für den Rat. Das hat persönliche Gründe und hängt im Wesentlichen mit meiner beruflichen und familiären Situation zusammen. In diesen zurückliegenden Jahren wurde ich von der Region Nord in den Rat gewählt. Ich hatte in all den Jahren, in denen ich mich zur Wahl stellte und jetzt wieder stelle, das Votum von meiner Regionalgruppe in Göttingen.

Meine Arbeitsgebiete waren von Anfang an die Gruppenunterstützung und die Ratschlagsvorbereitung. Während meiner Zeit im KoKreis kamen noch die Tätigkeit in der Büro AG und das Fundraising dazu. Von 2015 bis 2018 und seit April 2021 war und bin ich in der RatsVG aktiv. In der Gruppenunterstützung war ich mit daran beteiligt, verschiedene Formate als Angebote für die Gruppen zu entwickeln. So z.B. die Gruppenbroschüre (liegt inzwischen in der 4. Aufl. vor), Regionaltage in kleiner gefassten Regionen, wie z.B. in Niedersachsen/Bremen, Nordost, Südost, Südbayern und Nordbayern und den Workshop "Ratschlag für Neue", welcher sich an Aktive aus den Gruppen richtet, die zum ersten Mal auf einem Ratschlag sind. Außerdem habe ich gemeinsam mit Hanni Gramann und einigen interessierten Attacies vor Ort bei den zurückliegenden Evangelischen Kirchentagen einen Infostand beim „Markt der Möglichkeiten“ organisiert. Seit Herbst 2019 bin ich in der damals neugegründeten und inzwischen anerkannten bundesweiten Attac-AG gegen Rechts aktiv. Beim Frühjahrsratschlag 2022 wurde ich in die neu geschaffene Schlichtungskommission gewählt.

Zu meiner Kandidatur:

Ich möchte auch auf dem Frühjahrsratschlag 2023 für den Rat für die Region Nord kandidieren.

Themen- und schwerpunktmäßig möchte ich meine Arbeit im Rat gerne fortsetzen,

wobei ich auch immer offen für Neues bin. Nach erfolgreichen 20 Jahren in der globalisierungskritischen Bewegung hat sich Attac auf einen Weg der Erneuerung begeben. Hier braucht es in den Bereichen Klima und Umwelt, Geschlechtergerechtigkeit, Frieden, Rechtsextremismus und Querdenkern Veränderungen. Einiges wird sich auch in der Arbeit mit den Regionalgruppen tun müssen. Hier geht es vor allen Dingen um eine bessere Einbindung von jungen Menschen in die Strukturen und um eine noch stärkere Vernetzung. Nicht nur die Coronasituation ist an manchen Gruppen nicht spurlos vorbeigegangen. 20 Jahre Attac haben unweigerlich zu einer spürbaren Überalterung der meisten Regionalgruppen geführt. Da muss Unterstützung neu gedacht werden, wobei eine intensive Rückkopplung mit den Gruppen notwendig ist. Ich bin gespannt, was in diesem Bereich leistbar sein wird und dabei möchte ich gerne weiter aktiv sein. Ich bin Mitglied in keiner Partei und bekleide auch sonst keinerlei Ämter.

9.17. Uwe Schnabel

Geboren 1968, Asperger-Autist, nichtbinär - agender (ich identifiziere mich nicht mit einem Geschlecht).

Im Jahr 2002 bin ich über die AG Visionen zu Attac Dresden gekommen und seitdem dort engagiert. U.a. bin ich dort für die Internetseite zuständig. Daneben bin ich auch in vielen anderen Bereichen aktiv (z.B. in der Friedensbewegung, gehe häufig zu Fridays-For-Future-Demonstrationen und -Kundgebungen und setze mich auch sonst für Klima- und allgemein Umweltgerechtigkeit ein). In Verbindung damit stehen meine Aktivitäten in der Eine-Welt-Politik, unter anderem in Zusammenarbeit mit dem Entwicklungspolitischen Netzwerk Sachsen (ENS) und anderen Gruppen im Umfeld des Ökumenischen Informationszentrums (ÖIZ) Dresden. Seit den 1990er Jahren bin ich (queer-)feministisch aktiv, beispielsweise bei Aktionen am 8. März. Außerdem engagiere ich mich antirassistisch und antifaschistisch (z.B. beim Mahngang Täter*innenspuren im Umfeld der Aktionen zum 13. Februar in Dresden oder bei früheren Anti-PEGIDA-Aktionen). Ich setze mich für Basisdemokratie und das Konsensprinzip und für ein gleichermaßen selbstbestimmtes Leben für alle Menschen weltweit einschließlich zukünftiger Generationen ein. Dabei versuche ich, verschiedene diesbezüglich aktive Gruppen übereinander zu informieren und das Verständnis und die Zusammenarbeit zwischen ihnen zu fördern. Auch bei Einwohner*innenversammlungen in meinem Heimatort habe ich mich für diese Themen eingesetzt, u.a. für faire Beschaffung, Demokratisierung, eine ökologischere Stadtentwicklung (z.B. weniger Neubau von 1-Familien-Häusern, Verbesserung des Klimaschutzkonzepts und für mehr Bevölkerungsbeteiligung daran), dezentrale Unterbringung von Geflüchteten usw. Auch in vielen anderen Bereichen bin ich in dieser Hinsicht aktiv.

Im vergangenen Jahr, meinem 1. Jahr im Attac-Rat, habe ich mich viel für Awareness, also die gegenseitige Rücksichtnahme und Wertschätzung eingesetzt. Auch habe ich dazu beigetragen, verschiedene Protokolle zu verbessern. Daneben habe ich mich u.a. in der beim Herbstratschlag gegründeten Projektgruppe "Energie" engagiert und an denjenigen Treffen des FLINTA*-Plenums teilgenommen, deren Termine ich erfahren habe. Außerdem habe ich zum Informationsaustausch zwischen dem Attac-Rat und u.a. der Attac-Gruppe Dresden beigetragen. Ich bin sehr gewissenhaft und verfolge meine Ziele mit Ausdauer und Motivation. Dabei versuche ich aber auch, andere Standpunkte zu berücksichtigen.

Meine Erfahrungen und Fähigkeiten möchte ich weiter in den Attac-Rat einbringen.

Insbesondere möchte ich dazu beitragen, die Diskussionen in Attac bei allen Meinungsunterschieden auf einer konstruktiven, sachlichen und gegenseitig wertschätzenden Grundlage ablaufen zu lassen. Ich gehöre keiner Partei an, bin außer bei der IG Metall nirgendwo Mitglied und bekleide sonst keine Ämter bzw. Mandate. Mit der Unterstützung Eurer Stimme im Rat weiter aktiv zu sein, würde mich freuen.

Vielen Dank.

9.18. Werner Rätz, ila (MGO)

Die ila - Informationsstelle Lateinamerika kandidiert für den Attac-Rat. Wir gehen davon aus, dass wir den Attacies bekannt sind, da wir fast ohne Unterbrechung dem KoKreis oder dem Rat angehört haben. Mehr findet sich unter <https://www.ila-web.de/>
Ich (Werner Rätz) werde auch zukünftig personell die Vertretung der ila übernehmen.
Werner